

Die Mitte stärken. Deutschlandprogramm 2009

**Programm der Freien Demokratischen Partei zur
Bundestagswahl 2009**

beschlossen auf dem Bundesparteitag vom 15.-17. Mai 2009 in Hannover.

Inhaltsverzeichnis

1. Präambel: Die Mitte stärken.	3
2. Mehr Freiheit und Fairness durch Soziale Marktwirtschaft	5
3. Mehr Bürgerfreiheit durch mehr Vertrauen, Zusammenhalt und Toleranz	26
4. Mehr Chancen durch Bildung, Forschung und Innovation	43
5. Mehr Wohlstand und Lebensqualität durch Freiheit und Verantwortung	52
6. Internationale Politik für Frieden, Freiheit und Wohlstand in der Welt	66
7. Politikwechsel für Deutschland: Die Mitte stärken.	76
Index	78

1. Präambel: Die Mitte stärken

Der Mensch steht im Mittelpunkt liberaler Politik. Wir machen uns für die Freiheit des Einzelnen in Verantwortung für eine bessere Zukunft unseres Landes stark. Wir wollen die liberale Bürgergesellschaft, in der der Einzelne nicht losgelöst von seinen Mitbürgern lebt, sondern gemeinsam mit ihnen in einer Wertegemeinschaft. Sie ist geprägt von Weltoffenheit, Toleranz und Solidarität und ist **der Menschenwürde verpflichtet**.

In der liberalen Bürgergesellschaft entscheiden die Bürgerinnen und Bürger¹ über die Zukunft Deutschlands. Die liberale Bürgergesellschaft lebt vom Engagement und der politischen Teilhabe der Menschen. Denn durch sie wird Politik gestaltet. Sie schöpft ihre Kraft aus der Eigeninitiative und Kreativität ihrer Bürgerinnen und Bürger. Sie stellt sich den vielfältigen Herausforderungen des demographischen Wandels. Wir Liberale vertrauen auf die **Leistungsbereitschaft der Menschen** und auf einen Staat, der seine Stärke aus der Beschränkung auf seine hoheitlichen Aufgaben schöpft. Wir wenden uns an alle mündigen und verantwortungsbereiten Bürgerinnen und Bürger. Sie erkennen selbst, was getan werden muss und brauchen dafür keine bevormundende Staatsbürokratie.

Die FDP ist die Partei für alle, die ihr Leben selbst gestalten und dabei nicht vom Staat bevormundet werden wollen. Wir wollen die Maßstäbe politischen Handelns neu definieren: Freiheit vor Gleichheit, Erwirtschaften vor Verteilen, Privat vor Staat, Eigenverantwortung statt Staatsgläubigkeit, Chancengleichheit statt Gleichmacherei. Wer mehr Freiheit und Chancengerechtigkeit in Deutschland will, braucht eine starke FDP. Wir setzen uns für **mehr Freiheit und Verantwortung** und weniger staatliche Bevormundung ein.

Freiheit ist mehr als ein abstrakter Begriff. Sie ist die Grundlage für die freie Entwicklung und Entfaltung der Persönlichkeit. Maßstab aller Politik muss die Freiheit sein. Denn nur sie erweitert Handlungsspielräume. Unsere realistische Betrachtung der Gegenwart liefert Antworten und Lösungsvorschläge, die frei sind von ideologischer Verblendung. Wir wollen die Chancen der Zukunft nutzen, indem wir ihre Herausforderungen erfolgreich meistern.

Dazu gehört auch, die Freiheiten zu verteidigen, die wir heute in Deutschland selbstverständlich genießen. Wir sind nicht dazu bereit, Bürgerrechte für eine trügerische Sicherheit aufzugeben. Wir Liberale stehen für eine Politik, die vom **Respekt vor den Bürgerrechten und der Verfassung** geprägt ist.

Für Deutschlands Zukunftsfähigkeit ist es zentral, allen Bürgerinnen und Bürgern gleiche Chancen auf freie Entfaltung zu eröffnen. Verantwortungsvolle Bürgerinnen und Bürger wissen, dass der Staat ihnen nicht alle Mühen abnimmt. Aber sie müssen darauf vertrauen können, dass er ihnen nicht noch zusätzliche Lasten aufbürdet.

Die FDP ist der Anwalt der Mitte der Gesellschaft. Die Mitte steht gegen Extreme, aber sie ist mehr als etwas zwischen links und rechts. Sie ist vor allem eines: eine Grundhaltung. Für sie sind Leistungsbereitschaft, Fleiß und Aufstiegswille keine Fremdwörter. Ihr Denken in Generationen und sozialen Zusammenhängen, ihr Verantwortungsbewusstsein und ihr Fleiß, ihre Eigenverantwortung und der starke Leistungswille sind das Fundament unserer Gesellschaft. Die FDP ist der **Partner der Mitte**. Denn es sind diese Menschen, die unsere Gemeinschaft starkmachen. Sie kümmern sich um eine gute Ausbildung ihrer Kinder, sorgen für die Familie vor und leben Solidarität mit den Schwachen. Umweltbewusstsein und ein ausgeprägtes Ge-

¹ Um den Text lesefreundlicher zu gestalten, wird nach der Präambel auf eine geschlechterspezifische Unterscheidung verzichtet; so steht beispielsweise der Begriff „Bürger“ neutral für Angehörige beider Geschlechter.

fühl für Gerechtigkeit sind für die Mitte der Gesellschaft selbstverständlich. Die Gängelung der Mitte muss aufhören, damit sich Leistung endlich wieder lohnt.

Dies trifft insbesondere für den Mittelstand zu, denn Mittelstand ist keine betriebswirtschaftliche Recheneinheit. Mittelstand ist eine Geisteshaltung. Mit Pioniersinn und Patriotismus, Mut und Verantwortungsgefühl hat der Mittelstand unser Land einst wieder aufgebaut und das deutsche Wirtschaftswunder möglich gemacht. Wer morgens früher aufsteht, wer sich und anderen auf eigenes Risiko eine Existenz aufbaut, wer selbst vorsorgt, nicht fragt, was der Staat ihm schuldet, sondern was er für andere erreichen kann, der verdient den Respekt aller und braucht politischen Rückenwind. Diese mittelständischen Tugenden sind auch heute gefragt, um unser Land weiter nach vorn zu bringen.

Ohne solche Menschen, die ein umfassendes Versorgungsprinzip vorleben, kann es keine freiheitliche Gesellschaft geben. Der Mittelstand steht für Freiheit und Verantwortung. Deutschland braucht eine Politik, die den Mittelstand stärkt und nicht schwächt.

Die FDP will den Wohlstand in Deutschland nicht nur erhalten, sondern alle Menschen daran teilhaben lassen. Wenn die Mitte wieder gestärkt wird, werden diejenigen belohnt, die sich anstrengen und ihre Chancen ergreifen. Hierzu hat Deutschland bereits ein bewährtes und solides **Erfolgskonzept: die Soziale Marktwirtschaft**. Wir halten es für falsch, ihre Leistungsfähigkeit in Frage zu stellen und immer neue und weitergehende staatliche Regulierungen zu fordern. Deutschland braucht nicht weniger, sondern mehr Soziale Marktwirtschaft. Die Geschichte hat gezeigt, dass die Soziale Marktwirtschaft am besten dauerhaften Wohlstand schaffen kann. Wir setzen uns für einen staatlichen Regelungsrahmen ein, der den Missbrauch von Marktmacht wirksam verhindert, den Bürgern jedoch ihre Eigenverantwortung lässt.

Wir setzen Eigenverantwortung gegen die Bevormundung durch die bürokratischen Auswüchse des sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaates. Wir sind **für den liberalen Sozialstaat**. Die zentrale Staatsaufgabe ist nicht die Schaffung absoluter Gleichheit, sondern die Sicherung von Chancen- und Leistungsgerechtigkeit für alle Menschen. Unsere Politik der Freiheit schafft Wohlstand durch fairen Wettbewerb und ein eigenverantwortliches, gesellschaftliches Miteinander. Nur so können die **sozialen Sicherungssysteme**, wie das Gesundheitswesen, **leistungsfähig und bezahlbar** bleiben. Die Politik der staatlich verordneten Gleichheit hat bisher immer zu Unfreiheit geführt.

Solidarität braucht Eigenverantwortung. Wir wollen durch einen Ordnungsrahmen einen Beitrag dazu leisten, dass jeder Mensch in Freiheit seine Chancen erkunden und daraus eigenverantwortlich seine Werte finden und sein Glück verfolgen kann: Liberale wollen eine solidarische Gesellschaft. Im Gegensatz zu anderen denken wir bei Solidarität nicht zuallererst an das Verteilen vom Geld anderer Leute, sondern an das Eintreten füreinander in der Familie, im sozialen Umfeld und erst zuletzt durch den Staat.

Zu einem eigenverantwortlichen Leben gehört auch, sich selbst versorgen zu können. Neid, Missgunst und Missmut setzen wir Mut und Anerkennung für Leistung entgegen. **Leistung muss sich lohnen.** Die FDP will den Bürgerinnen und Bürgern wieder mehr ihres hart erarbeiteten Geldes belassen. Wir wollen **einfache, niedrige und gerechte Steuern** für mehr Netto vom Brutto.

Für Liberale gilt: **Bildung ist Bürgerrecht.** Nur gute Bildung ermöglicht gesellschaftliche Teilhabe und befähigt zu einem freiheitlichen und selbstbestimmten Leben. Wir Liberale stehen für den Wettbewerb um die besten Lösungen und für Vielfalt, die die Begabungen der Kinder

fördert und für alle einen möglichst großen Lernerfolg bietet. Nur gute Bildung schafft die Grundlage für Innovationen und gesellschaftliche Entwicklung.

Wir maßen uns nicht an, die Zukunft zu kennen. Wir sind aber sicher, dass das kreative Ringen um neue Lösungen der beste Weg ist, um unsere Zukunft zu gestalten. Denkverbote sind nicht nur in der Forschung fehl am Platz. Politik muss im Umgang mit natürlichen Ressourcen technologieoffen und ideologiefrei gestaltet werden. Daher setzen wir auch in der **Umwelt- und Energiepolitik** auf Fortschritt durch **moderne Technik**.

Eine intensive internationale Vernetzung Deutschlands ist sowohl Voraussetzung für unsere wirtschaftliche Stärke als auch Garant für unsere Sicherheit und die Bewahrung unserer Werte. Deshalb muss deutsche Außenpolitik die Globalisierung aktiv mitgestalten. Dies wird am besten dann gelingen, wenn wir den **Schulterschluss mit den europäischen und transatlantischen Partnern** suchen. Mit ihnen wollen wir neue **Impulse in der Abrüstung** setzen und dadurch für dauerhaften Frieden sorgen.

In unserer multipolaren Welt, in der sich derzeit große außenpolitische Herausforderungen mit einer Weltwirtschaftskrise und einem politischen Neuanfang in den USA kreuzen, ist mehr internationale Kooperation notwendig und machbar. Neue aufstrebende Mächte müssen in die gemeinsame Wahrnehmung von **globaler Verantwortung** eingebunden und internationale Organisationen entsprechend reformiert werden.

Auf der Suche nach den besten Konzepten für die Zukunft Deutschlands setzt die FDP auf den **Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern**. Wir wollen bei den Menschen für die Chancen der Freiheit werben und uns von der Kreativität und Innovationsfähigkeit der Menschen anregen lassen. Nur durch intensiven Austausch kann das Wissen aller in konkrete Politik umgesetzt werden.

Unser Programm soll den Bürgerinnen und Bürgern die Angst vor der Zukunft nehmen und die Chancen der Freiheit aufzeigen. Gerade die Mitte der Gesellschaft besitzt großes Potenzial, das in den letzten Jahren mehr und mehr gehemmt wurde. Es braucht jetzt den Mut für Veränderungen. **Freiheit braucht Mut**, und die FDP hat den Mut, an ihrer Vision einer liberalen Bürgergesellschaft festzuhalten.

Politik braucht Vertrauen. Wir sind davon überzeugt: Liberale Politik verdient Vertrauen. Dafür werben wir mit unserem Programm zur Bundestagswahl 2009.

2. Mehr Freiheit und Fairness durch Soziale Marktwirtschaft

Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft

Unsere wirtschaftspolitische Leitlinie ist die Soziale Marktwirtschaft. Sie greift weit über ökonomische Ziele hinaus, ist ein unverzichtbarer Teil einer freiheitlichen offenen Gesellschaft. Wir Liberale achten, schützen und verteidigen die Wirtschaftsordnung der Sozialen Marktwirtschaft mit aller Kraft. Das System der Sozialen Marktwirtschaft hat nicht nur zu **großem Wohlstand** breiter Bevölkerungsgruppen, sondern auch zu einem einmaligen sozialen Frieden in der Bundesrepublik Deutschland geführt. Die staatliche Ordnungspolitik setzt für die Soziale Marktwirtschaft die Rahmenbedingungen. Deren oberstes Ziel muss sein, dass Bürger und Unternehmen ihre produktiven Kräfte entfalten können. Dabei ist es eine Daueraufgabe des Staates, diesen Ordnungsrahmen den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen

anzupassen und zu verbessern. Das **freie wirtschaftliche Handeln** der Bürger ist die Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft und der Motor für Wachstum und Wohlstand.

Die Menschen in der **gesellschaftlichen Mitte** verwirklichen den Kerngedanken der Sozialen Marktwirtschaft in beispielhafter Weise. Jeder Arbeitnehmer und jeder Unternehmer, der mit seiner täglichen Arbeit den Unterhalt für sich, seine Familie und über Steuern und Abgaben für sozial Benachteiligte sichert, schafft Wohlstand und Sicherheit für alle.

Sozialpolitik soll die Menschen zu mehr Teilhabe befähigen und Sicherheit vor großen Lebensrisiken schaffen. Wir Liberale wissen, dass eine **staatliche Absicherung des Existenzminimums** notwendig ist. Jeder kann in eine Situation geraten, in der er ohne Unterstützung nicht mehr weiter kann. Bequemlichkeit honorieren wir nicht. Ziel liberaler Sozialpolitik ist es, allen Bürgern **selbstbestimmtes und eigenverantwortliches Handeln** zu ermöglichen.

Ein neues Steuer- und Transfersystem für Deutschland

Die FDP macht sich deshalb stark für ein Steuersystem, das soziale Gerechtigkeit, staatliche Fairness und eine nachhaltige Finanzpolitik vereint. Gemeinsam mit dem leistungsgerechten Bürgergeld folgt dieses **Gesamt-Steuer- und Transfersystem** durchgehend den Prinzipien der Leistungsgerechtigkeit und Leistungsbelohnung und vermeidet Missbrauch zu Lasten der Bürgergemeinschaft.

Eine **gerechte Steuer** muss auf Ausnahmen und Sonderregelungen für Einzelfälle weitestgehend verzichten: Gleich hohe Einkommen werden auch gleich besteuert. Pauschalen ersetzen die heute nur mit komplizierten Nachweisen und hohem bürokratischem Aufwand zu verwaltenden Individualvorschriften.

Unser einfacher und verständlicher **Stufentarif mit Grundfreibetrag (Steuersatz 0 Prozent) und den drei weiteren Stufen von 10, 25 und 35 Prozent senkt die Steuerbelastung** und schafft den dringend benötigten finanziellen Spielraum für Bürger und Unternehmen: für mehr privaten Konsum, für Vorsorge für Alter, Gesundheit und Pflege, als Impuls für Wachstum und Investitionen. Dazu erhält jeder Bürger – ob Erwachsener oder Kind – einen **Grundfreibetrag von 8.004 Euro**. Für Einkommen, das den Grundfreibetrag übersteigt, gilt für die ersten 20.000 Euro zu versteuerndem Einkommen ein Steuersatz von 10 Prozent, für Einkommensanteile zwischen 20.000 Euro und 50.000 Euro ein Steuersatz von 25 Prozent, für Einkommensanteile ab 50.000 Euro ein Steuersatz von 35 Prozent.

Einkommenssteigerungen führen wegen des progressiven Tarifverlaufs zu einem höheren Steuersatz und damit zu einer höheren Steuerbelastung. Durch die inflationsbedingte so genannte **kalte Progression** werden höhere Leistungen der Bürger bestraft. Aus diesem Grund wird der Gesetzgeber verpflichtet, gemeinsam mit dem Existenzminimumsbericht, indem alle zwei Jahre die Höhe des steuerlichen Grundfreibetrags und des Kinderfreibetrags überprüft wird, auch den Steuertarif zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen.

Eine optionale **zweijährige Veranlagungsfrist** vermindert den Erklärungsaufwand für die Bürger und macht zahlreiche Gestaltungsüberlegungen, wie beispielsweise die willkürliche Aufteilung von Handwerkerrechnungen über den Jahreswechsel, überflüssig. Als **Werbungskosten** abzugsfähig sind die Kosten, die mit den Einkünften aus wirtschaftlicher Betätigung im Zusammenhang stehen. Für Arbeitnehmer werden berufsbedingte Kosten aus Vereinfachungsgründen ohne Nachweis durch eine Aufwendungspauschale berücksichtigt. Uneingeschränkt abziehbar sind Beiträge zur sozialen Absicherung bis zur Beitragsbemessungsgrenze.

Die Einbeziehung der privaten **Veräußerungsgewinne** in die Abgeltungsteuer lehnt die FDP ab. Für Gewinne aus Aktienverkäufen sollte eine Spekulationsfrist eingeführt werden. Nur Gewinne innerhalb dieser Frist sollten der Abgeltungsteuer unterliegen. Veräußerungsgewinne aus Anlagen, die der Altersvorsorge dienen und langfristig gebunden sind, sind steuerfrei.

Familien entlasten

Ein neues, leistungsgerechtes Steuerrecht ist besonders für Familien dringend notwendig: Familienbedingte finanzielle Lasten werden im geltenden Steuerrecht nicht angemessen berücksichtigt. Beim liberalen Konzept einer gerechten Steuer gewinnen Familien in mehrfacher Hinsicht. Ehepartner erreichen die jeweils nächst höhere Tarifstufe bei doppeltem Einkommen. Die **Einführung eines Grundfreibetrags von 8.004 Euro für Erwachsene und Kinder** bedeutet für viele Familien, dass sie keine Einkommensteuer mehr zahlen müssen.

Das **Kindergeld wird auf 200 Euro pro Kind** und Monat für die Familien **angehoben**, die den Kinderfreibetrag wegen zu geringen Einkommens nicht nutzen können. Unter Berücksichtigung der Werbungskostenpauschale und der Abzugsfähigkeit der Vorsorgeaufwendungen ist eine vierköpfige Familie noch bei einem Familieneinkommen von 40.700 Euro steuerfrei. Kinderbetreuungskosten und Pflegekosten können bis zu 12.000 Euro im Jahr gegen Nachweis der Kosten von der Steuer abgesetzt werden. Die **Steuerklasse V**, die die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit besonders für Frauen nach einer Familienpause steuerlich häufig unattraktiv erscheinen lässt, **wird abgeschafft**.

Wettbewerbsfähige Unternehmensbesteuerung

Deutschland braucht eine **international wettbewerbsfähige Besteuerung** seiner Unternehmen. Die deutschen Unternehmen brauchen kein Schönwettersteuerrecht, sondern Regelungen, die sich auch in der Krise bewähren. Die **Fehler der Unternehmensteuerreform 2008** werden **beseitigt**. Die Zinsschranke, die Einschränkung der Verlustnutzung bei Übernahmen und Sanierungen, die Bestrafung von Investitionen im Ausland (Funktionsverlagerung) und die Hinzurechnungsvorschriften von Zinsen, Mieten, Pachten, Leasing- und Lizenzgebühren zur Bemessungsgrundlage in der Gewerbesteuer wirken krisenverschärfend und werden wieder abgeschafft. Die **degressive AfA** (Absetzung für Abnutzung) wird wieder eingeführt, ebenso wie die Sofortabschreibung **geringwertiger Wirtschaftsgüter**. Sie wird auf **1.000 Euro** angehoben. Das bringt zusätzlich Liquidität gerade für kleine und mittlere Unternehmen und hilft ihnen, Krisensituationen zu überwinden.

Die Steuerbelastung für Unternehmen darf das durchschnittliche Besteuerungsniveau der entwickelten Industrieländer nicht übersteigen, sonst ist die **Wettbewerbsfähigkeit** der deutschen Wirtschaft gefährdet. Eine gerechte Unternehmensteuer verhält sich neutral gegenüber Rechtsform-, Finanzierungs- und Umstrukturierungsentscheidungen in Unternehmen. Für **Unternehmen gleich welcher Rechtsform** gilt ein Zwei-Stufen-Tarif von 10 und 25 Prozent.

Für Kapitalgesellschaften mit einem Gewinn von über 20.000 Euro wird die Körperschaftsteuer von 15 Prozent im geltenden Recht auf 25 Prozent angehoben. Im Gegenzug wird die **Gewerbesteuer** ersetzt durch ein Konzept der Kommunalfinanzierung, das **für die Gemeinden ein ausreichendes Finanzierungsniveau gewährleistet und ihnen stetige Einnahmen sichert**. Eine GmbH wird auf Antrag wie eine Personengesellschaft besteuert. Diese Möglichkeit schafft besonders für kleine und mittlere Familien-Kapitalgesellschaften mehr Rechtsformneutralität und macht die komplizierten Regelungen zur verdeckten Gewinnausschüttung überflüssig.

Die FDP fordert die **Umstellung der Umsatzsteuer** von der Soll- auf die Ist-Besteuerung. Es ist doch nur gerecht, wenn Unternehmen ihre Steuer erst dann abführen müssen, wenn ihre Rechnung auch bezahlt ist. Das stärkt die Liquidität insbesondere von kleinen und mittleren Unternehmen. Wenn auch die Vorsteuer erst nach Bezahlung der Rechnung in Anspruch genommen werden kann, bleibt mehr Zeit, den organisierten **Umsatzsteuerbetrug** effizient zu **bekämpfen**.

Für **mehr Dynamik in der wirtschaftlichen Entwicklung** unseres Landes sollen unternehmerische Umstrukturierungen nicht länger vom Steuerrecht behindert werden. Die FDP schlägt vor, dass alle Umwandlungsvorgänge, wie insbesondere die Einbringung von Betrieben gegen Gewährung von Gesellschaftsanteilen, Veräußerungen von Gesellschaftsanteilen, Verschmelzungen oder Spaltungen von Unternehmen, so lange zu Buchwerten ohne Aufdeckung stiller Reserven erfolgen, wie keine Entnahme zum privaten Verbrauch stattfindet. Dasselbe gilt für den Wechsel der Rechtsform.

Haushaltskonsolidierung endlich durchsetzen

Ein Konzept für eine gerechte Steuer muss mit der **Konsolidierung der Staatsfinanzen** verbunden sein. Sowohl eine Steuerstrukturreform als auch die Konsolidierung der Staatsfinanzen sind gleichwertige politische Ziele. Sie stehen nicht im Widerspruch, sondern sind zwei Seiten einer Medaille. Es ist eine zentrale Frage von **Generationengerechtigkeit**, dass jede Generation ihre Aufgaben aus eigener Kraft bewältigt. Es ist unverantwortlich, unseren Kindern immer höhere Schuldenberge zu hinterlassen. Die **Föderalismuskommission II** hat einen Weg aus dem Schuldenstaat begonnen. Um diesen konsequent zu Ende zu gehen, fordert die FDP ein **prinzipielles Neuverschuldungsverbot** für Bund, Länder und Gemeinden. Die dauerhafte strukturelle Neuverschuldung des Bundes in Höhe von 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts ist angesichts der gegenwärtigen Rekordverschuldung keine nachhaltige Lösung. Im Interesse künftiger Generationen müssen sich staatliche Ausgaben grundsätzlich an der Höhe der Einnahmen orientieren. **Neue Schulden sind nur in Notlagen zu verantworten**. In normalen Zeiten müssen Haushalte Überschüsse erwirtschaften, damit die Schulden vorheriger Jahre zurückgezahlt werden können und für schlechtere Jahre Vorsorge betrieben werden kann.

Föderale Strukturen stärken

Der Föderalismus in Deutschland bietet große Chancen: mehr Bürgernähe, mehr Demokratie und den Wettbewerb als Methode, um die beste politische Lösung von drängenden Problemen zu finden. Dazu sind besonders die **Finanzbeziehungen zwischen Bund und den Ländern**, innerhalb der Bundesländer und zwischen Ländern und Kommunen neu zu ordnen. Das bedeutet vor allem: mehr Steuerautonomie für alle Gebietskörperschaften.

Für die Zukunft ist deshalb ein Steuerzuschlag der Länder und Kommunen mit eigenem Hebesatzrecht auf das zuvor abgesenkte Einkommen- und Körperschaftsteueraufkommen vorzusehen.

Die neue Erbschaftsteuer belastet den Mittelstand und die Familienunternehmen in besonderem Maße – dabei war gerade ihnen Entlastung versprochen worden. Geschwister zählen neuerdings nicht mehr zur Familie und werden steuerlich wie Fremde behandelt. In Zeiten, in denen unsere Nachbarländer die Erbschaftsteuer abschaffen, kann sich Deutschland eine solch standort- und bürgerfeindliche Steuerpolitik nicht leisten.

Die FDP will stattdessen die **Erbschaftsteuer zu einer echten Ländersteuer machen**. Die Länder können so viel besser auf regionale Unterschiede – beispielsweise bei den Immobilienwerten – eingehen. Die Länder können selbst entscheiden, ob und in welcher Höhe sie Erbschaftsteuer erheben. Einnahmen aus der Erbschaftsteuer fließen vollständig in den Haushalt des jeweiligen Landes und bleiben beim Länderfinanzausgleich außen vor. Das ist gleichzeitig ein wichtiger Beitrag zur **Stärkung der Finanzautonomie der Länder**.

Bürgergeld – die Chancen auf Teilhabe jedes Einzelnen stärken

Das Bürgergeld ermöglicht ein **selbstbestimmtes Leben**, fördert die Aufnahme einer eigenen Tätigkeit und ist deshalb leistungsgerecht. Sozialleistungen, die sich aus Steuern finanzieren, sollen möglichst vollständig in einer einzigen Transferleistung – dem Bürgergeld – zusammengefasst werden. Damit ist das **Bürgergeld einfach und transparent**.

Im Bürgergeld werden das Arbeitslosengeld II einschließlich der Leistungen für Wohnen und Heizung, das Sozialgeld, die Grundsicherung im Alter, die Sozialhilfe (ohne Sozialhilfe in besonderen Lebenslagen), der Kinderzuschlag und das Wohngeld zusammengefasst. Die **Leistungen werden beim Bürgergeld grundsätzlich pauschaliert gewährt** und von einer einzigen Behörde, dem Finanzamt, verwaltet.

Das Bürgergeld sichert die Lebensgrundlage für Bürger, die nicht über ein ausreichendes Einkommen verfügen. Durch die Zusammenfassung und Pauschalierung von Leistungen und ihrer Verwaltung in einer Behörde werden diejenigen vom Bürgergeld profitieren, die dies nach unserem Willen sollen: die Bedürftigen, nicht die Findigen.

Der **Bürgergeldanspruch** für einen Alleinstehenden ohne Kinder soll **im Bundesdurchschnitt 662 Euro pro Monat** betragen. Dieser Betrag entspricht den heutigen durchschnittlichen Ausgaben für Grundleistung, Unterkunft und Heizung eines ALG-II-Empfängers.

Bei der Berechnung des Bürgergeldanspruches werden alle Erwachsenen und Kinder einer so genannten Bedarfsgemeinschaft berücksichtigt. Zur Bedarfsgemeinschaft zählen alle Personen, die in einem Haushalt leben, soweit sie sich unterhaltsverpflichtet sind. Kinder erhalten dabei einen eigenen Bürgergeldanspruch im Rahmen der Bedarfsgemeinschaft. Zusätzliche Pauschalen werden bei Nichterwerbsfähigkeit, für Ausbildung oder bei Behinderungen gewährt. **Regionale Besonderheiten** bei den Wohnkosten können mit Zuschlägen berücksichtigt werden.

Das Bürgergeld wird vom Finanzamt berechnet und ausgezahlt. In die Berechnung einbezogen werden dabei auch Steueransprüche, Kindergeldansprüche und gegebenenfalls Unterstützungsleistungen zur Kranken- oder Pflegeversicherung.

Voraussetzung für das Bürgergeld sind Bedürftigkeit und bei Erwerbsfähigkeit die Bereitschaft zur Aufnahme einer Beschäftigung. **Bei Ablehnung einer zumutbaren angebotenen Arbeit wird das Bürgergeld gekürzt.**

Durch das Bürgergeld soll die **Aufnahme einer eigenen Erwerbstätigkeit stärker gefördert und anerkannt** werden als bisher. Dazu soll die Anrechnung eigenen Arbeitseinkommens auf das Bürgergeld neu ausgestaltet werden. Für den erwerbsfähigen Alleinstehenden ohne Mehrbedarf wird ein **Freibetrag** von 100 Euro gewährt. Darüber hinaus bleiben vom eigenen Einkommen bis 600 Euro 40 Prozent des Bruttoarbeitseinkommens **anrechnungsfrei**; von 600 Euro bis zum Auslaufen des Bürgergeldes 60 Prozent des Bruttoarbeitseinkommens.

Wir wollen zugleich die **private Altersvorsorge** gegenüber staatlichem Zugriff besser schützen. Dazu soll das Schonvermögen für private oder betriebliche Altersvorsorge einschließlich der Riester- und Rürup-Renten verdreifacht werden und 750 Euro je Lebensjahr betragen. Zusätzlich bleibt sonstiges Vermögen bis zu 250 Euro je Lebensjahr bei Berechnung des Bürgergeldes anrechnungsfrei.

Wir wollen jede Erwerbstätigkeit fördern und sie gegenüber dem Erhalt von Transferleistungen besserstellen. Wir wollen die **Einkommengrenze für Minijobs** ohne Abgaben für Arbeitnehmer von bisher 400 auf 600 Euro erhöhen. Bei Einkommen zwischen 600 und 1000 Euro muss der Arbeitnehmer gleitend ansteigende Sozialabgaben bezahlen. Volle Sozialversicherungsbeiträge sind bei Einkommen über 1000 Euro zu entrichten.

Je nach Höhe des Einkommens werden Sozialversicherungsbeiträge und Steuern fällig. In Verbindung mit unserem Steuerkonzept wird **sichergestellt, dass sich die Aufnahme einer Arbeit immer lohnt** – auch bei Aufnahme einer gering bezahlten Tätigkeit.

Unser Bürgergeld sorgt für ein **Mindesteinkommen**, das Beschäftigung fördert und Arbeits-einkommen nicht benachteiligt. Dieses Mindesteinkommen verhindert Armut besser als staatlich verordnete Mindestlöhne.

Jetzt einen funktionsfähigen Wettbewerb auf dem Finanzmarkt durchsetzen

Die **Krise der internationalen Finanzmärkte** hat erhebliche Auswirkungen auf die Realwirtschaft. Die Finanzkrise wird zur **Wirtschaftskrise**. Statt Aktionismus braucht unser Land einen **ordnungspolitischen Kompass**, der auch der Notwendigkeit einer effektiven Versorgung unserer mittelständischen Wirtschaft mit Krediten Rechnung trägt.

Ziel jeder Regulierung am Finanzmarkt muss ein funktionsfähiger Wettbewerb sein. **Die Marktteilnehmer müssen Vertrauen in das System haben können**. Dieses Vertrauen ist derzeit verloren gegangen. Wir brauchen nicht mehr, sondern bessere Regelungen für den Finanzmarkt. **Regulierungsversagen** ist Staatsversagen, nicht Marktversagen. Deshalb muss unverzüglich die staatliche Bankenaufsicht auf nationaler und internationaler Ebene effektiver werden. Die FDP spricht sich für eine konsequente Überprüfung und Anpassung der Regulierungen und für nachhaltige Verbesserungen bei der staatlichen und konzerninternen Aufsicht aus.

Die FDP ist die einzige Partei, die ernsthaft und glaubhaft wieder aus der Staatswirtschaft aussteigen will. Die massive Staatsbeteiligung, vor allem im Finanzsektor, kann nur durch die derzeitige Vertrauenskrise in der Weltwirtschaft begründet werden. Sobald sich die wirtschaftlichen Bedingungen wieder verbessert haben, muss mit dem Ausstieg des Staates bei Wirtschaftsunternehmen und Finanzinstituten begonnen werden. Nur mit einem durchdachten Ausstiegsszenario kann der Rückzug des Staates geordnet und zügig vollzogen werden. Daher sollte die Regierung einen **Re-Privatisierungsrat** einsetzen. Der **Re-Privatisierungsrat** entwirft eine Zeitablaufplanung, die Flexibilitätspuffer enthalten sollte und somit die Lage an den Kapitalmärkten berücksichtigen kann. Solange der Staat sich an Unternehmen des Finanzsektors beteiligt, hat er Steuermittel zurückhaltend einzusetzen, Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden und seine Auflagen so auszugestalten, dass dadurch keine unverantwortliche Risikopolitik in den Banken verursacht wird.

Unabhängig davon kann mangelhafte Politik persönliches Fehlverhalten Einzelner nicht entschuldigen. **Wer als Manager im Finanzmarkt unverantwortliche Risiken eingegangen ist, muss zur Rechenschaft gezogen werden** und persönlich wie finanziell die Konsequenzen

tragen. Wir brauchen einen Verhaltenskodex für Führungskräfte, der in Übereinstimmung mit unseren gesellschaftlichen Werten und Normen steht und der Vorbildfunktion der Führungspositionen gerecht wird.

Die FDP hat die **Zersplitterung der Bankenaufsicht** zwischen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungen (BaFin) und der Bundesbank von Anfang an abgelehnt. Die deutsche Bankenaufsicht muss konzentriert, verstärkt und professionalisiert werden. Eine **Konzentration der Aufsicht** bei der unabhängigen Bundesbank verhindert Reibungsverluste und strafft die Arbeitsabläufe. Die geldpolitische, volkswirtschaftliche und aufsichtsrechtliche Expertise ist dann in einer Institution gebündelt und kann effizienter aufeinander abgestimmt werden.

Auch auf der **europäischen Ebene** ist eine schnelle Konzentration und Professionalisierung der Bankenaufsichten erforderlich. Die FDP will so schnell wie möglich die mehr als 70 Finanzmarktaufsichtsbehörden in der EU besser vernetzen. Erstes Ziel ist die unverzügliche Einrichtung einer europäischen Koordinierungsstelle nach dem Modell der Europäischen Zentralbank (EZB). Mittelfristig sollte eine EU-weite Bankenaufsicht geschaffen werden, die bei der EZB anzusiedeln und in den EU-Verträgen abzusichern ist.

Die US-amerikanischen Rating-Agenturen haben durch ihre gravierenden Fehlbewertungen ihren Teil zur Finanzmarktkrise beigetragen. Die FDP fordert, die Errichtung einer unabhängigen europäischen Rating-Einrichtung zu prüfen. Beratung und Rating aus einer Hand schaffen Interessenkonflikte und sind zu unterbinden.

Die Vorstandsvergütung in Aktiengesellschaften muss neu ausgerichtet werden. In der Hauptversammlung sind die **Rechte der Aktionäre** als Eigentümer des Unternehmens **zu stärken**, indem die Hauptversammlung die Grundsätze der Vergütung festlegt und über die Transparenz der Vergütung entscheidet. Es muss Aufgabe des **gesamten Aufsichtsrates** sein, dafür zu sorgen, dass die Gesamtbezüge der einzelnen Vorstandsmitglieder in einem **angemessenen Verhältnis** zu den Aufgaben und der Lage der Gesellschaft stehen. Vergütungen müssen sich dabei stärker am **dauerhaften Erfolg des Unternehmens** ausrichten. Dabei sind die Vorstandsmitglieder nicht nur am Erfolg, sondern auch am Misserfolg des Unternehmens zu beteiligen.

Die unter der Bundesregierung 1998 eingeführten Möglichkeiten der Kreditverbriefung gehören auf den Prüfstand. Verbriefungen sind anerkannte Instrumente zur Refinanzierung der Banken. Das Risiko, das sich hinter den Papieren verbirgt, muss transparent werden, Risikoverlagerungen aus der Bilanz heraus darf es nicht mehr geben. Zu prüfen sind darüber hinaus Selbstbehalte der Emittenten.

Die FDP fordert mehr Verantwortung durch Haftung. Für die Managerhaftung in deutschen Aktiengesellschaften gilt bereits heute ein im internationalen Vergleich sehr scharfes Haftungsrecht. Die Betroffenen haften bereits bei leichter Fahrlässigkeit mit ihrem gesamten Privatvermögen für Schäden in unbegrenzter Höhe. Schadenersatzansprüche müssen zukünftig von den Aufsichtsräten auch geltend gemacht werden. Die FDP fordert Verschärfungen des materiellen Rechts, wenn diese Ansprüche künftig nicht konsequent geltend gemacht werden.

Doch auch die Haftung für entstandene Verluste gehört untrennbar zur Sozialen Marktwirtschaft. Es kann nicht sein, dass es Unternehmen gibt, deren Eigentümer auf eine Rettung durch den Staat vertrauen und deshalb besonders hohe Risiken eingehen können. Deshalb will die FDP, dass das bestehende Insolvenzrecht mit seinen Möglichkeiten, zu denen ausdrücklich auch die Fortführung eines Unternehmens zählt, angewandt wird. Bei international

tätigen Großbanken löst eine Insolvenz aber derzeit oft eine unkontrollierbare Kettenreaktion aus. Wir brauchen daher zukünftig Regeln, die diese Begleitschäden beschränken, ohne die Eigentümer zu entlasten. Daran wird die FDP in der Regierungsverantwortung arbeiten.

Die bankeninternen Kontroll- und Überwachungsfunktionen müssen modernisiert werden und effizientere Aufsichtsstrukturen innerhalb der Unternehmen geschaffen werden. Dazu gehört die Einführung kleinerer Aufsichtsräte von maximal zwölf Mitgliedern, eine **Mindestwartefrist von drei Jahren für ehemalige Vorstandsvorsitzende beim Wechsel zum Aufsichtsratsvorsitzenden** desselben börsennotierten Unternehmens sowie die Begrenzung auf höchstens fünf Aufsichtsratsmandate pro Person. Insgesamt muss die Arbeit der Aufsichtsräte für eine effektivere Kontrolle des Vorstandes professionalisiert werden. Entsprechend den Grundsätzen der Unternehmensführung (**Corporate-Governance-Kodex**) für Aufsichtsräte und Vorstände sollte ein Ehrenkodex für Betriebsräte entwickelt werden. Die FDP will der Betriebsversammlung das Recht einräumen, die Offenlegung der gezahlten Aufwendungen an die einzelnen Betriebsratsmitglieder zu verlangen.

Die **Stabilisierung von Finanzunternehmen** durch staatliche Maßnahmen im Rahmen des Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin) bedarf im Interesse der Steuerzahler einer **umfassenden Kontrolle durch das Parlament**. Die FDP will die parlamentarischen Rechte bei Stabilisierungsentscheidungen ausweiten und klarstellen. Auch in der Bundesregierung müssen die Strukturen geändert werden. Wenn sich der Staat zeitweilig an Banken beteiligt, darf das Finanzministerium nicht länger für den Ordnungsrahmen des Finanzgewerbes zuständig sein. Dass dasjenige Ministerium, das jetzt die Haushaltsmittel für die so genannten Schutzschirme zur Verfügung stellt, hinterher die Banken kontrolliert, ist ordnungspolitisch verfehlt. Man braucht hier die Rückkehr zum Vier-Augen-Prinzip. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) sollte deshalb zukünftig für das Setzen und Einhalten eines effektiven und effizienten finanzpolitischen Ordnungsrahmens verantwortlich sein.

Den Mittelstand stärken

71 Prozent der Arbeitsplätze und 83 Prozent der Ausbildungsplätze in Deutschland stellt der Mittelstand bereit. **Eine Politik, die den Mittelstand stärkt, ist die beste Wirtschaftspolitik.**

Der Mittelstand wartet auf **Steuersenkungen und niedrigere Lohnzusatzkosten**, damit er investieren und Arbeitsplätze schaffen kann. Die FDP will die mit der Unternehmensteuerreform eingeführte Zinsschranke und die Mindestbesteuerung abschaffen und die degressive Abschreibung dauerhaft wieder einführen. Viele Mittelständler unterliegen gar nicht der Körperschaftsteuer wie größere Unternehmen, sondern zahlen als Personengesellschaften Einkommensteuer. Deshalb muss auch die Einkommensteuer gesenkt werden.

Durch die Vorverlegung des Fälligkeitstermins von Sozialabgaben ist ein bürokratischer Mehraufwand für die Unternehmen in Milliardenhöhe entstanden. Der **Fälligkeitstermin** muss wieder so gewählt werden, dass die Unternehmen **nicht** allein dadurch **zusätzlich belastet** werden.

Die Arbeitsplätze im Mittelstand müssen gesichert werden. Der staatlich ermöglichte Mindestlohn in der Postbranche ist Beleg dafür, dass es der Bundesregierung nicht um Wettbewerb und Arbeitsplätze im Mittelstand geht, sondern um Monopolschutz für Großkonzerne. **Die Tarifautonomie muss vor staatlichen Lohndiktaten geschützt werden.** Statt Mindestlöhnen brauchen gerade Mittelständler flexiblere Regelungen. Kleine und mittlere Unternehmen brauchen mehr Selbstbestimmung durch Mitarbeiter und Unternehmer vor Ort. Wenn die

Belegschaften und Arbeitgeber vom Tarifvertrag abweichende Regelungen wollen, muss Ihnen eine entsprechende Vereinbarung auf betrieblicher Ebene ermöglicht werden, und zwar ohne dass eine Zustimmung der Gewerkschaften und der Arbeitgeberverbände erforderlich ist. Allgemeinverbindliche Tarifverträge verhindern dem gegenüber betriebliche Bündnisse. Ohne allgemeinverbindliche Tarifverträge erhöht sich der Druck auf die Tarifparteien, bei ihren Abschlüssen die Interessen des Mittelstandes stärker zu berücksichtigen. Da, wo es für die Beschäftigten günstiger ist, muss auch vom Tarifvertrag abgewichen werden können. Günstiger in diesem Sinne können auch ein geringerer Lohn oder eine längere Arbeitszeit sein, wenn dies den Erhalt des Arbeitsplatzes sichert oder die Schaffung neuer Arbeitsplätze ermöglicht und der Betriebsrat oder 75 Prozent der abstimmenden Mitarbeiter dem zugestimmt haben.

Die Ausweitung der Funktionärsmitbestimmung hat den Mittelstand mit zusätzlichen Kosten in Millionenhöhe überzogen. Gerade in kleinen Inhaberbetrieben wird das unkomplizierte betriebliche Miteinander durch die gesetzliche Mitbestimmungsverschärfung erheblich gestört. Die **Kosten der betrieblichen Mitbestimmung müssen begrenzt**, die gesetzlich vorgegebene Zahl der Betriebsratsmitglieder deutlich reduziert werden. Ein Betriebsrat sollte erst in Unternehmen ab 20 Beschäftigten gebildet werden und ein Wahlquorum von 50 Prozent erfordern. Die Freistellung von Betriebsratsmitgliedern darf erst in Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten beginnen. Die Schwellenwerte im Arbeitsrecht sollten in ihrer Anzahl reduziert und auch einheitlich berechnet werden. Das führt zu mehr Rechtsklarheit und damit zu mehr Rechtssicherheit bei der Anwendung.

Das vor allem für den Mittelstand komplizierte **Kündigungsschutzgesetz** muss beschäftigungsfreundlicher werden. Der Kündigungsschutz sollte erst für Betriebe mit mehr als 20 Beschäftigten und nach einer Beschäftigungsdauer von zwei Jahren gelten. Der **Kündigungsschutz gegen willkürliche Kündigungen** bleibt uneingeschränkt für alle Arbeitnehmer bestehen. Für den Fall der arbeitgeberseitigen betriebsbedingten Kündigung sollen die Arbeitnehmer bereits bei Vertragsschluss statt des gesetzlichen Kündigungsschutzes eine **Abfindung** beziehungsweise den Anspruch auf eine **vom Arbeitgeber zu finanzierende Weiterbildung** vereinbaren können. Das generelle Vorbeschäftigungsverbot für sachgrundlos befristete Einstellungen muss abgeschafft werden. Ein Verbot wiederholter befristeter Beschäftigung vor Ablauf von drei Monaten ist ausreichend, um ungewollte Kettenarbeitsverträge zu vermeiden. Das schafft **Flexibilität für den Mittelstand** und führt zu mehr Arbeitsplätzen in Deutschland. Eine befristete Einstellung ist besser, als arbeitslos zu sein.

Das Gewerkschaftsprivileg im Aufsichtsrat entspricht nicht mehr der betrieblichen Realität, sondern erweist sich immer mehr als Nachteil für den Standort Deutschland. Fast alle wichtigen Vorstandsentscheidungen müssen heute im Konsens mit den Gewerkschaftsvertretern im Aufsichtsrat gefällt werden. Die Drittelparität, wie sie bereits in den meisten Kapitalgesellschaften mit weniger als 2.000 Beschäftigten existiert, muss die paritätische Mitbestimmung ersetzen.

Der Staat muss sich aus der Wirtschaft zurückziehen, indem er statt eines immer dichteren, bürokratischen Regelungsnetzes einen verständlichen, flexiblen Regelungsrahmen vorsieht. Statt zusätzliche bürokratische Lasten wie zum Beispiel das „Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz“ (Anti-Diskriminierungsgesetz) zu schaffen, müssen die bestehenden reduziert werden. Die zahlreichen statistischen Doppelerhebungen müssen abgeschafft werden. **Zusätzliche Bürokratielasten muss der Staat den Unternehmen vergüten**. Wie hohe Lohnzusatzkosten führen auch hohe Bürokratiekosten zum Wachsen der Schwarzarbeit. Im Interesse eines effektiveren Bürokratieabbaus muss der Normenkontrollrat zu einem wirklichen **Bürokratie-TÜV** ausgebaut werden.

Deutschland braucht eine Kultur, die die **Gründung und Weiterführung von Betrieben** begünstigt, den Schritt in die Selbständigkeit, neue Ideen und Innovationen fördert und die Leistung der Freien Berufe anerkennt. Die Anforderungen an die Gründung eines Unternehmens sind in Deutschland immer noch zu hoch. Die staatliche Förderung für Unternehmensgründer muss einfacher und übersichtlicher werden.

Mit einem jährlichen Beschaffungsvolumen von rund 300 Milliarden Euro zählen staatliche Institutionen zu den wesentlichen Auftraggebern in der Bundesrepublik. Der deutsche Mittelstand ist auf ein **leistungsfähiges, transparentes und unbürokratisches Vergaberecht** angewiesen. Vergabefremde Kriterien gehören abgeschafft. Eine bundesweite elektronische Ausschreibungsbekanntmachung oberhalb von Bagatellgrenzen stärkt die Informationsmöglichkeiten mittelständischer Unternehmen. Mit der Vergaberechtsreform muss außerdem die **Zahlungsmoral der öffentlichen Hand deutlich verbessert** werden.

Die Förderung von Forschung und Entwicklung muss stärker auf den Mittelstand ausgerichtet werden. Die Kooperation zwischen Wissenschaft und mittelständischen Unternehmen muss intensiver werden. Auch die Überführung von Patenten in marktreife Produkte soll damit unterstützt werden. Das Patentwesen muss stärker auf die Bedürfnisse des Mittelstands ausgerichtet werden. 2005 haben nur etwa 0,1 Prozent aller mittelständischen Unternehmen ein inländisches Patent angemeldet. Nur ein auch über die deutschen Grenzen wirksamer Patentschutz garantiert, dass die mit einem Patent einhergehende Offenlegung der Innovation kein unzumutbares Wagnis ist. Das illegale Kopieren von Patenten sollte als Straftat geahndet werden. Die Kosten für Anmeldung und Aufrechterhaltung eines Patents gerade für kleine und mittlere Unternehmen müssen spürbar sinken.

Die Finanzierung des deutschen Mittelstandes muss verbessert werden. Erst das Zusammenspiel von angemessenem Eigenkapital und ausreichender Versorgung mit Fremdkapital ermöglicht die Finanzierung von Wachstum und Innovation. **Mit niedrigen Steuern** bleibt dem Mittelstand Raum, die **Eigenkapitaldecke zu stärken**. Die Finanzierung über Fremdkapital, die durch die Unternehmensteuerreform - Stichwort Zinsschranke - verteuert wurde, muss wieder erleichtert werden. Die FDP setzt sich für Finanzierungsneutralität ein. Daneben müssen Mittelständler wieder einfacher Risikokapital über die Finanzmärkte akquirieren können. Das ist besonders wichtig für die mittelständischen Unternehmen, die auf den globalen Märkten tätig sind. Dazu gehört vor allem, dass Verluste von Investoren, die mehr als 25 Prozent an einem Unternehmen erwerben, steuerlich auch wieder voll geltend gemacht werden können. Die staatlichen ERP-Fördermittel für den Mittelstand sind vor Spekulationsverlusten der KfW zu schützen. Die Fördergelder gehören daher wieder zurück in das Bundeswirtschaftsministerium.

Die KfW ist von einem Förderinstitut für den Mittelstand zu einem Sammelbecken für mehr oder weniger riskante Transaktionen degeneriert. Auch bei der jetzt so kritisierten Verbriefung von Krediten war die KfW mit dabei. Mittlerweile leidet darunter das Kerngeschäft: die Mittelstandsförderung. Trotz Einverleibung des ERP-Sondervermögens wird die Mittelstandsförderung ohne Haushaltszuschüsse nicht aufrechterhalten werden können. Die KfW muss wieder auf ein reines Förderinstitut zurückgeführt werden.

Modellregionen schaffen

Um wirtschaftlich schwache Regionen zu fördern, tritt die FDP für die Schaffung von Modellregionen ein. Um den Bürokratieabbau voranzubringen, erhält der Landesgesetzgeber die Möglichkeit, befristet Regelungen zu treffen, die gegenüber dem Bundesrecht eine Deregulierung und Entbürokratisierung zur Folge haben. Die FDP will eine neue Förderpolitik. Wir

müssen hin zur gezielten Vergabe der Fördermittel – das „Gießkannenprinzip“ hat ausgedient. Die Fördermittel müssen stärker konzentriert werden. In Zukunft sollen gewerbliche Investitionen und wirtschaftsnahe Forschung und Entwicklung im Mittelpunkt der Förderung stehen. Die Mittel aus dem Solidarpakt II müssen vorrangig für Investitionen eingesetzt werden.

Was Deutschland international von seinen Handelspartnern einfordert, müssen wir genauso zu Hause konsequent umsetzen. **Die FDP spricht sich für klare Regeln in allen Branchen aus:** Wettbewerb mit klaren Regeln ist das Leitmotiv liberaler Wirtschaftspolitik. Wettbewerb sorgt für Angebotsvielfalt, Qualität und marktgerechte Preise. Monopolmärkte müssen wirkungsvoll aufgebrochen und durch eine effiziente Regulierung langfristig verhindert werden. In das **Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen** (GWB) muss ein Entflechtungsinstrument integriert werden. Als Ultima Ratio muss es möglich sein, praktisch aufgeteilte Märkte neu zu strukturieren und so für Wettbewerb zu sorgen.

Als exportorientierte Volkswirtschaft ist Deutschland auf offene, freie und faire Märkte und Wettbewerb angewiesen. Die EU muss sich im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) für den Erhalt des multilateralen Welthandelssystems einsetzen. Die FDP fordert eine **unverzögliche Wiederaufnahme der WTO-Verhandlungen**. Um die Verhandlungen wiederzubeleben, schlägt die FDP vor, den WTO-Generalsekretär als Schlichter einzusetzen. Zur Sicherung freier und fairer Märkte will die FDP ein unabhängiges Europäisches Kartellamt und internationale Wettbewerbsregeln unter dem Dach der WTO. Angesichts der weltweiten Rezessionsgefahr muss ein Rückfall in Wirtschaftsnationalismen verhindert werden.

Arbeit hat Vorfahrt

Die FDP tritt für eine bürgerfreundliche Arbeitsvermittlung vor Ort ein. Die Arbeitsagenturen beziehungsweise ARGEN vor Ort sind weiterhin **wenig bürgerfreundlich**, statisch in ihrer Vermittlungstätigkeit und kaum reaktionsfähig aufgrund ihrer zentralen bürokratischen Steuerung aus Nürnberg. Die FDP spricht sich seit Jahren für eine **Übertragung der Aufgaben der örtlichen Arbeitsagenturen und ARGEN auf die Kommunen** aus. Eine kommunale Betreuung der Arbeitssuchenden ist bürgerfreundlicher, unbürokratischer und schneller. Die FDP will die **Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg auflösen**, um ihre Aufgaben in **einem Drei-Säulen-Modell** neu zu ordnen: in einer Versicherungsagentur, die das Arbeitslosengeld auszahlt und Wahlfreiheit bei den Tarifen einräumt; in einer kleinen Arbeitsmarktagentur für überregionale und internationale Aufgaben, die auch für Transparenz bei den gemeldeten Stellen sorgt und die notwendigen Datenbanken zur Verfügung stellt; in viele kommunale Jobcenter, die mit ihrem Betreuungsangebot besser als die Bundesagentur für Arbeit auf die einzelnen Probleme der Arbeitslosen und Hilfesuchenden, aber auch der örtlichen Arbeitgeber, eingehen können.

Die FDP will die **kommunalen Jobcenter** für die Vermittlung, Qualifizierung und soziale Betreuung der Langzeitarbeitslosen sowie eventuelle sozialrechtliche Sanktionen zuständig machen (Bürgergeld- beziehungsweise ALG-II-Empfänger). Sie erhalten im Rahmen bestehender Budgets bei dem Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente **weite Entscheidungsbefugnisse** hinsichtlich der Verwendung der Haushaltsmittel und der Entwicklung geeigneter Instrumente für die Integration Erwerbsloser. Dadurch werden die Innovationsfähigkeit in der Arbeitsmarktpolitik und der Wettbewerb unter den Jobcentern gefördert. Die Betreuung Langzeitarbeitsloser zeigt schon heute durch einige Optionskommunen, dass **vor Ort besser den individuellen Voraussetzungen der Langzeitarbeitslosen und den örtlichen Gegebenheiten Rechnung getragen** werden kann. Kommunale Jobcenter finden gerade für Langzeitarbeitslose passgenaue Wege in den Arbeitsmarkt. Daher muss eine Hartz-IV-

Organisationsreform es zumindest ermöglichen, dass eine unbegrenzte Zahl von Kommunen jederzeit für eine kommunale Lösung optieren kann.

Um die Vermittlungsgutscheine für Kurzarbeitslose sollen kommunale Jobcenter und private Anbieter konkurrieren, da Wettbewerb bei geeigneten Rahmenbedingungen zu besseren Vermittlungsergebnissen führt. Eine vollständige Privatisierung der Arbeitsvermittlung ist nicht vorgesehen. In den Jobcentern soll ein Vertreter der Versicherungsagentur als Ansprechpartner vor Ort verfügbar sein.

Bei der Arbeitslosenversicherung ist das Versicherungsprinzip wieder zu stärken. Ziel der Leistungen der Arbeitslosenversicherung muss unverändert sein, Arbeitnehmer durch eine von der Bedürftigkeit unabhängige Versicherungsleistung, die an die Stelle des ausfallenden Entgeltes tritt, vor den wirtschaftlichen Folgen der Arbeitslosigkeit für die ersten zwölf Monate zu schützen.

Die Arbeitsmarktinstrumente der Bundesagentur für Arbeit müssen mit Blick auf ihre Effizienz auf den Prüfstand gestellt und gesamtgesellschaftliche Aufgaben wieder aus Steuermitteln finanziert werden. Die **Neuorganisation der Aufgaben der Arbeitsverwaltung** führt zu einer **Abschaffung doppelter Verwaltungsstrukturen** und mittelfristig zu einer weiteren Senkung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung. Sie leistet damit einen wichtigen Beitrag zu mehr Wachstum und Beschäftigung.

Die FDP lehnt eine Staffelung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I nach der vorhergegangenen Beschäftigungsdauer ab, da dies dem Charakter einer Risikoversicherung widerspricht und zu mehr Arbeitslosigkeit bei älteren Arbeitnehmern führt. Stattdessen wird den Versicherten eine Wahlfreiheit bei den Tarifen eingeräumt, die positive Anreizwirkungen entfaltet.

Die FDP ist gegen die Einführung von gesetzlichen Mindestlöhnen. Sie führen zu einer **Verdrängung von Arbeitsplätzen**, besonders im gering qualifizierten Bereich, und einer Abwanderung in die Schwarzarbeit. Opfer von gesetzlichen Mindestlöhnen sind in erster Linie Langzeitarbeitslose, die kaum mehr eine Aussicht auf neue Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt haben. Reichen geringe Löhne nicht aus, um den Lebensunterhalt zu gewährleisten, greift unterstützend das **Bürgergeld** und sichert so jedem Betroffenen das notwendige Mindesteinkommen. So wird allen die Chance gegeben, sich in den Arbeitsmarkt zu integrieren und zugleich immer das notwendige Mindesteinkommen zu erreichen.

Zukunft der sozialen Sicherungssysteme sichern

Jeder hat das Recht auf ein menschenwürdiges Leben. Jeder hat das Recht auf so viel Freiheit wie möglich. Beides braucht auch eine materielle Grundlage. Dafür benötigen die Menschen soziale Sicherheit: Verlässliche Vorsorge für das Alter, wirksamer Schutz bei Krankheit, Pflegebedürftigkeit und Arbeitslosigkeit sowie effiziente Hilfe in Notlagen sind die Basis für Vertrauen in die persönliche Lebensplanung.

Liberaler Sozialpolitik ist dem Grundsatz der Generationengerechtigkeit verpflichtet. In einer schrumpfenden und älter werdenden Gesellschaft kann soziale Sicherheit nur gewährleistet werden, wenn jeder mehr Verantwortung übernimmt.

Für eine generationengerechte Ausgestaltung der Alterssicherung muss die gesetzliche Rente besser auf die finanziellen Auswirkungen der Alterung der Gesellschaft vorbereitet werden. Die FDP will die Alterssicherung stärker in Richtung privater Kapitaldeckung umbau-

en. Die private und betriebliche kapitalgedeckte Vorsorge müssen gestärkt werden, da nur so die Belastungen generationengerechter verteilt werden können. Zwar leben die Menschen immer länger, die Arbeitsfähigkeit ist individuell im Alter aber sehr unterschiedlich. Daher sollen die Menschen ihren Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand auf der Basis einer eigenen Entscheidung und vor dem Hintergrund erworbener Anwartschaften und **Versorgungen flexibel und selbständig gestalten** können. Die FDP tritt dafür ein, dass die Versicherten ab dem 60. Lebensjahr bei versicherungsmathematisch korrekten Zu- und Abschlägen den Zeitpunkt ihres Renteneintritts frei wählen können. Voraussetzung ist, dass ihre kombinierten Ansprüche aus gesetzlicher, betrieblicher und privater Rente über dem Grundsicherungsniveau liegen.

Um die Beschäftigung Älterer zu fördern, sollen alle Barrieren für Arbeit im Alter beseitigt werden. Daher fordert die FDP, alle **Zuverdienstgrenzen** neben dem Rentenbezug **aufzuheben**. Für den Zuverdienst entfällt der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung. Das erhöht den Anreiz für Arbeitgeber, ältere Beschäftigte einzustellen, und für Arbeitnehmer, auch noch im Alter eine Beschäftigung aufzunehmen. Die Versicherten können so ab dem 60. Lebensjahr ihre Arbeitszeit reduzieren und den Verdienstaufschlag durch Bezug einer Teilrente kompensieren.

Die steigende Lebenserwartung und die damit einhergehende längere Rentenbezugsdauer werden direkter als bisher für jeden Jahrgang bei der Berechnung der gesetzlichen Rente berücksichtigt. Insoweit wird eine **generationengerechte Verteilung der Lasten** auf die einzelnen Jahrgänge erreicht.

Das Rentenrecht in Ost und West muss vereinheitlicht werden. Nach der gegenwärtigen Rechtslage würden noch auf unabsehbare Zeit in Ost und West unterschiedliche Rentensysteme bestehen. Das war aber nie das Ziel und kann es auch heute nicht sein. Denn diese Trennung ist mittlerweile willkürlich, da es sowohl in neuen wie alten Bundesländern heute Hoch- und Niedriglohnggebiete gibt. Für einzelne Versichertengruppen, die bei der Rentenüberleitung Rentenansprüche verloren haben, muss eine faire Nachversicherungslösung gefunden werden.

Die private und betriebliche kapitalgedeckte Vorsorge müssen gestärkt werden, da die gesetzliche Rente in Zukunft nur noch eine Grundversorgung gewähren wird. Um die betriebliche Vorsorge und **Möglichkeiten der Mitarbeiterbeteiligung** zu stärken, sollen Gewinnbeteiligungen der Arbeitnehmer in die abgabenfreie Entgeltumwandlung einbezogen werden können. Um den Realitäten des Arbeitsmarktes gerecht zu werden, soll die Portabilität von betrieblicher Altersvorsorge verbessert werden.

Die geförderte private Altersvorsorge in Form der „Riester-Rente“ soll für alle Bürger, auch Selbständige, geöffnet werden. **Kindererziehungszeiten** will die FDP künftig stärker in der kapitalgedeckten Altersvorsorge berücksichtigen. Verträge zum Schutz gegen Erwerbsminderung sollen künftig vollumfänglich von der Riester- oder Basisrentenförderung erfasst werden können. Bisher sind Verträge zum Schutz gegen Erwerbsminderung nur zu einem sehr begrenzten Anteil über diese Wege förderfähig.

Damit sich private und betriebliche Altersvorsorge auch für **Geringverdiener** lohnen, soll bei der **Grundsicherung im Alter** die eigene Altersvorsorge nur zum Teil angerechnet werden. Denn wer für das Alter vorsorgt, muss im Alter mehr zur Verfügung haben als derjenige, der nicht vorsorgt. Bis zu 100 Euro monatliches Einkommen aus privater und betrieblicher Vorsorge sollen daher bei der Grundsicherung im Alter anrechnungsfrei bleiben, darüber hinausgehendes Einkommen wird zu 60 Prozent angerechnet.

Solidarität und Eigenverantwortung statt Staatsmedizin

Die Gesundheitsversorgung ist teurer, aber nicht besser geworden. Die Therapiefreiheit wird Schritt für Schritt abgeschafft. Die so wichtige Beziehung zwischen Therapeut und Patient wird durch bürokratische Vorgaben behindert. Mit jedem Tag, der vergeht, ohne dass eine Umstellung auf eine nachhaltige Finanzierung erfolgt, verschärft sich das **Finanzierungsproblem** des Gesundheitssektors. Weder die so genannte Bürgerversicherung noch die Gesundheitsprämie sind in der Lage, die geschilderten Probleme in den Griff zu bekommen. Die FDP will vielmehr ein grundlegendes Umsteuern in ein **freiheitliches System**, das **Solidarität und Eigenverantwortung** in Einklang bringt, das Schluss macht mit einer zentral gesteuerten Staatsmedizin und der sozialen Bevormundung der Patienten und den Bürgern den notwendigen **Gestaltungsspielraum** für ihre Versicherungs- und ihre Therapieentscheidungen gibt.

Der **Wettbewerb im Gesundheitssektor** muss gestärkt werden. Dazu gehört eine starke private Krankenversicherung. Zu einem fairen Wettbewerb im Gesundheitssektor gehört auch, den gesetzlichen Krankenkassen ihre **Beitragsautonomie** zu belassen und den bürokratischen und überflüssigen Gesundheitsfonds abzuschaffen. Die FDP ist gegen ein staatliches und zentralistisches Gesundheitswesen, das nur zu Mangelverwaltung, Zwei-Klassen-Medizin und längeren Wartezeiten führt.

Das Prinzip **„Privat kommt vor dem Staat“** bedeutet für die Gesundheitspolitik: soviel Gestaltungsfreiheit und Eigenverantwortung für den Einzelnen wie möglich, aber gleichzeitig genügend garantierte Sicherheit, um bei einer Erkrankung nicht in eine finanzielle Notlage zu geraten. **Wir wollen Solidarität** mit denjenigen, die krank oder behindert sind. Dies gelingt über eine Verpflichtung der Versicherer, die notwendige Grundversorgung ohne Risikozuschläge sicherzustellen. Diejenigen, die sich eine Krankenversicherung nicht leisten können, erhalten finanzielle Unterstützung aus dem Steuer-Transfer-System.

In der Krankenversicherung muss der Weg wegführen von der Lohnbezogenheit der Beiträge und vom Umlageverfahren **hin zu einem leistungsgerechten Prämiensystem**, das über Kapitaldeckung eine sichere Grundlage für eine **generationengerechte Verteilung der Lasten** schafft und gleichzeitig dafür sorgt, dass jeder Bürger so weit wie möglich selbst bestimmen kann, was er wie absichern will. Die FDP spricht sich aus für eine **Pflicht zur Versicherung** der Risiken, die den Einzelnen im Krankheitsfall überfordern würden, bei einem Versicherer der eigenen Wahl. Jeder Bürger muss die Möglichkeit haben, im Umfang der Existenz bedrohenden Risiken unabhängig vom Gesundheitszustand ohne die Erhebung von Risikozuschlägen versichert zu werden. Wer ein höheres Sicherheitsbedürfnis hat, kann sich selbstverständlich für einen umfangreicheren Versicherungsschutz entscheiden. Dabei sind auch unterschiedliche Tarifgestaltungen möglich.

Jede **Generation** soll vom Grundsatz her die von ihr verursachten **Gesundheitskosten über die gesamte Lebenszeit selbst tragen**. Das ist nur möglich, wenn in der Zeit, in der wenig Gesundheitsleistungen in Anspruch genommen werden, Rücklagen aufgebaut werden für die Zeit, in der mehr medizinische Versorgung benötigt wird.

Der **soziale Ausgleich zwischen Einkommensstarken und Einkommensschwachen** soll nicht mehr innerhalb der Krankenversicherung stattfinden, wo er zum Teil zu Ungereimtheiten oder sogar Ungerechtigkeiten führt und jegliches individuelles Kostenbewusstsein außer Kraft setzt. Er gehört vielmehr in das Steuer- und Transfersystem, wo jeder nach seiner Leistungsfähigkeit herangezogen wird. Die Kosten für die Krankenversicherung der Kinder sind eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und daher aus Steuermitteln zu finanzieren.

Durch Wettbewerb auf allen Ebenen – sowohl auf Seiten der Versicherer als auch auf Seiten derjenigen, die für die Gesundheitsversorgung verantwortlich sind – muss dafür gesorgt werden, dass die Bürger nicht mehr als notwendig für ihren Versicherungsschutz bezahlen müssen und dass sie ihn nach ihren eigenen Bedürfnissen gestalten können.

Im Gesundheitswesen arbeiten schon heute in Deutschland mehr Menschen als in jeder anderen Branche. Die **Gesundheitswirtschaft** ist nach wie vor ein Wachstumsmarkt, der aber durch zahlreiche Regularien eingedämmt wird. Bürokratische, zentralistische Lösungen behindern den effizienz- und innovationssteigernden Wettbewerb, der durch einen klaren wettbewerbs- und kartellrechtlichen Rahmen flankiert werden muss. Forschung und Innovation sind im wahrsten Sinne des Wortes lebensnotwendig. Dafür braucht es die richtigen Rahmenbedingungen, auch in sozialrechtlicher Hinsicht. Entscheidet sich ein Patient nach Beratung mit seinem Arzt für ein nicht erstattungsfähiges Produkt oder Verfahren, muss er den Betrag erstattet bekommen, den die Krankenkasse sonst hätte übernehmen müssen (Festzuschuss-, Mehrkostenregelung).

Ärzte, Krankenhäuser und alle anderen medizinischen Fachkräfte und Einrichtungen, die Tag für Tag die Versorgung der Menschen im Krankheitsfall sicherstellen, haben ein Anrecht darauf, **leistungsgerecht und nach transparenten Kriterien vergütet** zu werden und nicht in einem bürokratischen Wust zu ersticken. Überprüfungen und Kontrollen müssen auf das notwendige Maß reduziert werden und dürfen nicht dazu führen, dass die Qualität der Versorgung leidet. Die **Freiberuflichkeit** ist nach wie vor ein Garant für eine patientenorientierte, bedarfsgerechte und wohnortnahe Gesundheitsversorgung auf qualitativ hohem Niveau. Für die Patienten sind darüber hinaus die freie Wahl des Therapeuten und unabhängige Leistungserbringer wesentliche Elemente eines leistungsfähigen Gesundheitssystems. Sie müssen gemeinsam mit dem Therapeuten ihrer Wahl die notwendige medizinische Behandlung festlegen können. Verbindliche zentralisierte Vorgaben werden dem nicht gerecht, denn den Norm-Patienten gibt es nicht.

Zur **Verbesserung der Versorgung** muss weiter an Ansätzen gearbeitet werden, die den Patienten in seiner Ganzheit wahrnehmen und eine nahtlose Behandlung über die verschiedenen Therapeuten und Institutionen hinweg ermöglichen. Wir wollen die Chancen von **Public-Private-Partnership-Projekten** (also Kooperationen zwischen der öffentlichen Hand und privaten Unternehmen) zur Verbesserung des Gesundheitssystems und der Gesundheitsinfrastruktur nutzen. Die Chancen der Telematik, auf elektronischem Wege qualifiziert Kontakt zu weiter entfernten Kollegen aufnehmen zu können, sind auch im Hinblick auf eine Sicherstellung der Versorgung in der Fläche zu nutzen. Dabei müssen hohe Datenschutzstandards die hochsensiblen Daten schützen. Das gilt insbesondere auch für die elektronische Gesundheitskarte, die so lange nicht eingeführt werden darf, bis solche Standards gewährleistet sind.

Die Bedürfnisse im Umfeld von Gesundheit und Krankheit sind nahezu unendlich. Wenn diese Leistungen nach Zahlung des Beitrages gewissermaßen kostenfrei zur Verfügung stehen, werden Anreize falsch gesetzt. Deshalb ist es wichtig, dass der **Patient eine Rechnung erhält**, die die Kosten der in Anspruch genommenen Leistungen zeigt (**Kostenerstattungsprinzip**). Unbürokratisch ausgestaltete Selbstbeteiligungen sind für ein kosten- und gesundheitsbewusstes Verhalten unerlässlich. **Die Praxisgebühr hingegen ist bürokratisch und hat keine dauerhafte Steuerungsfunktion.** Die FDP will stattdessen die Anreize so setzen, dass Leistungen verantwortlich in Anspruch genommen werden. Ergänzend müssen verständlich aufbereitete Informationen über eine sachgerechte Nutzung des Gesundheitssystems zur Verfügung stehen.

Die Prävention gewinnt immer stärker an Bedeutung. Besonders die demographische Entwicklung und die Zunahme von Volkskrankheiten, die durch einen gesunden Lebenswandel weitgehend vermeidbar wären, tragen dazu bei. Wir müssen deutlich machen, dass jeder Mensch die Möglichkeit hat, durch eine gesunde Ernährung, durch Bewegung und die Vermeidung von Risiken dazu beizutragen, möglichst gesund alt zu werden. Dazu bedarf es einer **zielgruppenorientierten, umfassenden Aufklärung**. Gezielt muss denjenigen geholfen werden, für die der Staat eine ganz besondere Verantwortung trägt und für diejenigen, die es nicht oder nur eingeschränkt aus eigener Kraft schaffen, gesund zu leben. Das betrifft besonders **Kinder und sozial Benachteiligte**. Für diese Aufgabe braucht es eine klare Aufteilung der Aufgaben- und Finanzverantwortung zwischen Bund, Ländern und Kommunen sowie den Krankenkassen und den gesundheitspolitischen Leistungsträgern, den Ärzten, den Zahnärzten oder den Psychotherapeuten.

Die **Versorgung mit Leid mindernder Palliativmedizin** sowie die Ausbildung von Ärzten und Pflegekräften in Palliativmedizin und -pflege müssen verbessert werden. Die neu eingeführte Finanzierung spezialisierter ambulanter Palliativmedizin muss endlich in die Praxis umgesetzt werden. Daneben ist die palliative Versorgung im Krankenhaus durch eine tagesbasierte Finanzierung abzusichern. **Hospize und ambulante Hospizdienste müssen ausgebaut** und mit der Palliativmedizin vernetzt werden. Denn die meisten Menschen wünschen sich, zu Hause zu sterben. Die Familie als kleinstes soziales Netz muss auch bei der Betreuung Sterbender gestärkt werden.

Mehr Menschen mit Organversagen können gerettet werden, wenn alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um im Rahmen der bestehenden Zustimmungslösung den gravierenden **Mangel an Organen für Transplantationen** zu verringern. Dazu gehört eine konsequentere Aufklärung und Motivation der Bevölkerung für Organspendeausweise. Ebenso wichtig ist die Verbesserung der Strukturen in den Krankenhäusern, damit Organe bei Vorliegen der notwendigen Bedingungen auch tatsächlich transplantiert werden. Zudem sollte die **Organ-Lebendspende** erleichtert werden. Die Nachrangigkeit der Lebendspende sollte aus dem Transplantationsgesetz gestrichen und der zulässige Spenderkreis erweitert werden. Lebendspender sollen gegen eventuelle Risiken umfassend abgesichert und bei einem späteren eigenen Organbedarf auf der Warteliste bevorzugt werden.

Suchtgefahren wirksam bekämpfen

Das liberale Menschenbild, das auf freier Selbstbestimmung beruht, verlangt Freiheit von Sucht und Abhängigkeit. Um dies zu erreichen, setzt liberale Drogen- und Suchtpolitik auf die drei Säulen **Prävention, Therapie und, wo notwendig, Repression**. Der Suchtmittelkonsum in Deutschland führt zu einer großen Zahl vorzeitiger Sterbefälle, zu erheblichen Krankheitshäufungen, großem persönlichen Leid, sozialen Schäden und hohen Kosten für die Gesellschaft.

Die **legalen Suchtmittel Alkohol und Tabak** stellen nach wie vor eine große Herausforderung dar, ebenso wie Medikamentenmissbrauch. Bei den illegalen Drogen ist Cannabis am stärksten verbreitet. Der regelmäßige Konsum von Cannabis lag bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen im letzten Jahr bei 2,3 Prozent. Die nichtstoffgebundenen Süchte spielen ebenfalls eine nicht unwesentliche Rolle. Auch von einer zunehmenden Zahl von Online-Spielsüchtigen muss ausgegangen werden. Die FDP setzt sich für eine Sucht- und Drogenpolitik ein, die Menschen ein selbstbestimmtes, unabhängiges Leben ermöglicht.

Aufgrund der **besonderen Schutzbedürftigkeit von Kindern und Jugendlichen** muss die Einhaltung der bestehenden Jugendschutzbestimmungen sichergestellt werden. Oberste Prio-

rität hat für die FDP die Einrichtung **flächendeckender Präventionsprogramme**. Prävention muss früh, wenn möglich bereits im Kindesalter, einsetzen, damit Suchtkrankheiten erst gar nicht entstehen. Gleichzeitig muss bei denen, die bereits begonnen haben, zu konsumieren, ein frühzeitiger Ausstieg gefördert werden. Bereits bei Jugendlichen finden sich hochriskante Konsummuster exzessiven Trinkens bis zur Alkoholvergiftung. In den letzten Jahren ist die Zahl der Kinder und Jugendlichen, die mit einer Alkoholintoxikation in Krankenhäuser eingeliefert wurden, deutlich gestiegen. Diese Entwicklung muss gestoppt werden.

Dabei darf es nicht zu einer Ausweitung der **Verbotspolitik** kommen. Notwendig ist eine **Präventionsstrategie mit angemessener finanzieller Ausstattung**. Die Wissenschaft hat gezeigt, dass die Kombination von Information und Aufklärung mit strukturellen Maßnahmen erfolgreich ist. Erwachsene müssen über einen verantwortungsbewussten Umgang mit Suchtmitteln informiert und für ein Vorbildverhalten für Kinder sensibilisiert werden. Suchtkranken muss frühzeitig und umfassend geholfen werden. Besonders Kinder aus suchtkranken Familien müssen mit Hilfeangeboten erreicht werden. Therapieziel ist ein unabhängiges Leben. Die Substitutionsbehandlung mit Methadon hat sich bewährt. Für Schwerstabhängige ist eine Substitutionsbehandlung mit Diamorphin erfolgversprechend. Die FDP setzt sich nach überzeugenden Modellversuchen dafür ein, dass auch diese Substitutionstherapie in die Regelversorgung übernommen wird. Außerdem setzen sich die Liberalen dafür ein, **Cannabis in der medizinischen Verwendung** zur Schmerzlinderung zuzulassen.

Pflege menschenwürdig gestalten

In Würde gepflegt zu werden ist ein Menschenrecht. Es liegt im Interesse der **Pflegebedürftigen** und ihrer Angehörigen, dass den Pflegenden wieder mehr Zeit für menschliche Zuwendung und für ihre eigentliche Aufgabe, die Pflege und soziale Betreuung der Pflegebedürftigen, verbleibt, anstatt sich mit der Erfüllung bürokratischer Anforderungen zu beschäftigen. Dafür müssen die Leistungsanbieter **konsequent von bürokratischen Hemmnissen entlastet** werden. Dies ist nur durch einen Paradigmenwechsel möglich, der an die Stelle einer starren Regulierung von Strukturen und Prozessen die Fokussierung auf das Pflegeergebnis setzt. Leistungsanbieter müssen einen ausreichenden Spielraum haben, um auf die Wünsche der Pflegebedürftigen flexibel reagieren zu können.

Die Pflegeversicherung soll für eine **finanzielle Grundausstattung** sorgen, nicht aber bis ins Kleinste bestimmen, wie oft ein Pflegebedürftiger Anspruch beispielsweise darauf hat, gekämmt oder gewaschen zu werden. Pflegebedürftige sollen ihre Pflege nach ihren eigenen Vorstellungen und Bedürfnissen gestalten können. Dies beinhaltet die Auswahl und Zusammenstellung von Pflegeleistungen. Wer dies nur eingeschränkt oder gar nicht mehr kann, soll hierbei Hilfe erhalten. Wo möglich, soll die Leistungsgewährung als Sachleistung durch eine nach Schwere der Pflegebedürftigkeit differenzierte Geldleistung ersetzt werden. Leistungsanbietern werden so Anreize gesetzt, sich kundenorientiert zu verhalten sowie flexible und nutzerorientierte Angebote zu entwerfen.

Die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen brauchen **mehr Transparenz** über die existierenden Leistungsangebote, ihren Preis und vor allem ihre Qualität. Dabei lässt sich die Qualität der Pflege allein durch Kontrollen nicht verbessern. Vor allem **stationäre Pflegeeinrichtungen** sollen ein Benchmarking nach bundeseinheitlichen Kriterien durchführen, die sich möglichst nah an der Ergebnisqualität und damit **an den Bedürfnissen der Menschen orientieren** sollen. Pflegebedürftige können dann besser eine Einrichtung nach Qualitätsaspekten auswählen. Über die Veröffentlichung der Prüfberichte des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen (MDK), die noch wenig an der Ergebnisqualität der Pflege orientiert sind, lässt sich dieses Ziel nicht erreichen.

Die Stärkung der Selbstbestimmung und Eigenverantwortung der Pflegebedürftigen, der Abbau von Bürokratie und eine **verbesserte Transparenz über die Qualität der Pflege** verändern die Stellung von Pflegebedürftigen und Angehörigen, die sich nicht mehr als Objekte eines weitgehend planwirtschaftlich organisierten Pflegesystems sehen müssen, sondern als Mittelpunkt und auswählende Kunden in einem humanen Pflegemarkt auftreten können.

Die meisten Menschen wollen ihre letzte Lebensphase nicht in einem Pflegeheim zubringen, sondern zu Hause. Benötigt werden deshalb andere Formen der Versorgung in den Regionen. **Wohngemeinschaften für Demenzkranke** sind ein gutes Beispiel, wie den Bedürfnissen der Menschen besser Rechnung getragen werden kann.

Die Finanzierung der Pflegeversicherung muss so umgestellt werden, dass Änderungen im Bevölkerungsaufbau keine Rolle mehr spielen. Die **Pflegeversicherung muss aus der demographischen Falle befreit**, der im bisherigen Umlagesystem für die nächsten Jahrzehnte drohende dauerhafte Anstieg der Beitragssätze verhindert, eine gute Qualität der Pflege dauerhaft gewährleistet und eine faire Lastenverteilung zwischen den Generationen erreicht werden. Dies ist nach Auffassung der FDP nur über einen **gleitenden Übergang in ein kapitalgedecktes und prämienfinanziertes System** möglich. Über den Aufbau von eigentumsrechtlich geschützten Altersrückstellungen soll Vorsorge für Zeiten mit höheren Pflegeausgaben getroffen werden. Über einen **steuerfinanzierten sozialen Ausgleich** soll eine Überforderung bei einkommensunabhängigen Prämien verhindert werden. Ein schneller Reformbeginn tut dabei Not. Aufgrund der demographischen Entwicklung erschwert und verteuert jeder Tag ohne Reform das zu Gunsten der jüngeren Generationen dringend erforderliche Umsteuern in der Pflegeversicherung.

Die erforderlichen Verbesserungen wie eine **Dynamisierung der Pflegeleistungen** und spezielle Leistungen für Demenzkranke können generationengerecht nur über ein demographiefestes Finanzierungssystem finanziert werden. Kurzfristige Beitragserhöhungen im alten Umlagesystem zur Finanzierung neuer Leistungen für aktuell Pflegebedürftige erhöhen die auf nachfolgende Generationen verschobenen Lasten. Eine **ergänzende private Vorsorge für den Pflegefall** soll über entsprechende Regelungen im Steuerrecht gefördert werden.

Bei einer Reform der gesetzlichen Pflegeversicherung darf es keinen Rückgriff auf die eigentumsrechtlich geschützten Altersrückstellungen der privaten Pflegepflichtversicherung geben. Auch ein Finanzausgleich zwischen privater und gesetzlicher Pflegeversicherung kommt nicht in Betracht.

Unfallversicherung weiterentwickeln

Die FDP setzt sich für mehr Wettbewerb und Kapitaldeckung in der Unfallversicherung ein. Arbeitsunfälle sollen daher künftig von den Unternehmen bei einem von ihnen frei auszuwählenden, privaten Versicherungsunternehmen versichert werden. Berufskrankheiten – mit oft langen Latenzzeiten – werden weiterhin von den Berufsgenossenschaften versichert. Wegeunfälle können, müssen aber nicht mehr vom Arbeitgeber versichert werden. Der **Leistungskatalog der Unfallversicherung** muss gerechter und zielgenauer gestaltet werden. Im Leistungsrecht sollen Gesundheits- und Erwerbsminderungsschaden klarer getrennt und konkreter als heute berechnet werden, um wirklich schwer Verletzten einen besseren Ausgleich als heute zukommen zu lassen. Unnötiger bürokratischer Aufwand, wie er durch das neu eingeführte Meldeverfahren in der Unfallversicherung erzeugt wurde, soll beseitigt werden.

Soziale Dienstleistungen marktwirtschaftlich gestalten

Aus liberaler Sicht können auch soziale Dienstleistungen am besten im Wettbewerb auf einem Markt erbracht werden. Das senkt die Kosten und hebt die Qualität. **Der Sozialmarkt ist heute aber nur scheinbar ein Markt.** Die Nachfrager im Sozialmarkt werden staatlicherseits mehr als Leistungsempfänger denn als Kunden gesehen. Das in vielen Bereichen noch vorherrschende Sachleistungsprinzip bewirkt ein vereinheitlichtes Standardangebot. Gleichzeitig verhindern es die bestehenden Anreizstrukturen oft, dass der Kunde zum Kontrolleur der Qualität wird. Stattdessen springt der Staat als Qualitätskontrolleur ein. Die **Anbieter leiden unter einer extremen staatlichen Regulierung.** Durch Vorgaben des Gesetzgebers wird nicht nur die Finanzierung der Leistungen geregelt, sondern auch in den unternehmerischen Weg ihrer Bereitstellung eingegriffen.

Die von der FDP geforderte Aussetzung der Wehrpflicht bedeutet auch das Aus für den Zivildienst. Das Niveau der sozialen Leistungen, die Zivildienstleistende erbringen, soll nach dem Willen der FDP aufrechterhalten werden. Deshalb ist es notwendig, die **Strukturen der Sozialdienste** bereits heute an die Zeit ohne Zivildienst anzupassen. Sowohl die Dauer von Wehr- und Zivildienst als auch die Zahl der Einberufungen ging im letzten Jahrzehnt kontinuierlich zurück. Damit sank die Zahl verfügbarer Arbeitsstunden der Zivildienstleistenden bereits erheblich, so dass bereits heute Handlungsbedarf besteht. Die FDP will deshalb vorhandene Potentiale für **ehrenamtliches Engagement** besser erschließen und zum Beispiel mehr Plätze bei den Jugendfreiwilligendiensten (FSJ) schaffen. Dort liegt bereits heute die Nachfrage nach diesen Plätzen weit über dem verfügbaren Angebot. Gleichzeitig müssen mehr reguläre Arbeitsverhältnisse bei den heutigen Einsatzstellen von Zivildienstleistenden eingerichtet werden. Hierfür will die FDP für einen begrenzten Zeitraum Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt gewähren, das heißt, die Haushaltsmittel für den Zivildienst sollen für gezielte Beschäftigungsförderung im Sozialbereich und zum Ausbau des bürgerschaftlichen Engagements umgewidmet werden.

Die staatliche Finanzierung für soziale Dienstleistungen ist so zu organisieren, dass der Kunde und nicht eine Behörde entscheidet, welche Leistungen für ihn gut sind. Wo immer möglich, sollte die Subventionsfinanzierung von Einrichtungen durch Gutscheinförderung oder Geldleistungen an die Unterstützenden abgelöst werden. **Subjekt- vor Objektfinanzierung muss Leitlinie sein.** Wo dies nicht möglich ist, sind Ausschreibungslösungen zu prüfen.

Chancen des Tourismus nutzen

Die Rahmenbedingungen im Tourismussektor müssen verbessert werden. Er ist eine der wichtigsten Dienstleistungs- und Wachstumsbranchen in Deutschland. Die kleinen **Familienbetriebe und mittelständische touristische Unternehmen müssen von der überbordenden Bürokratie entlastet werden.** Für die heimischen Gastronomen und Hoteliers haben die Wettbewerbsverzerrungen durch die Mehrwertsteuererhöhung in Verbindung mit der unterschiedlichen Anwendung der verringerten Mehrwertsteuersätze in Europa weiter zugenommen. Zur Herstellung von fairem Wettbewerb müssen auch in Deutschland **reduzierte Mehrwertsteuersätze für Hotellerie und Gastronomie** eingeführt werden. Auch zukünftig dürfen keine Steuern auf Trinkgeld erhoben werden. Eine Entlastung der Hotellerie bei den Rundfunkgebühren und der Kabelweiterleitung ist überfällig. Die FDP setzt sich für die **Verbesserung des touristischen Angebots für Menschen mit Behinderungen** ein, um ihre gesellschaftliche Integration sicherzustellen und ihnen insbesondere auch im Freizeit- und Gesundheitsbereich die Möglichkeiten zu eröffnen, die ihrer besonderen Situation entsprechen. Die Berücksichtigung der Belange von Menschen mit Behinderung im Bau- und Verkehrswesen – möglichst wenig Schwellen und Kontrastoptimierung für Sehbehinderte – hilft nicht nur den

Menschen mit Behinderung, sondern erleichtert das Schieben des Kinderwagens und hilft gerade auch den Älteren. Angesichts des demographischen Wandels gewinnt Barrierefreiheit eine immer größere Bedeutung für den Tourismussektor.

Maritime Wirtschaft als nationale Aufgabe

Mit einer Nutzung der wirtschaftlichen Potenziale der Küstengebiete kann Deutschland verstärkt zum Gewinner der Globalisierung werden. Die Stärkung der maritimen Wirtschaft stellt deshalb eine nationale Aufgabe dar. Dazu sind bundesweite Anstrengungen erforderlich, um optimale Voraussetzungen für die maritime Wirtschaft in Deutschland zu schaffen und positive gesamtwirtschaftliche Effekte für das ganze Bundesgebiet zu erreichen.

Für eine unternehmerische Land- und Forstwirtschaft

Die FDP will die Rahmenbedingungen für landwirtschaftliche Betriebe verbessern. Sie müssen den wesentlichen Teil ihres Einkommens am Markt erwirtschaften können. Landwirtschaftliche Betriebe sind kapitalintensiv. Sie brauchen daher **Planungssicherheit und Verlässlichkeit**. Die Entkoppelung der Direktzahlungen von der Produktion folgte der FDP-Forderung nach einer stärkeren Orientierung an den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft und der Nachhaltigkeit. Heute erhält der Landwirt einen Ausgleich für die in der EU geltenden höheren Standards im Umwelt- und Tierschutz. Diese Zahlungen der EU müssen bis 2013 stabil sein. Die **marktwirtschaftliche Umorientierung der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU** entspricht der von der FDP entwickelten und bereits 2001 verabschiedeten Kulturlandschaftsprämie. Damit haben unternehmerische Landwirte die Chance, sich stärker von staatlicher Bevormundung zu lösen und einen größer werdenden Anteil ihres Einkommens am Markt zu erwirtschaften.

Liberaler treten für **marktwirtschaftliche und faire Wettbewerbsbedingungen** ein. Auf dem EU-Binnenmarkt führen nationale Sonderwege dazu, die eigene landwirtschaftliche Produktion in die Nachbarländer zu vertreiben. Deswegen sollen nach den Vorstellungen der FDP Regelungen der EU 1:1 in nationales Recht umgesetzt und ungleiche Steuerlasten wie die **Besteuerung des Agrardiesels auf EU-Ebene vereinheitlicht** werden. Die Bürokratielasten müssen gemindert werden. Die Regelungen für die Beschäftigung von Saisonarbeitern müssen im Interesse von Obst-, Gemüse- und Weinbauern vereinfacht werden.

Landwirte stehen bei der Vermarktung ihrer Produkte der Übermacht der Konzerne des Lebensmitteleinzelhandels gegenüber. Sie **brauchen faire Chancen**. Molkereien müssen die Möglichkeit erhalten, ihre Produkte gemeinsam zu vermarkten, um auf Augenhöhe mit den Konzernen Preise aushandeln zu können. Nur so kann die schwierige Situation der Milchbauern gemildert werden. Darüber hinaus will die FDP der Landwirtschaft durch politische Vereinbarungen mit anderen Ländern weitere Exportmärkte öffnen. Die FDP unterstützt den Beschluss zum Auslaufen der Milchquote zum 31. Mai 2015. Die Quote hat das Höfesterben nicht aufgehalten.

Für eine nachhaltige und effiziente Landwirtschaft bedarf es intensiverer Agrarforschung. Bis 2050 wird ein Wachstum der Weltbevölkerung auf neun Milliarden Menschen erwartet. Nur eine **innovative und effiziente Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft** kann diese sicher und qualitativ hochwertig ernähren. Produktivität und Effizienz dienen der Ernährungssicherung und gleichzeitig dem Umwelt-, Klima- und Verbraucherschutz. Eine zweite **grüne Revolution auf dem Acker** ist notwendig, um die wachsende Weltbevölkerung zu ernähren und gleichzeitig nachwachsende Rohstoffe für die rohstoffliche und energetische Nutzung zu produzieren.

Die **Weiterentwicklung der Pflanzenzüchtung** und der Züchtung transgener Sorten ist für die Sicherung der Welternährung ebenso wichtig wie die Minderung des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln. Auch die Züchtung schädlings-, salz- und trockenheitsresistenter Sorten sowie von Pflanzen für die rohstoffliche Verwertung muss gefördert werden. Der gesetzliche Rahmen muss diesen Anforderungen angepasst, die vorhandenen gesellschaftlichen Vorbehalte müssen im Dialog abgebaut werden. Zur **Steigerung der Produktivität** wollen Liberale den technischen Fortschritt nutzen. Dazu zählen moderne Landtechnik, wassersparende Bewässerungssysteme und Betriebsmittel wie Dünge- und Pflanzenschutzmittel. Damit sich technischer Fortschritt möglichst schnell entwickelt und in der Praxis genutzt werden kann, ist die weltweite **Stärkung der Agrarforschung eine wichtige Voraussetzung**.

Der Klimawandel führt zur Ausbreitung bisher unbekannter Schadorganismen (Blauzungkrankheit, Maiswurzelbohrer). Die Agrarforschung muss darauf vorbereitet sein und rechtzeitig Bekämpfungsstrategien entwickeln. Die FDP tritt für eine **effiziente und nachhaltige „High-Tech-Landwirtschaft“** ein. Sie sichert Wertschöpfung im ländlichen Raum und im Bereich der Land- und Ernährungswirtschaft mehr als vier Millionen Arbeitsplätze. Sie ist Impulsgeber für technologische Entwicklungen im Maschinenbau und sichert dadurch Exportmärkte und Arbeitsplätze. Deutschland ist ein landwirtschaftlicher Gunststandort: Böden, Klima und Infrastruktur sind gut und die hervorragend ausgebildeten Landwirte in Deutschland sind Weltspitze.

Deutschland ist ein walddreiches Land und hat in Europa die größten Holzvorräte. Eine **Förderung der Jagd- und Waldwirtschaft** ist daher unerlässlich. Holz ist unser wichtigster nachwachsender Rohstoff. Seine Nutzung als Bauholz und für die Herstellung von Möbeln und Zellstoff, die Erzeugung von Strom und Wärme aus Rest- und Durchforstungsholz ist ein wichtiger **Beitrag zum Klimaschutz** und stärkt gleichzeitig die regionale Wirtschaft. Die Einkommen der Landwirte aus ihrem Waldbesitz tragen zur Sicherung der Existenz der landwirtschaftlichen Betriebe bei. Sie stärken den ländlichen Raum. Gleichzeitig haben die Wälder eine **große Bedeutung für die Naherholung und den Tourismus**. In unserem Waldland ist für den Erhalt der Biodiversität die nachhaltige Bewirtschaftung der Wälder eine wichtige Voraussetzung. Liberale treten für bessere Rahmenbedingungen besonders für die privaten Waldbesitzer ein, um die bestehenden Holzreserven in heimischen Wäldern besser auszunutzen. Die Rahmenbedingungen für **Forstbetriebsgemeinschaften** müssen verbessert, Anreize zum Bauen mit Holz geschaffen werden.

Dank eines funktionierenden Jagdsystems, bei dem die Hauptverantwortung für die Wildbewirtschaftung in die Hände der Jäger und Grundeigentümer gelegt ist, ist Deutschland im Vergleich zu anderen Industrienationen ein wildreiches Land. Die Jagdgesetzgebung des Bundes und der Länder gewährleistet den Schutz des Wildes und eine sachgerechte Ausübung der Jagd. Die Jäger sind der Garant für artenreiche und vitale Bestände wildlebender Tiere. Sie sorgen für eine sinnvolle Hege und Pflege sowie Nutzung von Wildtieren und ihrer Produkte sowie für die Verhinderung von Wildschäden, die den Belangen von Naturschutz und Land- und Forstwirtschaft zuwiderlaufen. Die FDP ist **gegen eine Unterordnung des Jagdrechts unter das Naturschutzrecht**.

3. Mehr Bürgerfreiheit durch mehr Vertrauen, Zusammenhalt und Toleranz

Die FDP ist die Partei der Grundrechte und des Rechtsstaats. Sie verteidigt die Freiheitsrechte der Bürger gegen staatliche Bevormundung und gesellschaftliche Einschränkungen.

Freiheit braucht Engagement und muss vor einem regelungswütigen Staat geschützt werden. **Freiheit braucht Vertrauen.** Vertrauen in eine Gesetzgebung, die den Bürgern nicht mit generellem Misstrauen begegnet und alle unter Generalverdacht stellt. **Freiheit braucht Respekt und Toleranz.** Respekt vor der Entscheidung, wie man sein Leben lebt. Toleranz zwischen Minderheiten und Mehrheiten. **Freiheit braucht Privatheit.** Privatheit und Schutz der Intimsphäre gehören zu den Grundfesten eines menschlichen Miteinanders. Eine menschliche Gesellschaft braucht auch Türen, die für den Staat verschlossen bleiben.

Freiheit besteht nicht nur, wenn bis zur Grenze des Gesetzes individuelle Freiheit gewährt wird. Die Verfassung selbst muss Freiheit schaffen, bilden, hüten, verteidigen und lehren. Der **Zweck der Verfassung ist gerade auch Schutz der Freiheit.** Die FDP nimmt die Wertentscheidungen des Grundgesetzes ernst. Sie sind ein zentraler Maßstab liberalen Handelns.

In der liberalen Bürgergesellschaft darf kein Zweifel an der Durchsetzung des Rechts bestehen. Das Grundgesetz und die auf ihm beruhenden Einzelgesetze sind Ausdruck eines gesellschaftlichen Konsenses. Der Staat hat daher die Verpflichtung, die in der Verfassung niedergelegten Regeln des gesellschaftlichen Grundkonsenses einzuhalten.

Wir stehen für eine **Gesellschaftspolitik, die der Freiheit verpflichtet ist.** Wir stehen für Innen- und Rechtspolitik, die sich an den Grundrechten orientiert. Wir brauchen die **Rückbesinnung auf die Werte der Freiheit.** Wir brauchen die Rückkehr zu einer grundrechtsorientierten Innen- und Rechtspolitik.

Für eine bürgerrechtsorientierte Innenpolitik

Ohne Sicherheit ist Freiheit wenig Wert. Dennoch darf Sicherheit nicht zu Lasten von Freiheit entstehen. Eine Gesellschaft ist nicht freier, je intensiver ihre Bürger überwacht, kontrolliert und beobachtet werden. **Freiheit und Sicherheit** müssen sorgsam ausbalanciert werden. Das gelingt nur durch eine intelligente Innenpolitik, die auf Verhältnismäßigkeit achtet.

In den letzten elf Jahren haben die Regierungen gegen den Widerstand der FDP **immer mehr Freiheitsbeschränkungen** durchgesetzt. Mehr als 100 neue Gesetze allein im Bereich der Innen- und Rechtspolitik mit immer neuen Eingriffsbefugnissen wurden verabschiedet. Seit 1998 hat ein dramatischer Abbau von Bürgerrechten stattgefunden. Das Bundesverfassungsgericht musste als Reparaturbetrieb eines grundrechtsblinden Gesetzgebers zahlreiche Gesetze stoppen oder gar aufheben.

Die FDP steht für eine neue **Innenpolitik, die Vertrauen zurückgewinnt.** Eine grundrechtsorientierte Innenpolitik achtet die Werteordnung des Grundgesetzes. Eine grundrechtsorientierte Innenpolitik schafft Sicherheit, ohne Freiheit zu beschädigen.

Privatheit ist der Kern persönlicher Freiheit. Die FDP setzt sich für ein **modernes, leicht verständliches, übersichtliches und effektives Datenschutzrecht** ein. Sie strebt die Verankerung allgemeiner Datenschutzgrundsätze in nur einem Gesetz an. An die Stelle von hunderterten von speziellen Gesetzen soll ein neues Bundesdatenschutzgesetzbuch treten. Für die FDP

muss der Grundsatz der Datensparsamkeit im öffentlichen wie im nichtöffentlichen Bereich konsequent umgesetzt werden. Hierzu muss auch jeder Einzelne seinen Beitrag leisten, indem er sparsam und verantwortungsvoll mit seinen personenbezogenen Daten umgeht. Der Staat hat ihn hierbei durch Regelungen zu unterstützen, die Selbstschutz ermöglichen.

Datenschutz gehört ins Grundgesetz. Das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung muss im Grundgesetz ausdrücklich verankert werden, ebenso das Grundrecht auf Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme.

Die FDP setzt sich dafür ein, die **Potenziale des Marktes und der Technik für den Datenschutz zu nutzen.** Moderner Datenschutz muss datenschutzgerechte Technik fordern und fördern. Um den Verbrauchern eine Orientierung zu geben, fordert die FDP die **Errichtung einer „Stiftung Datenschutz“.** Sie soll Produkte und Dienstleistungen unter Datenschutzgesichtspunkten vergleichen und bewerten. Das Bundesdatenschutzgesetz soll konkretisiert werden. Stellen, die personenbezogene Daten erheben, müssen den jeweiligen Stand der Technik beachten.

Die FDP setzt sich dafür ein, die **Zersplitterung der datenschutzrechtlichen Aufsichtslandschaft zu beenden** und die Unabhängigkeit der Kontrollstellen zu stärken. Auf Bundesebene strebt die FDP an, dem Bundesbeauftragten für den Datenschutz und Informationsfreiheit den Status einer obersten Bundesbehörde zu verleihen. Staatliche Datenschutzkontrollstellen müssen die Möglichkeit erhalten, die Löschung von Daten anzuordnen, die widerrechtlich verarbeitet oder weitergegeben wurden.

Verstöße gegen den Datenschutz dürfen sich nicht lohnen. Sanktionsmöglichkeiten müssen ausgeschöpft und gegebenenfalls erweitert werden. Außerdem sind Maßnahmen notwendig, die bei den Marktteilnehmern selbst ansetzen. Darüber hinaus streben wir ein Haftungssystem an, das dazu anhält, durch ein effizientes Datenschutzmanagement Haftungsrisiken zu vermeiden, zum Beispiel durch Datenschutzgütesiegel oder Datenschutzaudits.

Um das Datenschutzniveau in der Wirtschaft zu stärken und Betriebsabläufe datenschutzfreundlich zu gestalten, soll die **Stellung der betrieblichen Datenschutzbeauftragten institutionell gestärkt werden.** Ein einheitliches Berufsbild „betrieblicher Datenschutzbeauftragter“ wird angestrebt.

Die FDP setzt sich für eine Verbesserung des **Arbeitnehmerdatenschutzes** ein. Es dürfen nur solche Daten verarbeitet werden, die für das Arbeitsverhältnis erforderlich sind. Eine Datenverarbeitung, die sich auf außerdienstliches Verhalten, etwa Äußerungen zu politischen Sachverhalten, bezieht, muss grundsätzlich ausgeschlossen sein. Gesundheitsbezogene Daten dürfen nur erhoben werden, wenn sie für den jeweiligen konkreten Arbeitsplatz relevant sind. Die Erstellung und Vorlage eines Gentests darf nicht verlangt werden.

Die FDP will die **Melddaten der Bürger besser schützen.** Melderegisterauskünfte zu Werbezwecken sollen nur zulässig sein, wenn die Betroffenen zuvor ihre Zustimmung erteilt haben. Die Weitergabe der Melddaten an die Gebühreneinzugszentrale (GEZ) durch die Einwohnermeldeämter wird die FDP verbieten.

Die FDP fordert die **Wiederherstellung des Bankgeheimnisses** durch die Abschaffung der **Vorratsdatenspeicherung** und den **Verzicht auf heimliche Online-Durchsuchungen privater Computer.** Zudem ist der Staat aufgerufen, gegen Computerkriminalität zielgerichteter vorzugehen. Erforderlich ist darüber hinaus eine Evaluierung der seit 1998 beschlossenen Überwachungsgesetze unter den Gesichtspunkten der Wirksamkeit, der Verfassungsmäßig-

keit und der dadurch gebundenen Mittel. Die Erhebung und Speicherung von **Fluggastdaten** lehnen die Liberalen ab.

Leitbild liberaler Sicherheitspolitik ist der Schutz der verfassungsmäßigen Ordnung und der Grundrechte. Sicherheit entsteht auch durch Vertrauen in die Sicherheitsbehörden. Klare, transparente und effiziente Strukturen sind nicht nur ein Gebot der Haushaltsdisziplin, sondern auch notwendige Voraussetzung für eine Achtung der Grundrechte. Welche Sicherheitsbehörde wofür zuständig ist, muss für jedermann erkennbar sein.

Den Polizeibehörden kommt wegen ihres umfassenden Aufgabenbereichs und ihrer flächendeckenden Präsenz eine besonders herausgehobene Stellung innerhalb der Sicherheitsarchitektur der Bundesrepublik Deutschland zu. **Die FDP bekennt sich zum föderalen Prinzip.** Polizei ist zuallererst Ländersache. Diesem Prinzip sind wir auch wegen unserer historischen Erfahrung verpflichtet.

In einer **föderalen Sicherheitsarchitektur** ist der Informationsaustausch zwischen den Behörden unerlässlich. Der Informationsaustausch darf nicht zur Aufweichung des Trennungsgütes führen. Die FDP fordert, eine Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden über Indexdateien statt über Volltextdateien zu realisieren und eine parlamentarische Aufsicht zu gewährleisten.

Den Umbau des Bundeskriminalamtes (BKA) zu einem deutschen FBI lehnt die FDP ab. Sie hat deshalb der Änderung des Grundgesetzes in der Föderalismusreform nicht zugestimmt, nach der das BKA erstmals eigene Befugnisse im Bereich der **Gefahrenabwehr** erhalten hat. Gefahrenabwehr muss eine originäre Aufgabe der Länder bleiben.

Terrorismus wirksam bekämpfen

Terrorismus ist mit allen Mitteln des Rechtsstaates zu bekämpfen. Die Gefahrenabwehr hat aber immer im Einklang mit den Grundrechten der Bürger zu stehen. Die Menschenwürde verletzende Verhörmethoden, die Anwendung von Folter, die gezielte Ermordung von potentiellen Terroristen oder auch der Abschuss unschuldiger Menschen in einem entführten Flugzeug sind mit unserer Verfassung nicht vereinbar. **Ein Sonderrecht für Terrorismusbekämpfung darf es nicht geben.** Strikt und in aller Entschiedenheit lehnt die FDP die Einführung eines „Feindstrafrechts“ ab, bei dem Kategorien des Kriegsrechts im Innern Anwendung finden und rechtsstaatliche Garantien des Strafrechts nicht mehr gelten.

Der internationale Terrorismus stellt die Sicherheitsbehörden vor große technische wie personelle Herausforderungen. Sie sind innerhalb des bestehenden föderalen Systems durch entsprechende Ausbildung, Beschäftigung von Spezialisten, technische Weiterentwicklung und **Koordination zwischen den Länderpolizeien** zu bewältigen. Im Bereich der Luftsicherheit wollen wir prüfen, inwieweit die Kontrolle der Fluggäste sowie des Gepäcks und die Überwachung der Flugplatzgelände vollständig auf die Länder übertragen werden kann.

Im Rahmen einer umfassenden Sicherheitsarchitektur setzt sich die FDP für die **Schaffung einer zivilen nationalen Küstenwache** ein, um auch die Gefahren zur See effektiv bekämpfen zu können. Hierzu ist eine Bündelung von Befugnissen und Kompetenzen beim Bund erforderlich. Ebenfalls zur Vermeidung von Doppelkompetenzen und -zuständigkeiten setzt sich die FDP für eine Überprüfung ein, inwieweit die Aufgaben des Zollfahndungsdienstes und des Zollkriminalamtes durch andere Sicherheitsbehörden übernommen werden können.

Die Bundesrepublik Deutschland ist auf eine effektive **nachrichtendienstliche Struktur** und gut funktionierende Nachrichtendienste angewiesen. Im Bereich der Verfassungsschutzämter hält die FDP es unverändert für sinnvoll, dass es nicht nur ein Bundesamt, sondern auch Landesämter gibt, die vor Ort über Detailkenntnisse verfügen.

Die Auslandsaufklärung obliegt dem Bundesnachrichtendienst. Dabei soll es bleiben. Die FDP wird sicherstellen, dass sich der BND bei seiner Arbeit im Rahmen seiner Aufgaben, im Rahmen der Grundrechte und internationaler Übereinkommen bewegt. Die FDP setzt sich außerdem für eine **effektive parlamentarische Kontrolle aller Nachrichtendienste** ein.

Innere Sicherheit braucht auch einen funktionierenden, effektiven Zivil- und Katastrophenschutz. Dieser kann in Zukunft nur gewährleistet werden, wenn der bestehende Dualismus von Zivil- und Katastrophenschutz überwunden und Zuständigkeiten klar geregelt werden. Das bestehende Notversorgungssystem bedarf deshalb der Neuordnung. Innere und äußere Sicherheit müssen auch weiterhin klar voneinander getrennt werden. **Die FDP lehnt den Einsatz der Bundeswehr im Innern über bestehende Aufgaben hinaus strikt ab.**

Extremismus und Antisemitismus konsequent entgentreten

Freiheit wird durch politischen Extremismus gefährdet. Links- und Rechtsextremismus stellen gleichermaßen die Grundrechte und den Rechtsstaat in Frage. Beide behaupten, im Besitz letzter Wahrheit zu sein und lehnen das demokratische Ringen um die richtigen Antworten ab. **Die FDP bekämpft politischen Extremismus jeder Art.** Das Engagement für Freiheit und Demokratie wird dann gestärkt, wenn demokratische Parteien ein gutes Vorbild geben. Politische Kontroversen dürfen nicht populistisch verpackt werden, genauso wenig wie Ressentiments gegen Minderheiten aus der Mitte der Gesellschaft befördert werden dürfen.

Gleichzeitig plädieren wir für differenzierte Strategien. Die FDP fordert, dass **Programme zur Bekämpfung von Gewaltbereitschaft, Fremdenfeindlichkeit und Extremismus**, besonders bei Jugendlichen, verstärkt werden. Dazu schlagen wir eine Drei-Säulen-Initiative vor: eine **Intensivierung der Programme** für den Ausstieg gewaltbereiter und gefährdeter Jugendlicher; Angebote für jugendliche Aussteiger aus der rechten Szene hinsichtlich schulischer und beruflicher Qualifizierung; Gewaltpräventionsprogramme an Schulen und in der Jugendarbeit. Außerdem müssen in der Auseinandersetzung mit dem Linksextremismus wesentlich stärker als bisher Ursachen und Handlungsweisen bekämpft werden.

Antisemitismus gilt es konsequent zu bekämpfen. Jahr für Jahr werden in Deutschland Straftaten begangen, die sich gegen Menschen jüdischen Glaubens richten. Grund zur Sorge gibt auch das hohe Ausmaß an latentem Antisemitismus. Die FDP macht sich für eine Bekämpfung des Antisemitismus aus der Mitte der Gesellschaft stark.

Während der Islam als Religion sehr wohl mit dem Grundgesetz kompatibel ist, lehnt der Islamismus als politisch motivierte Ideologie Demokratie, Marktwirtschaft, Pluralismus und Menschenrechte ab. Der Islamismus ist somit weder mit dem Grundgesetz noch mit den Überzeugungen der FDP vereinbar. **Wir Liberale treten religiösem Fundamentalismus entschieden entgegen** und stärken damit auch prodemokratische religiöse Organisationen und Einzelpersonen.

Ein funktionsfähiger öffentlicher Dienst ist eine wichtige Säule unseres demokratischen Rechtsstaats. Die Modernisierung des öffentlichen Dienstes ist eine Daueraufgabe im Interesse von Bürgern, Gesellschaft und Staat. Das Berufsbeamtentum rechtfertigt sich durch Vorteile, wie besondere Loyalitätspflichten und Streikverbot. Die hergebrachten Grundsätze

des Berufsbeamtentums lassen Spielraum für eine **umfassende Fortentwicklung und Erneuerung des Beamtenrechts**. Dieser Prozess ist mit dem Dienstrechtsneuordnungsgesetz des Bundes nicht beendet. Die FDP wird sich für Verbesserungen bei der Mitnahme erworbener Versorgungsansprüche, eine Flexibilisierung des Ruhestandseintritts sowie eine Stärkung des Leistungsgedankens einsetzen. Außerdem strebt die FDP die **Gleichstellung der eingetragenen Lebenspartner** mit Ehegatten im Besoldungs-, Versorgungs- und Beihilferecht an.

Das grundgesetzlich garantierte **Selbstverwaltungsrecht der Kommunen muss gestärkt werden**. Aufgabenübertragungen an die Kommunen müssen begrenzt werden. Das **Konnexitätsprinzip** („Wer bestellt, bezahlt“), wonach Bund und Länder sich an den Kosten übertragener Aufgaben beteiligen müssen, ist in das Grundgesetz aufzunehmen. Weiterhin müssen die Finanzen der Kommunen auf eine solide Grundlage gestellt werden, indem die konjunkturanfällige Gewerbesteuer durch einen höheren Anteil an der Umsatzsteuer und ein eigenes Hebesatzrecht der Kommunen auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer ersetzt wird.

Den Rechtsstaat stärken

Die Freiheit und die Würde der Bürger in einem liberalen Rechtsstaat zu schützen und zu bewahren, das ist für die FDP die oberste Leitlinie der Rechtspolitik. Wir brauchen eine **Neuausrichtung der Rechtspolitik**. Die Rechtspolitik darf sich nicht darauf beschränken, europäische Vorgaben umzusetzen oder innenpolitische Initiativen rechtsstaatlich zu schärfen.

Rechtspolitik muss gestalten und dem Wandel in der Gesellschaft ein Gesicht geben. Von der Rechtspolitik müssen entscheidende Impulse ausgehen für eine moderne und aufgeklärte Bürgergesellschaft.

Ziel der Rechtspolitik muss es sein, die Kluft zwischen geltendem Recht und gelebter Wirklichkeit zu schließen. Insbesondere **verfassungsrechtlich garantierte Rechtspositionen** müssen auch einfachgesetzlich verankert und für die Bürger spürbar werden.

Das verfassungsrechtlich garantierte Selbstbestimmungsrecht der Patienten muss gestärkt werden. Wir brauchen eine gesetzliche Regelung über die Bindungswirkung von **Patientenverfügungen**. Diese soll Verfügungen für die Zeit der Einwilligungsunfähigkeit in jeder Phase einer Erkrankung gegenüber jedermann für verbindlich machen.

Die **Modernisierung der Justiz** ist eine wichtige Aufgabe, um die Qualität und Leistungsfähigkeit des Rechtsstaates zu sichern und zugleich die Gerichte zu entlasten. Die Justiz ist personell, technisch und materiell so auszustatten, dass die Gerichte bürgernah und leistungsfähig arbeiten können. Die Freiwillige Gerichtsbarkeit ist und bleibt ein wichtiger Garant für einen funktionierenden Wirtschaftsstandort Deutschland. Damit die Justiz sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren kann, ist eine Auslagerung von nicht zwingend vom Staat zu übernehmenden Aufgaben konsequent voranzutreiben. Die **Reform des Gerichtsvollzieherwesens** mit dem Ziel, das Beleihungssystem einzuführen, führt zu einer effektiveren Zwangsvollstreckung ohne Qualitätsverlust.

Wir brauchen weniger, aber bessere Gesetze. Gesetze müssen verständlich, übersichtlich und in ihren Auswirkungen vorhersehbar sein. Der Gesetzgeber darf nicht für jeden Einzelfall eine gesetzliche Regelung anbieten. Dort, wo eine Systematik in der Gesetzgebung nicht mehr erkennbar ist, muss die notwendige **Harmonisierung der gesetzlichen Bestimmungen** vorgenommen werden. Statt ständig neuer Reparaturgesetze brauchen wir ein vernünftiges Gesetzgebungsverfahren, das in einem angemessenen Zeitrahmen alle parlamentarischen

Gestaltungsmöglichkeiten zulässt und somit ein ordnungsgemäßes Gesetzgebungsverfahren sichert.

Der Staat hat die Aufgabe, die Bürger vor Gewalt und Kriminalität zu schützen. Verharmlosung und Entkriminalisierung von Straftaten darf es nicht geben. Jede kriminelle Handlung ist eine Grenzübertretung, die Folgen für den Täter haben muss. Plänen zur Entkriminalisierung so genannter Bagatelldelikte erteilen wir eine Absage.

Die Bundeswehr ist eine weltweit operierende Einsatzarmee geworden. Deutsche Soldaten unterliegen bei einem Einsatz im Ausland dem deutschen Strafrecht. Die Unklarheiten der Rechtszuständigkeit für Soldaten im Auslandseinsatz müssen beseitigt werden. Die FDP fordert eine eindeutige Zuweisung für die Verfolgung von **Straftaten von und gegen Soldaten der Bundeswehr bei Auslandseinsätzen**. Es muss künftig das Gericht zuständig sein, in dessen Bezirk das für den Auslandseinsatz zuständige Einsatzführungskommando der Bundeswehr seinen Sitz hat.

Keine unangemessene Überwachung der Bürger

Der Staat muss handlungsfähig sein, um seinen gesetzlichen Auftrag zur Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit und zum Schutz der Bürger vor Rechtsgutsverletzungen erfüllen zu können. Er verfügt über angemessene Instrumente wie zum Beispiel die Telefonüberwachung zur Gefahrenabwehr und zur Strafverfolgung. Der Staat darf in Freiheitsrechte der Bürger nur dann eingreifen, wenn die Maßnahme im Einzelfall geeignet, erforderlich und angemessen ist. **Die FDP lehnt daher die anlasslose Gefahrenabwehr ab.** Die anlass- und verdachtsunabhängige Vorratsdatenspeicherung hat die FDP von Anfang an abgelehnt. Die **automatische Kfz-Kennzeichenerfassung** auf deutschen Straßen ohne konkreten Anlass und eine Speicherung und Nutzung von Mautdaten zur Strafverfolgung lehnen wir daher ebenfalls ab.

Das Bundesverfassungsgericht hat klare Vorgaben gemacht zur Bestimmtheit von Normen, zum Kernbereich der privaten Lebensgestaltung und zum **Schutz von Berufsgeheimnisträgern**. Wiederholt hat das Bundesverfassungsgericht den Gesetzgeber in seine Schranken verwiesen (zum Beispiel Luftsicherheitsgesetz, Europäischer Haftbefehl, Vorratsdatenspeicherung, Online-Durchsuchung). Der Gesetzgeber muss endlich aufhören, sich stets nur an der Grenze des noch verfassungsrechtlich Zulässigen zu orientieren. Daher lehnen die Liberalen jegliche Überlegungen hinsichtlich eines „Spähangriffes“ ab.

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem entsprechenden Urteil zu Recht hohe Anforderungen an den so genannten „Großen Lauschangriff“, also das heimliche Belauschen von Gesprächen in einer Wohnung, gestellt, wenn er verfassungskonform sein soll. Das Urteil zeigt, wie tiefgreifend dieser Angriff auf die Bürgerrechte ist. Anstatt eine Regelung für theoretische Ausnahmesituationen zu schaffen, setzen sich die Liberalen für eine konsequente Abschaffung des „Großen Lauschangriffs“ ein.

Das geltende Recht enthält Lücken zum **Schutz der Pressefreiheit und der journalistischen Recherche**. Immer wieder werden gegen Journalisten Ermittlungsverfahren wegen einer behaupteten Teilnahme an der Verletzung eines Dienstgeheimnisses eingeleitet, die letztlich nicht zu einer Verurteilung führen. Dadurch bestehen Gefahren für den Informantenschutz. Die Gewährleistung der verfassungsrechtlich garantierten Pressefreiheit und die ungehinderte Informationsbeschaffung sind ohne eine vertrauliche Kommunikation nicht möglich. Beschlagnahmen dürfen daher aus Sicht der FDP künftig nur noch bei einem dringenden Tatverdacht gegen den Journalisten erfolgen. Darüber hinaus bedarf es zwingend eines Richtervorbehalts für alle Anordnungen einer Beschlagnahme. Im Strafgesetzbuch muss sichergestellt werden, dass sich

Journalisten künftig nicht mehr der Beihilfe zur Verletzung eines Dienstgeheimnisses strafbar machen, wenn sie das ihnen vertraulich zugeleitete Material veröffentlichen.

Außerdem muss für alle Berufsheimnisträger ein einheitlicher Schutz vor staatlichen Überwachungsmaßnahmen sichergestellt werden. Zur Sicherung eines rechtsstaatlichen Verfahrens muss der Vertrauensschutz zwischen zeugnisverweigerungsberechtigten Berufsangehörigen und denen, die ihre Hilfe in Anspruch nehmen, unbedingt gewährleistet werden. Eine willkürliche Differenzierung zwischen bestimmten Berufsgruppen unterläuft das grundrechtlich geschützte Vertrauensverhältnis. Für **Anwälte, Geistliche, Abgeordnete, Journalisten, Ärzte, Steuerberater und Wirtschaftsprüfer** muss daher bei staatlichen Ermittlungsmaßnahmen sowohl nach der Strafprozessordnung als auch bei der Gefahrenabwehr ein **umfassendes Beweiserhebungs- und -verwertungsverbot** garantiert werden. Dazu ist die Strafprozessordnung zu ändern.

Bei der **Bekämpfung der Jugendkriminalität** setzt die FDP auf eine Politik der Vernunft und nicht auf Populismus. Das breite Instrumentarium des Jugendstrafrechts muss dazu konsequent angewendet werden. Die Strafe muss auf dem Fuße folgen. Hierfür ist in erster Linie eine bessere Vernetzung von Polizei, Justiz, kommunaler Jugendhilfe, Jugendgerichtshilfe und Schule vor Ort notwendig, wie sie beispielsweise durch so genannte Häuser des Jugendrechts in den Kommunen realisiert werden kann. Die FDP ist auch für den Ausbau der pädagogischen Reaktionsmöglichkeiten auf Fehlverhalten Jugendlicher durch den **Warnschussarrest**. Der Warnschussarrest soll neben einer zur Bewährung ausgesetzten Jugendstrafe oder einer Aussetzung der Verhängung der Jugendstrafe angeordnet werden können und dem Jugendlichen so deutlich machen, dass sein schwerer Rechtsverstoß nicht ohne jede unmittelbare Folge bleibt. Besonders wichtig ist der **Ausbau der Prävention**. Die FDP will die Ursachen für die Kinder- und Jugendkriminalität bekämpfen und beseitigen. Auch hier ist eine bessere Vernetzung aller Beteiligten auf Seiten der Polizei, Justiz, Jugendhilfe und Schule, aber auch die Einbeziehung von Eltern erforderlich. Der zu beobachtenden Verrohung der Gesellschaft insbesondere bei Jugendlichen muss verstärkt entgegengewirkt werden. Der Verhinderung von Gewaltverbrechen durch Bekämpfung der Ursachen von ausufernder Gewalt gilt unser ständiges Augenmerk.

Der **Schutz und die Rechte des Opfers** von Gewaltverbrechen müssen auch in der Praxis im Mittelpunkt von Strafverfahren stehen. In den Strafverfahren muss ein möglichst schonender Umgang mit Gewaltopfern im Vordergrund stehen. Lücken im Opferentschädigungsgesetz, insbesondere zur Beratung und psychologischen Betreuung der Opfer, müssen geschlossen werden. Darüber hinaus müssen auch Opfer von Gewaltverbrechen im Ausland einbezogen werden. **Zivilcourage ist notwendige Voraussetzung der Bürgergesellschaft**. Der Staat muss das Engagement und den Einsatz von Bürgern stärker honorieren, die sich den Straftätern in den Weg stellen, um den Opfern zu helfen.

Erforderlich ist eine weitere **Erhöhung der Haftentschädigung** für Menschen, die zu Unrecht einen Freiheitsentzug erlitten haben. Die Entschädigung muss nach ihrer Struktur und Höhe ein angemessenes Äquivalent für die auszugleichenden Schäden ergeben.

Die Liberalen lehnen eine uferlose Ausweitung der DNS-Datei ab. Die Speicherung von DNS-Mustern darf nur bei Straftaten erfolgen, die jeweils von erheblicher Bedeutung sind. Zudem muss die molekulargenetische Untersuchung in jedem Fall zwingend durch einen Richter angeordnet werden.

Der Gesetzgeber hat in den vergangenen Jahren die Möglichkeiten der Anordnung der Sicherungsverwahrung kontinuierlich erweitert. Dies hat dazu geführt, dass die Maßnahme ihren Ausnahmecharakter verliert. Die gesetzlichen Anordnungsvoraussetzungen müssen daher

dringend harmonisiert und auf eine rechtsstaatlich einwandfreie Grundlage gestellt werden. Die Ausweitung der nachträglichen Sicherungsverwahrung auf Täter, die nach Jugendstrafrecht verurteilt wurden, lehnt die FDP ab. Das Ziel, dass die Täter künftig ein Leben ohne Straftaten führen, muss bereits im Jugendstrafvollzug engagiert verfolgt werden. Es darf daher im **Jugendstrafvollzug keine finanziellen und personellen Einsparungen** geben, die dieses Vollzugsziel gefährden. Auch die erweiterten Möglichkeiten der Führungsaufsicht können gerade für jugendliche Straftäter eine geeignete Alternative zur Sicherungsverwahrung sein.

Für ein modernes Zivil- und Wirtschaftsrecht

Die FDP setzt sich für ein modernes deutsches Rechtssystem ein, ohne das amerikanische zu kopieren, und lehnt daher Sammelklagen ab. Die **Schaffung eines Statuts für eine Europäische Privatgesellschaft (EPG)**, die sich weitgehend auf gemeinschaftsrechtliche Regelungen beschränkt und ein europaweit einheitliches und abschließendes Statut einer Gesellschaftsform darstellt, ist im Interesse mittelständischer Unternehmen voranzutreiben.

Die Zahl von teils missbräuchlichen Anfechtungsklagen im Aktienrecht gegen Hauptversammlungsbeschlüsse ist in den vergangenen Jahren deutlich angestiegen. Die Liberalen fordern hier vor allem **Verfahrensbeschleunigungen durch eine erstinstanzliche Zuständigkeit der Oberlandesgerichte sowie die Beseitigung von Klageanreizen**. Der Schutz der Minderheitsaktionäre darf hierbei jedoch nicht vergessen werden.

Die FDP will grundsätzlich **keine gesetzlichen Muster für Verträge**, Satzungen oder Ähnliches. Es ist die originäre Aufgabe der rechtsberatenden Berufe, für jeden Einzelfall handhabbare Lösungen zu erarbeiten und anzubieten. Ein im Gesetz verankertes Muster kann und wird nicht flexibel genug an die aktuelle Rechtswirklichkeit und Rechtsprechung angepasst werden wie eine auf den Einzelfall angepasste Lösung.

Das **Mietrecht** muss der veränderten Situation am Wohnungsmarkt angepasst werden. Die Mietrechtsreform im Jahr 2001 hat die Rechtsstellung der Vermieter deutlich verschlechtert. Asymmetrische Kündigungsfristen, überlange Verfahrensdauern bei Zahlungs- und Räumungsklagen sowie Schonfristen für säumige Mieter sind abzuschaffen oder zu ändern. Die FDP fordert im Interesse von Mietern und Vermietern eine Vereinfachung des Mietrechts und dessen abschließende Regelung im Bürgerlichen Gesetzbuch. Das Thema des so genannten „Mietnomadentums“ muss weiter auf der Agenda bleiben.

Die **Privilegierung von Sozialkassen gegenüber privaten Gläubigern** im Insolvenzrecht werden wir **korrigieren**. Im Verbraucherinsolvenzrecht wird sich die FDP für eine Verschärfung des Verfahrens unter Wahrung der rechtsstaatlichen Standards einsetzen. Das Unternehmensinsolvenzrecht steht in einem internationalen Wettbewerb. Daher brauchen wir eine Fortentwicklung des bewährten Insolvenzplanverfahrens und eine Stärkung des Einflusses der Gläubiger auf die Verwalterbestellung sowie die Schaffung größerer Gerichtseinheiten zur Abwicklung von Insolvenzfällen.

Die Enteignungen in der Folge der so genannten Bodenreform bleiben ein Unrecht. Die Frage des **Alteigentums** ist in den neuen Bundesländern zwar rechtsverbindlich entschieden. Dies schließt politische Initiativen aber nicht aus. Es gibt noch so genanntes **Alteigentum im Staatsbesitz**. Die FDP wird sich dafür einsetzen, dass Alteigentümern die Möglichkeit eröffnet wird, dieses zu erwerben. Dafür kann das bei Mauergrundstücken gewählte Verfahren einen Anhaltspunkt bieten.

Familien müssen auf die Zukunft vertrauen können

Für Liberale ist Familie jede auf Dauer angelegte Gemeinschaft, in der generationenübergreifend Verantwortung füreinander übernommen wird. Grundsätze liberaler Familienpolitik sind Wahlfreiheit des Lebensentwurfs, Freiraum für die persönliche Lebensgestaltung, Eigeninitiative und Eigenverantwortung.

Eltern sollen die Wahlfreiheit haben, Familienleben und Erwerbstätigkeit in Einklang zu bringen. Für die **Erwerbstätigkeit von Müttern und Vätern** sind ausreichend zeitlich flexible und qualitativ gute Kinderbetreuungsangebote in Einrichtungen und bei Tagesmüttern und -vätern zu schaffen. Die FDP setzt sich auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene für die schrittweise Abschaffung der Elternbeiträge für die Kinderbetreuung ein, um Familien zu entlasten und um die Bedeutung der vorschulischen Bildung zu unterstreichen. Alleinerziehende benötigen besondere Unterstützung bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, damit sie ihre Existenz sichern können.

Die FDP fordert, das **Elterngeld** an das Brutto- und nicht an das Nettoerwerbseinkommen zu knüpfen, damit eine Schlechterstellung von Eltern aufgrund der Wahl einer ungünstigen Steuerklasse vermieden wird, solange diese noch besteht. Die Gewährung eines Mindestelterngeldes an die Empfänger von Arbeitslosengeld II ist angesichts der Einkommensersatz-Funktion zu überprüfen. Die Interessen von Selbständigen müssen stärker berücksichtigt werden, und es sollte möglich sein, dass **Elternzeit** unbürokratisch und flexibel auch wochen- oder tagesweise im Rahmen eines Zeitbudgets im Einvernehmen mit den Arbeitgebern gewährt werden kann. Eltern, die sich für eine gemeinsame Teilzeitregelung entscheiden, dürfen nicht benachteiligt werden.

Für uns steht das Kind im Mittelpunkt. Deshalb ist es sinnvoller, für jedes einzelne Kind **Bildungs- und Betreuungsgutscheine** einzuführen und damit die Subjektförderung zu stärken, statt Einrichtungen zu unterstützen (Objektförderung). Darüber hinaus setzt sich die FDP für einen Rechtsanspruch auf einen ganztägigen Kinderbetreuungsplatz ab Vollendung des ersten Lebensjahres eines Kindes ab 2013 ein. Die Einführung eines Betreuungsgeldes lehnt die FDP ab.

Besondere Unterstützung müssen **junge Mütter und Väter in einer Teilzeitausbildung** und -umschulung erfahren. Die FDP will es jedem Elternteil, das BAföG bezieht, ermöglichen, statt eines Teildarlehenserlasses nach dem Studium für die Dauer ihres BAföG-Bezugs eine **Zulage** zu erhalten.

Ehegatten und eingetragene Lebenspartner mit unterschiedlicher Staatsangehörigkeit sollen sowohl das zuständige Gericht eines EU-Mitgliedstaates als auch das anwendbare Recht entsprechend der Staatsangehörigkeit eines der Partner oder dem Ort der Eheschließung, soweit er in Deutschland liegt, durch notariell zu beurkundenden Ehevertrag wählen können. Diese Rechtswahl soll nicht zwingend sein.

Die FDP setzt sich für die **Stärkung von Adoptionen** ein. Bürokratische Hürden sind so weit wie möglich zu reduzieren. Auch im Bürgerlichen Gesetzbuch ist angesichts der steigenden Lebenserwartung und der sich allgemein verschiebenden Familiengründung festzulegen, dass im Regelfall ein Altersunterschied von 50 Jahren zwischen Kind und einem Elternteil keinen Zweifel an der Erziehungsfähigkeit begründet.

Bei **Stiefkindadoptionen** soll es bei einvernehmlichem Wunsch von Mutter, Vater und adoptionswilligem Stiefelternteil mit notarieller Beurkundung unwiderruflich ermöglicht werden,

dass wie bei Erwachsenen-Adoptionen das Verwandtschaftsverhältnis zu beiden leiblichen Elternteilen erhalten bleibt.

Auch bei **Auslandsadoptionen** ohne Beteiligung deutscher Fachstellen ist dem Kindeswohl Rechnung zu tragen. In den Fällen, in denen die erforderliche Prüfung durch den Heimatstaat nicht gewährleistet ist, hat eine summarische Prüfung der Anerkennungsfähigkeit möglichst vor Visumserteilung für das Kind zu erfolgen. Die endgültige Feststellung der Erziehungsfähigkeit erfolgt in Deutschland.

Ein **gemeinsames Sorgerecht** ist bei nicht verheirateten Paaren heute nur möglich, wenn die Mutter zustimmt. Dem Vater soll jedoch nach Ansicht der FDP im Einzelfall eine gerichtliche Entscheidung zur Erlangung des gemeinsamen Sorgerechts offenstehen, wenn dies dem Kindeswohl entspricht. Eine Benachteiligung von Vätern in Sorgerechtsangelegenheiten darf es nicht geben.

Für Liberale sind alle Lebensgemeinschaften wertvoll, in denen Menschen Verantwortung füreinander übernehmen. **Verantwortungsgemeinschaften** dürfen nicht diskriminiert werden. **Wer gleiche Pflichten hat, verdient auch gleiche Rechte.** Lebenspartnerschaften müssen mit der Ehe gleichgestellt werden, insbesondere im Steuerrecht, bei Adoptionen und im Beamtenrecht.

Es ist bundesgesetzlich klarzustellen, dass alle in Deutschland zulässigen reproduktionsmedizinischen Angebote (wie die künstliche Befruchtung) allen Menschen unabhängig von ihrem Familienstand rechtlich offenstehen, also insbesondere auch nicht verheirateten Frauen mit Kinderwunsch.

Die FDP setzt sich für die Stärkung der Kinderrechte ein: Das Grundgesetz berechtigt und verpflichtet vorrangig Mütter und Väter für die Kinder zu sorgen, doch legt es zugleich dem Staat auf, über die Ausübung von Elternrecht und Elternpflicht zu wachen. Denn Kinder haben ein Recht auf bestmögliche Bildung, Erziehung und Betreuung. Die FDP fordert, den Vorbehalt bei der bereits ratifizierten UN-Kinderrechtskonvention aufzuheben.

Gesundheit ist eine wesentliche Voraussetzung für die Entwicklung von Kindern. Die FDP setzt sich für Maßnahmen ein, die geeignet sind, unbürokratisch und unter Wahrung des Datenschutzes eine höhere Teilnehmerquote bei den gesetzlichen **Früherkennungsuntersuchungen** zu erreichen.

Bei **Kindeswohlgefährdung** müssen die Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe angehalten werden, sich ein umfassendes Bild über den Lebensalltag von Kindern im Familienkontext zu bilden und frühzeitig präventive Hilfe anzubieten. Dies erfordert eine angemessene personelle Ausstattung der Jugendämter. Die Elternkompetenz in Familien sollte durch Modelle der **Frühprävention** gestärkt werden. Dies gilt auch für niedrigschwellige Angebote durch Familienhebammen und Kinderschwestern auf kommunaler Ebene.

Kinder sollten bereits früh Medienkompetenz erwerben, um Medienangebote ihrem Alter gemäß kritisch nutzen zu können. Die FDP setzt sich dafür ein, dass für den Jugendschutz im Online-Bereich verbindliche und praktikable Standards und Zertifizierungen weiterentwickelt werden. Die bestehenden Systeme müssen dringend auf ihre Praktikabilität und Effektivität überprüft werden.

Im Rahmen der Jugendministerkonferenz sollten einheitliche **Standards für die Kinder- und Jugendhilfe** festgelegt werden. Die Qualität der Kinder- und Jugendhilfe sollte in regelmäßi-

gen Abständen evaluiert und die Dienst- und Fachaufsicht gestärkt werden. Es ist zu prüfen, inwieweit im Bereich der Jugendhilfe eine Aufgabentrennung zwischen der Entscheidung über Maßnahmen und deren Vollzug möglich ist, um eine von finanziellen Erwägungen der Kommune unabhängige Entscheidung abzusichern.

Mit der Unterhaltsrechtsreform wurde dem Kindesunterhalt der absolute Vorrang vor allen anderen Ansprüchen eingeräumt. Die FDP setzt sich dafür ein, eine Gewährung des staatlichen Unterhaltsvorschlusses bis zur Volljährigkeit eines Kindes zu ermöglichen. Im Gegenzug sollte die Bezugsdauer auf 36 Monate verkürzt werden, um der Zielsetzung als vorübergehende Hilfe bei der Durchsetzung der Unterhaltsansprüche Rechnung zu tragen. Das Verfahren ist zudem zu entbürokratisieren.

Die FDP setzt sich für die **Schaffung einer Rechtsgrundlage zur anonymen Geburt** ein, da das Personenstandsgesetz Personen, die von der Geburt eines Kindes wissen oder an der Entbindung beteiligt sind, der Anzeigepflicht gegenüber dem Standesamt unterwirft. Damit soll verhindert werden, dass Kinder aufgrund einer Notlage der Mütter ausgesetzt oder getötet werden. Dabei kann auch die „Babyklappe“ hilfreich sein.

Politik für Frauen

Die FDP setzt sich für eine freie und **selbstverantwortliche Lebensgestaltung von Frauen und Männern** ein. Wir schaffen hierzu die Rahmenbedingungen. Der **Grundsatz der Geschlechtergleichstellung** ist uneingeschränkt umzusetzen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist Voraussetzung für eine selbstverantwortliche Lebensgestaltung. Die Lebensplanung der Frau wird immer noch durch die oftmals unfreiwillige Entscheidung zwischen Familie und Beruf eingeschränkt. Es sind daher nach wie vor eher Mütter, die die Elternzeit in Anspruch nehmen. Erfreulicherweise besteht der Wunsch nach Elternzeit auch vermehrt bei den Vätern. Nur wird diesem Wunsch in vielen Unternehmen mit Unverständnis begegnet. **Kinder brauchen jedoch beide Elternteile gleichermaßen.** Die FDP fordert einen bedarfsgerechten Ausbau qualitativ hochwertiger Betreuungsangebote für Kinder ab dem ersten Lebensjahr und die Schaffung von flexiblen Arbeitszeitmodellen. Damit können die Beschäftigungsfähigkeit und der schnelle Wiedereinstieg ins Berufsleben für junge Eltern sichergestellt werden. Ähnliche Problemstellungen sind auch bei der Pflege von Angehörigen zu lösen. Auch hier tragen in der Regel Frauen die Hauptlast.

Noch immer erhalten Frauen im Gegensatz zu Männern bei gleicher Arbeit deutlich weniger Lohn. Die FDP setzt sich dafür ein, dass Frauen und Männer für gleiche Arbeit am gleichen Ort gleich bezahlt werden. Teilzeitlösungen auch für Führungskräfte sollten möglich werden, um sie nicht automatisch vom beruflichen Aufstieg auszuschließen. In Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Leben sind Frauen nach wie vor unterrepräsentiert. Um leistungsbereite und engagierte Frauen auf ihrem Berufsweg zu unterstützen, gilt es, erfolgreiche Instrumente wie das „Mentoring“ bereitzustellen.

Toleranz und Respekt durch eine Politik der Vielfalt fördern

Die FDP will mehr als Antidiskriminierungsgesetzgebung. Wir wollen eine neue **Kultur der Vielfalt** in der Gesellschaft. Wir begrüßen daher betriebliche „Diversity-Strategien“, die Unterschiede zwischen Arbeitnehmern als innovations- und kreativitätsfördernd schätzen. Vielfalt wertzuschätzen heißt allerdings nicht, alle Menschen einfach gleich zu behandeln. Gleichmacherei wird den unterschiedlichen Talenten und Bedürfnissen der Individuen in keiner Weise gerecht, sondern verhindert die gezielte bedarfsgenaue Förderung.

Die FDP will eine Stiftung auf den Weg bringen, die die **homosexuelle Bürger- und Menschenrechtsarbeit** sowie die interdisziplinäre Forschung über Homosexualität und Geschlechterfragen fördert. Zudem wird sich liberale Außen- und Menschenrechtspolitik nachdrücklicher für die Situation von Lesben und Schwulen in der Welt engagieren. Das in weiten Teilen verfassungswidrige Transsexuellengesetz muss dringend grundlegend reformiert werden.

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Liberale sehen das Zusammenleben verschiedener Kulturen als **Chance und Bereicherung** an. Die FDP plädiert für eine **rationale Integrationspolitik**, die Integrationsprobleme nicht verschweigt. Deutschland hat Nachholbedarf in der Integrationspolitik. Die FDP will die individuelle, auch nachholende Integration. Die Steuerung der Zuwanderung durch die Einführung eines Punktesystems ist überfällig. Das Auswahlverfahren zielt in erster Linie auf hochqualifizierte Arbeitnehmer verschiedenster Berufe, von denen ein Beitrag zur wirtschaftlichen Fortentwicklung unseres Landes zu erwarten ist. Aber auch Fachkräfte aus anderen Kategorien sollten unter zusätzlichen Voraussetzungen eine Chance auf Zuwanderung haben, wenn der Arbeitsmarkt dies speziell erfordert.

Die FDP steht für eine **humanitäre Zuwanderungspolitik** auf Grundlage des internationalen Flüchtlingsrechts. Die Zusammenarbeit im Einwanderungs- und Asylbereich auf EU-Ebene darf nicht zu einem Absenken der Zuwanderung auf das niedrigste Niveau führen.

Jeder Zuwanderer ist in erster Linie selbst gefordert, für sich und seine Familie Verantwortung zu übernehmen. Unverzichtbare Voraussetzung sind vor allem das Beherrschen der deutschen Sprache, Kenntnis und Achtung unserer Verfassung und deren Grundwerte sowie die Bereitschaft zur Integration auf beiden Seiten. Die Integration kann jedoch auch durch doppelte Staatsbürgerschaft gefördert werden, wie die vielen Fälle von gut integrierten Mitbürgern mit Doppelstaatsbürgerschaft zeigen. Der beste Weg zur Integration ist, wirtschaftlich auf eigenen Füßen zu stehen. Jeder Mensch, der rechtmäßig oder geduldet in Deutschland lebt, soll das Recht haben, seinen Lebensunterhalt selbst zu verdienen.

Um die **sprachliche Integration** qualitativ nachhaltig zu verbessern, sind die **Integrationskurse** stärker nach Zielgruppen und Vorkenntnissen zu differenzieren und zu erweitern. **Insbesondere für Frauen** sind nachholende Integrationsangebote zu eröffnen. Wir brauchen mehr interkulturelle Kompetenz in der Verwaltung und in den Gesundheitsberufen.

Seniorenpolitik neu denken – den demographischen Wandel meistern

Die FDP legt als einzige Partei einen schlüssigen Ansatz für die Bewältigung des demographischen Wandels vor. Nach liberaler Überzeugung lassen sich die vielfältigen Folgeprobleme der demographischen Entwicklung am besten durch **Einbeziehung der älteren Generation** lösen – durch Mitsprache und Mitarbeit. Ältere Menschen sollten so lange aktiv sein, wie sie selber wollen.

Die überwiegende Mehrheit der Bürger ist bis ins hohe Alter körperlich und geistig fit. Ihre Bereitschaft, sich zu engagieren und zu beteiligen, möchte die FDP fördern und nutzen. Wir können es uns nicht länger leisten, Kenntnisse, Kompetenz und Kreativität älterer Menschen brachliegen zu lassen. Die FDP fordert daher den Wegfall aller Altersgrenzen für Arbeit, den Aufbau eines **Altersmanagements** in den Unternehmen (das heißt persönliches Training und individuelle Förderung älterer Mitarbeiter), den Ausbau des lebenslangen Lernens, stärkere Förderung des bürgerschaftlichen Engagements sowie mehr **Angebote zur gesellschaftlichen und politischen Mitwirkung** für die ältere Generation.

Die **Forschungsmittel für Gerontologie, Geriatrie und Alterspsychologie** sind so aufzustocken, dass sie einem internationalen Vergleich standhalten.

Die FDP will eine selbständige Lebensführung im Alter ermöglichen. Dazu gehört eine barrierefreie Gestaltung der eigenen Wohnung ebenso wie altersgerechte Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum. Die FDP unterstützt mit Nachdruck **neue quartiersbezogene Wohnkonzepte** für generationenübergreifendes Zusammenleben und **Selbsthilfegruppen**.

Menschen mit Behinderung die tatsächliche Teilhabe ermöglichen

Liberaler Politik will Menschen mit Behinderung eine tatsächliche Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen. Wir fordern ein prinzipiell und flächendeckend trägerübergreifendes persönliches Budget. So können hilfebedürftige Menschen statt der Sachleistung eine Geldleistung in Anspruch nehmen. Sie sind Kunden und entscheiden, welcher Anbieter oder welche Person die Hilfe erbringen soll. Dies stellt das **höchstmögliche Maß an Selbstständigkeit und Eigenverantwortung** sicher. Liberale Sozialpolitik betont das Prinzip der individuellen Hilfe.

Durch den demographischen Wandel wird der Anteil von Menschen mit Behinderung an der Gesamtbevölkerung weiter zunehmen. Unser vorrangiges Ziel ist deshalb die rechtzeitige und zukunftsfeste Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe. Die Lasten müssen zwischen Bund, Ländern und Kommunen verteilt werden.

Die FDP tritt für ein Recht von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen auf den Besuch von inklusiven Kinderbetreuungseinrichtungen, Schulen sowie Freizeit- und Bildungseinrichtungen ein, um das **Miteinander von Menschen mit und ohne Behinderung** zu verbessern.

Barrierefreiheit ist Grundvoraussetzung für eine tatsächliche Teilhabe. Menschen mit Behinderung müssen alle öffentlichen Gebäude, Verkehrsmittel und Kommunikationseinrichtungen weitgehend unabhängig von fremder Hilfe nutzen können. Grundlage für die Möglichkeit, zu arbeiten, können neben beruflichen Fördermaßnahmen nur die konsequente Vorhaltung von Rehabilitationsinfrastrukturen sowie der Ausbau spezieller Beschäftigungsgesellschaften sein. Soweit Menschen mit Behinderung erwerbsfähig sind, sind sie in den allgemeinen Arbeitsmarkt zu integrieren. Die FDP sieht dabei vor allem die Integrationsfachdienste in der Pflicht, ihre Personalstrukturen dahingehend zu qualifizieren, dass sie ihre Instrumente zur beruflichen Eingliederung voll ausschöpfen.

Staat und Gesellschaft: Mehr Freiheit wagen

Demokratie lebt von der Teilhabe der Bürger am Geschehen in Gesellschaft und Staat. Die FDP will mehr Freiheit wagen, indem **mehr Menschen an der Gestaltung des Gemeinwesens mitwirken können**. Dazu gehört eine Stärkung der demokratischen Entscheidungsprozesse durch mehr Transparenz und mehr Bürgerbeteiligung. Notwendig dafür ist eine bessere Zuordnung von politischen Prozessen, wer für welche politische Entscheidung auf welcher Ebene verantwortlich ist. Und durch **mehr direkte Beteiligungsmöglichkeiten** werden Wege für mehr Demokratie eröffnet.

Im Rahmen eines zusammengewachsenen Europas ist eine verbesserte **Bürgerbeteiligung künftig auch auf der europäischen Ebene** zu verwirklichen. Wir setzen uns daher für ein kommunales Wahlrecht aller Migranten ein, die sich seit mindestens fünf Jahren rechtmäßig im Land aufhalten.

Die FDP bekennt sich zur repräsentativen Demokratie. Sie will diese aber um **Elemente der direkten Demokratie** bereichern. Der Bürger muss sich besonders in seinem unmittelbaren Umfeld stärker an Entscheidungen beteiligen können. Deshalb setzen wir uns für **Bürgerentscheide, Bürgerbegehren und Bürgerbefragungen auf Landes- und auf Bundesebene ein.**

Es sollten alle in einem Jahr regulär stattfindenden Wahlen – ausgenommen Kommunalwahlen – auf ein bis maximal zwei festzusetzende Wahltermine gebündelt werden. Diese Bündelung wird den Dauerwahlkampf beenden und auch wieder zu wachsender Wahlbeteiligung führen.

Eine **Neuorganisation der Bund-Länder-Finanzbeziehungen** ist notwendig. Im Vordergrund stehen daher eine Reform des Bund-Länder-Finanzausgleichs, der Ausbau der Finanzautonomie der Länder und eine Belebung des Wettbewerbs zwischen ihnen.

Für Liberale ist bürgerschaftliches Engagement Ausdruck einer lebendigen Bürgerkultur. Bürgerschaftliches Engagement braucht den ermöglichenden, nicht den gewährenden Staat. Ziel der FDP ist die Schaffung von Freiräumen für bürgerschaftliche Organisationen. Hürden, wie die verschuldensunabhängige Haftung ehrenamtlich tätiger Vereinsvorstände, sind abzubauen. Die FDP will neue innovative Ansätze des bürgerschaftlichen Engagements fördern. Hierzu gehört eine das Engagement unterstützende Infrastruktur wie Freiwilligenagenturen und Seniorenbüros. Regelmäßig ehrenamtlich tätige Bürger sollen Zertifikate erhalten, diese sollen bei der Einstellung in den öffentlichen Dienst und bei Beförderung sowie in der Schule bei Zeugnissen berücksichtigt werden.

Kultur von allen

Kunst und Kultur sind die Grundlagen in der Gesellschaft für die Verständigung untereinander und die Quelle von Identität und Kreativität. Kunst und Kultur spiegeln den Zustand einer Gesellschaft wider und treiben deren Entwicklung voran. Ohne Kunst und Kultur wäre unsere Gesellschaft nicht kreativ, unsere Bildung technokratisch und unsere Wirtschaft nicht innovativ. Kunst und Kultur entscheiden wesentlich über die Anpassungsfähigkeit einer Gesellschaft.

Liberaler Kulturpolitik steht unter dem **Leitgedanken „Kultur von allen“**. Der Bürger als Kulturschaffender, Kulturnutzer und Kulturförderer steht im Mittelpunkt liberaler Kulturpolitik. Zudem muss Kulturpolitik Anreize zu stärkerem privaten Engagement schaffen. Zugleich bekennt sich die FDP zur öffentlichen Kulturförderung. Die FDP wirbt für die Verankerung des Staatsziels Kultur im Grundgesetz. **Kulturelle Bildung ermöglicht gesellschaftliche Teilhabe** und persönliche Entfaltung. Ihre Förderung mit einem niedrigschwelligem Zugang ist daher eine Verpflichtung des Staates und muss verstärkt werden.

Träger der Kultur sind hauptsächlich eine Vielzahl von Vereinen und Initiativen, die weitgehend auf ehrenamtlicher Tätigkeit beruhen. Das Gemeinnützigkeitsrecht ist so umzugestalten, dass nicht der gewährende, sondern der ermöglichende Staat zum Prinzip wird. Im Steuer- und Haftungsrecht darf ehrenamtliche Arbeit nicht erschwert werden. Für Liberale sind ehrenamtlich tätige Bürgerinnen und Bürger die Grundlage einer freien Bürgergesellschaft.

Die **Kultur- und Kreativwirtschaft ist eine wichtige Zukunftsbranche**. Die FDP setzt sich für Kredit- und Wagniskapitalinstrumente ein, die die spezifische Situation der Kultur- und Kreativwirtschaft bei den Förderbedingungen berücksichtigt. Der Film ist sowohl Wirtschafts- als auch Kulturgut. Die FDP tritt deshalb für eine Stärkung der Filmwirtschaft am Standort Deutschland ein. Die Instrumente der Filmförderung müssen auf ihre Eignung überprüft werden, den deutschen Film international wettbewerbsfähig zu machen.

Die **Hauptstadtkulturförderung** des Bundes ist auf eine klare gesetzliche Grundlage zu stellen. Ein starkes Engagement des Bundes ist unverzichtbar. Dies muss jedoch nach transparenten Kriterien erfolgen und darf nicht zu einer Vernachlässigung der Kulturförderung in den übrigen Bundesländern führen.

Staat und Museen müssen die Provenienzforschung verstärken. Die Verfahren zur Ermittlung und etwaigen Rückgabe von NS-Raubkunst bedürfen einer Professionalisierung nach internationalen Vorbildern. Wir wollen zudem die Rückgabe kriegsbedingt verschleppter Kulturgüter vorantreiben.

Die Terrorherrschaft der Nationalsozialisten von 1933 bis 1945 ist eine in jeder Hinsicht nie da gewesene Katastrophe der deutschen Geschichte. Das Gedenken an und die Aufklärung über die unvorstellbaren Gräueltaten im **Nationalsozialismus** gilt es unvermindert und mit Nachdruck zu bewahren. Bei der **Aufarbeitung der deutsch-deutschen Geschichte** gibt es großen Nachholbedarf. Für die Zukunft unseres demokratischen Staats ist es wichtig, gerade der jungen Generation über Schulen und Kulturprojekte die Ursachen und Folgen von Unfreiheit und Misswirtschaft zu vermitteln – in allen Bundesländern. Das Erinnern an die ermordeten Gegner des kommunistischen Regimes soll in die politische Bildung einbezogen werden. Die authentischen Stätten des SED-Unrechts sind zu erschließen und zu erhalten.

Urheberrecht: Hohes Schutzniveau und wirksame Durchsetzung

Das Urheberrecht hat in der digitalen Welt eine Schlüsselfunktion. Die FDP fordert deshalb die konsequente **Weiterentwicklung des Urheberrechts** zur weiteren Verbesserung des urheberrechtlichen Schutzes. Die Einführung einer „Kulturflatrate“ lehnt die FDP ab. Eine besondere Herausforderung bleibt die Bekämpfung von Urheberrechtsverletzungen vor allem im Internet, denn die „Internetpiraterie“ ist eine existenzielle Bedrohung für die Kultur- und Kreativwirtschaft. Das Internet darf kein urheberrechtsfreier Raum sein. Die FDP setzt sich deshalb für Lösungen ein, die unter Wahrung des Datenschutzes eine effektive und **konsequente Rechtsdurchsetzung** gewährleisten. Die FDP bekennt sich zur kollektiven Wahrnehmung von Urheber- und Leistungsschutzrechten durch **Verwertungsgesellschaften** mit effizienten und transparenten Strukturen. Vor allem in Bezug auf Online-Nutzungen muss die grenzüberschreitende Lizenzierung durch Verwertungsgesellschaften erleichtert und eine Fragmentierung der Repertoires verhindert werden. Die FDP setzt sich für die Schaffung eines europäischen Wahrnehmungsrechts als Grundlage für die Förderung des Wettbewerbs unter den europäischen Verwertungsgesellschaften unter einheitlichen Rahmenbedingungen ein.

Neue Medien – Chancen für mehr Freiheit verantwortlich nutzen

Die FDP setzt sich für die **Modernisierung des Telemedienrechts** ein. Dieses muss Zuständigkeiten genauso wie Haftungsfreistellungen auf den verschiedenen Ebenen der Anbieter und der Nutzer klar definieren und zuordnen. Das Internet ist ein freies Medium. Es muss vor zu starker staatlicher Regulierung und übermäßiger Überwachung geschützt werden. Internetdiensteanbieter dürfen nicht mit überzogenen Überwachungspflichten belegt werden. Die Presse- und Meinungsfreiheit einer vernetzten Wissensgesellschaft muss auch im Internet gewahrt werden. Kinder und Jugendliche müssen aber vor für sie ungeeigneten Inhalten in den Medien geschützt werden. Erwachsenen darf der Zugang zu strafrechtlich unbedenklichen Inhalten dabei allerdings nicht verwehrt werden. Zensur darf auch im Internet nicht stattfinden. Diese Prinzipien müssen in einem modernen **Jugendmedienschutzrecht** verankert werden. Vielen unerwünschten Effekten des Internets kann nicht im Internet selbst entgegengewirkt werden, jedoch zu Hause am PC. Die FDP setzt auf Filtern zu Hause statt Sper-

ren durch den Staat. Mit der FDP wird es keine aktionistischen Verbote oder staatliche Zensur im Internet geben. Die so genannte Online-Durchsuchung lehnt die FDP strikt ab.

Die FDP will mehr Wettbewerb bei den Infrastrukturen der Telekommunikation und den **flächendeckenden Zugang zu Breitband-Internet**. Staatliche Regulierung muss dabei stets der Förderung des Wettbewerbs dienen, denn Wettbewerb ist Grundlage für Investitionen und Innovationen bei Infrastrukturen und Diensten. Der Zugang zu regulierten Netzen muss für alle Marktteilnehmer offen und transparent gestaltet werden. Die FDP spricht sich darüber hinaus gegen gesetzliche Universaldienstverpflichtungen bei der Breitbandversorgung aus. Durch verbesserte Information über die vielfältigen Zugangstechnologien sowie Kooperationen zwischen Unternehmen und Gebietskörperschaften lassen sich die Lücken bei der Breitbandversorgung in Deutschland schließen. Die Digitalisierung ermöglicht eine höhere Angebotsvielfalt bei Inhalten und Übertragungswegen. Die FDP tritt dafür ein, flexibel mit freiwerdenden Kapazitäten etwa im Bereich der Rundfunkfrequenzen umzugehen. Solche Übertragungskapazitäten sollten zum Beispiel auch für die Versorgung ländlicher Regionen mit Internetzugängen genutzt werden können.

Die FDP setzt sich dafür ein, dass in Deutschland in eine **leistungsfähige IT-Infrastruktur** investiert wird. Wir fördern neue Technologien und schaffen wettbewerbsfähig zukunftsfähige Strukturen. Die FDP schafft die Rahmenbedingungen, dass der Arbeitskräftebedarf an hochqualifizierten IT-Spezialisten sichergestellt wird. **Deutschland muss zum europäischen Vorreiter in Sachen Internetkompetenz werden**. Die Verwirklichung der Internetrepublik Deutschland bleibt eine wesentliche Herausforderung.

Die FDP setzt sich für eine grundlegende Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ein. Dazu muss sein Auftrag im digitalen Medienzeitalter im Rundfunkstaatsvertrag präzisiert werden. Die überholte gerätebezogene Rundfunkgebühr ist durch eine allgemeine und pauschale Medienabgabe zu ersetzen, die von jedem erwachsenen Bürger mit eigenem Einkommen gezahlt wird. **Die GEZ wird abgeschafft**. Auf Werbung sollte zugunsten der Programmqualität des öffentlich-rechtlichen Rundfunks verzichtet werden.

Die FDP hält die Aufsicht durch die Rundfunkräte für unzureichend und fordert das Ende der zersplitterten Medienaufsicht. Stattdessen setzt sie sich für die Schaffung einer einheitlichen unabhängigen Bund-Länder-Institution zur Aufsicht und Regulierung von (öffentlich-rechtlichem und privatem) Rundfunk, Medien und Telekommunikation ein.

Die FDP ist **gegen wirtschaftliche Beteiligungen von Parteien an Rundfunksendern**, Zeitungsverlagen und anderen meinungsbildenden Medienunternehmen. Zumindest müssen unmittelbare Einflussnahme ausgeschlossen und die transparente Kennzeichnung von Parteienbeteiligungen vorgeschrieben werden.

Glaubens- und Gewissensfreiheit nicht einschränken

Die Freiheit, einen religiösen Glauben persönlich zu leben und öffentlich zu bekennen oder dies nicht zu tun, gehört zu den Grundsätzen der Liberalen. **Toleranz und Respekt** vor der Glaubensüberzeugung des Anderen gehören zu den wichtigsten Voraussetzungen für ein gedeihliches und friedliches Miteinander in Staat und Gesellschaft.

Liberaler bekennen sich zur weltanschaulichen Neutralität des Staates. Wir halten an dem Kooperationsprinzip fest, nach dem Staat und Religionsgemeinschaften je eigenständig und zugleich im Sinne des Gemeinwohles aufeinander bezogen sind. Die FDP setzt auf die **Gleichbehandlung** der Religionsgemeinschaften durch den Staat. Entscheidend ist, dass das Men-

schen- und Gesellschaftsbild der jeweiligen Religionsgemeinschaft die Werteordnung der Verfassung achtet.

Die **Kirchen und Religionsgemeinschaften** leisten einen positiven Beitrag zur Gestaltung des Zusammenlebens in der Gesellschaft. Immer noch bestehende Vorurteile gilt es abzubauen. Häufig bildet Unwissen den Nährboden für Vorurteile. Es ist Aufgabe der Länder, in den jeweiligen Lehrplänen für Curricula zu sorgen, die Vorurteile gegenüber Religionen abbauen, indem sie umfassend über diese informieren.

Im Hinblick auf die gewünschte Einbindung nichtkirchlicher Religionen sollen im Sinne der Gleichbehandlung im Einvernehmen mit den betroffenen Religionsgemeinschaften rechtliche Regelungen gesucht werden.

Die gesellschaftliche Bedeutung des Sports stärken

Deutschland ist eine große Sportnation. Der Sport leistet nicht nur einen großen Beitrag zur Gesundheit, sondern trägt auch wesentlich zur Integration in die Gesellschaft bei. **Vereins-, Breiten- und Leistungssport** sowie Jugendarbeit bedürfen einer gezielten Förderung, um Kindern und Jugendlichen Verständnis für ein gesundes Körperverhältnis und die Werte des Fair Plays zu vermitteln. Seniorensport soll in seiner Bedeutung für die aktive Gestaltung des demographischen Wandels aufgewertet werden. Wir müssen das sportliche Ehrenamt stärken. Ohne den **Einsatz der Freiwilligen** wäre vor allem die Arbeit in den kleinen Vereinen nicht oder nur eingeschränkt möglich. Die FDP unterstützt ein stärkeres Engagement von Frauen auf allen Ebenen des Sports.

Um die herausragende Bedeutung des Sports für die Gesellschaft zu unterstreichen und ihn weiter zu fördern, fordert die FDP eine **Verankerung des Sports als Staatsziel im Grundgesetz**. Die FDP begrüßt die positiven Entwicklungen im Bereich des Breiten- und Leistungssports der Menschen mit Behinderung. Deutsche Sportler mit Behinderung nehmen erfolgreich an den Paralympics und den Special Olympics teil. Die FDP setzt sich dafür ein, den Sport sowohl körperlich als auch geistig behinderter Menschen stärker zu fördern.

Sponsoringmaßnahmen sind für sportliche Großveranstaltungen, aber auch die Arbeit von Vereinen unabdingbar. Die FDP setzt sich dafür ein, dass **Sponsoren angemessene Rahmenbedingungen in Deutschland vorfinden**, um den Sport und andere Gemeinwohlbelange zu fördern. Dazu gehört auch eine Teilliberalisierung des Sportwettenmarktes, um die Finanzierung von Spitzen- und Breitensport langfristig zu sichern.

Die FDP setzt sich zudem dafür ein, dass **Sportstätten in ganz Deutschland modernisiert** beziehungsweise ausgebaut werden.

Doping erschüttert die Glaubwürdigkeit des Sports. Die FDP setzt sich dafür ein, die Forschung gezielt zu fördern: Moderne Dopingmethoden müssen frühzeitig erkannt und dementsprechende, aktuelle Nachweisverfahren so früh wie möglich entwickelt werden. Dabei darf nicht unverhältnismäßig in die Privatsphäre eingegriffen werden. Auch die **Präventionsarbeit** muss gezielt ausgebaut werden – wir müssen den Nachwuchs so früh wie möglich über die Gefahren des Dopings informieren und die ethischen Grundlagen des Sports vermitteln.

4. Mehr Chancen durch Bildung, Forschung und Innovation

Faire Bildungschancen für alle sind der Schlüssel zur Freiheit, zur sozialen Teilhabe, zum persönlichen Glück und Wohlstand. Durch Bildung können sich alle Menschen unabhängig von ihrer sozialen, ethnischen oder religiösen Herkunft eigene Wege zum Erfolg bahnen. Im Zeitalter der globalen Wissensgesellschaft hat sich die Bildung zur eigentlichen sozialen Frage für die Menschen entwickelt.

Eine liberale Gesellschaft fragt nicht danach, was die Eltern sind, sondern danach, was die Kinder können. Die fehlende Förderung im Elternhaus, die mangelnden Anregungen für Kinder und das unzureichende Bildungsumfeld sorgen oft dafür, dass sich Begabungen nicht entfalten können. Begabungen von Kindern aus bildungsfernen Schichten oder von Kindern mit Migrationshintergrund müssen besser als bisher gefördert werden.

Bildung ist Bürgerrecht. Wir brauchen ein gerechtes Bildungssystem, das jedem den bestmöglichen Abschluss nach Begabung und Leistung ermöglicht, unabhängig von der sozialen Herkunft. Wir brauchen ein intelligent organisiertes Bildungssystem, das sich flexibel den schnellen Veränderungen in unserer Arbeitswelt anpasst. Wir brauchen ein leistungsfähiges Bildungssystem, das auf den Prinzipien von Chancengleichheit, Wettbewerb, Freiheit und Eigenverantwortung basiert. Wir brauchen ein flexibles Bildungssystem, das von den Fesseln der staatlichen Überregulierung und der Bürokratisierung befreit ist. Wir brauchen ein engagiertes Bildungssystem, das Initiative und individuelles Engagement fördert. Wir brauchen ein besser finanziertes Bildungssystem. Gemessen an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit sind die öffentlichen Ausgaben für die Bildung in Deutschland zu gering.

Wir fordern daher eine **Initiative „Vorfahrt für Bildung“**. Bund, Länder, Kommunen und Wirtschaft müssen hierzu ihre Anstrengungen wesentlich erhöhen. Die FDP will möglichst schon bis 2010 das Ziel erreichen, verbindlich über zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Bildung und Forschung zu investieren. Wenigstens sieben Prozent des BIP sollen für Bildung und drei Prozent des BIP für Forschung und Technologie investiert werden.

Dabei stehen Bund und Länder gemeinsam in der Verantwortung. Die FDP bekennt sich zum **Wettbewerbsföderalismus**. Bildung ist und bleibt Ländersache. Die besten Lösungen entstehen vor Ort und im Wettbewerb miteinander. Wir brauchen Lösungen, die die Belange der Kinder berücksichtigen und nicht wirklichkeitsfremd sind. Dies gelingt erfahrungsgemäß dann am besten, wenn die Schulen weitestgehend in ihrer Eigenständigkeit gestärkt werden. Wer es mit der **Chancengerechtigkeit** im Bundesgebiet ernst meint, muss für bundesweite Bildungsstandards und vergleichbare Schulabschlüsse sorgen. Die Kultusministerkonferenz wird diesen Aufgaben im Bildungsbereich längst nicht mehr gerecht und muss deshalb abgeschafft und durch eine effektive, schlanke Bildungskonferenz ersetzt werden.

Wir vertreten einen **umfassenden Bildungsbegriff**, der den Menschen in seiner Vielfalt in den Mittelpunkt stellt. Ziel und Selbstverständnis einer liberalen Bildungspolitik ist es nicht nur Wissen sondern auch Werte zu vermitteln. Die eigenen Fähigkeiten zu kennen und aus eigenem Antrieb ein eigenverantwortliches Leben zu führen und sich kritisch mit seiner Umwelt auseinandersetzen zu können sind Grundlage einer liberalen Bürgergesellschaft, wie wir sie uns vorstellen. Bildung ist ein elementarer Beitrag zur Persönlichkeitsentwicklung.

Bildung für nachhaltige Entwicklung ist eine wichtige und zukunftsweisende Aufgabe aller Bildungsträger. Neben der Verankerung im Schulunterricht ist ihre Umsetzung in Zusammenarbeit mit außerschulischen Partnern wie Bildungseinrichtungen, wirtschaftlichen Institutionen und Verbänden von großer Wichtigkeit. Die Vermittlung von Grundfertigkeiten und Fak-

tenwissen über die wechselseitigen Zusammenhänge von Mensch, Natur und Technik sind unverzichtbare Voraussetzungen, um junge Menschen mit Handlungskompetenzen auszustatten und damit zu gesellschaftlicher Teilhabe bei der Gestaltung einer dauerhaft tragfähigen Entwicklung zu befähigen.

Frühkindliche Bildung – Basis jeder Biographie

Die Erziehung von Kindern ist in allererster Linie Aufgabe der Eltern. In einer Allianz von Familien- und Bildungspolitik gehören auch Kindertageseinrichtungen und Tagespflege zum Fundament des Bildungssystems. Sie sollen Individualität, Kreativität, Selbständigkeit und die körperliche Entwicklung der Kinder fördern und die Voraussetzungen für den Schulbesuch schaffen. Die FDP fordert, dass jedes Kind als familienpolitische Leistung des Bundes einen **Bildungs- und Betreuungsgutschein ab dem ersten vollendeten Lebensjahr** erhält. Mit den Gutscheinen können die Eltern Bildungsangebote für ihre Kinder nutzen, wie zum Beispiel Krippen, Musikschulen oder Sportvereine.

Im vierten Lebensjahr müssen Kinder verpflichtend auf ihren **sprachlichen Entwicklungsstand geprüft** werden. Kinder mit Schwächen sollten dann intensiv und – im Vorgriff auf die Schulpflicht – verbindlich gefördert werden, zum Beispiel im Rahmen der Start-Klasse. Ab dem fünften Lebensjahr wollen wir eine **verbindliche Schulvorbereitung**, in der Begabungen gefördert und Schwächen systematisch behoben werden.

Bundesweit vergleichbare Qualitätsstandards im Bereich der vorschulischen Bildung helfen, die Arbeit in den Einrichtungen der vorschulischen Bildung weiter zu verbessern. Kitas soll die Möglichkeit gegeben werden, mit einem nach externer Evaluation vergebenen Gütesiegel um Eltern zu werben. Zur Förderung von Talenten und zur Behebung von Defiziten in der Entwicklung der Kinder ist der Einsatz von **entwicklungsdiagnostischen Instrumenten wie Tests und systematisierten Beobachtungen** erforderlich.

Kindertageseinrichtungen und Grundschulen müssen besser kooperieren, um einen nahtlosen Übergang zu gewährleisten. Dazu leisten gemeinsame Fortbildungen, Elternabende, wechselseitige Hospitationen und Übergabegespräche bei der Einschulung einen Beitrag. Die FDP fordert, dass sich Kindertagesstätten zu „**Familienzentren**“ weiterentwickeln und in Kooperation mit anderen Institutionen neue Angebote wie zum Beispiel Sprachförderung für die Eltern schaffen. Die FDP steht für eine **Vielfalt von Trägern** der freien Wohlfahrtspflege, Kirchen, Elterninitiativen, Kommunen und privat-gewerblichen Anbietern.

Um die Qualität in der frühkindlichen Bildung zu sichern, ist eine **Fortbildungsoffensive für Erzieherinnen und Erzieher** unverzichtbar. Für mehr männliche Erzieher ist zu werben. Zudem sollte zukünftig eine **Hochschulausbildung** oder eine entsprechend gleichwertige Qualifikation zumindest für die Leitung der Bildungseinrichtung Voraussetzung sein.

Mehr Freiheit für die Bildungseinrichtungen vor Ort

Kita und Schule müssen über die Zusammensetzung des Personals und ihr Profil zur Erreichung der vorgegebenen Bildungsziele selbst entscheiden können. Sie müssen, unabhängig davon, ob es sich um eine staatliche oder um eine Einrichtung in freier Trägerschaft handelt, über ein **eigenverantwortliches Budget** verfügen. Die Höhe des Budgets richtet sich nach der Anzahl der Schüler und ihren Förderbedürfnissen.

Das **Schulangebot** vor Ort muss hinreichend differenziert, leistungsfähig, begabungsorientiert und so wohnortnah wie möglich gestaltet werden. Dafür fordert die FDP die **Abschaffung der**

Schuleinzugsbereiche. Nicht der Wohnort ist für die Wahl der Kita oder Schule entscheidend, sondern allein der Eltern- und Schülerwunsch.

Die FDP setzt sich für fairen Wettbewerb zwischen den Schulen in staatlich-kommunaler und freier Trägerschaft ein. Schulen in freier Trägerschaft sind nicht Ersatz oder bloße Beigabe des staatlichen Schulsystems. Sie sind Garanten von Wahlmöglichkeit, Vielfalt und Wettbewerb um die besten pädagogischen Konzepte. Noch immer werden **Schulen in freier Trägerschaft** durch vielfältige Hindernisse gehemmt. Die FDP tritt für die Abschaffung dieser Ungleichbehandlung ein. Wir wollen faire Chancen bei der Finanzierung von Schulen in freier Trägerschaft. Insbesondere im Grundschulbereich muss eine gleiche Wettbewerbssituation sichergestellt werden. Unser Bildungssystem kann von Schulen in freier Trägerschaft nur profitieren und die ansteigende Nachfrage von Seiten der Eltern an diesen Schulen zeigt ihre Qualität. Dies wollen wir Liberale weiter fördern.

Die **Deutschen Auslandsschulen** sind ein wesentlicher und fester Bestandteil der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik und bieten jungen Menschen weltweit einen hervorragenden Start ins Leben. Sie dienen der Verständigung der Kulturen und verdienen unsere volle Unterstützung.

Bildungsstandards, definiert von unabhängigen Sachverständigen, ermöglichen gleiche Bildungschancen über Ländergrenzen hinweg. Die jeweiligen Ergebnisse der Bildungseinrichtungen in freier und öffentlicher Trägerschaft werden der Öffentlichkeit präsentiert. Die externe Evaluation erfolgt durch zertifizierte Institutionen, die von den Schulen frei gewählt werden können.

Lehrer spielen für unsere Gesellschaft eine zentrale Rolle. Sie haben eine große Verantwortung. Sie sollen ihre Kräfte in erster Linie für eine optimale Lehre und Erziehung einsetzen können und nicht mit überflüssigen Verwaltungsaufgaben belastet werden. Der Lehrerberuf benötigt endlich die gesellschaftliche Anerkennung, die er in anderen Ländern genießt. Die Lehrerarbeitszeit muss neu definiert werden, damit sie sich zukünftig nicht nur an Unterrichtszeiten orientiert. Hierfür brauchen Lehrer geeignete Arbeitsvoraussetzungen an der Schule. Mehr Präsenz des Lehrers ermöglicht mehr Flexibilität und eine bessere Kommunikation zwischen Schule, Schülern und Eltern. **Schulleiter** müssen mehr in Richtung **Schulverwaltungsmanagement** hin qualifiziert werden. An den Schulen müssen Arbeitsstellen für administratives Personal geschaffen werden, um den Schulleiter bei den Verwaltungsaufgaben zu entlasten. Die FDP ist gegen die Regel-Verbeamtung bei Neueinstellungen von Lehrern.

Wir fordern die **Aufwertung des Lehrerberufs** durch bundesweit gleichwertig hohe Aus- und Fortbildungsstandards und die Anerkennung des Lehrerberufs durch die Länder. Die **Qualität der Lehrerfortbildung** muss deutlich verbessert werden. Dazu sind verstärkt auf den Erkenntnissen der Bildungsforschung beruhende, direkt im Unterricht umsetzbare didaktische Konzepte zu vermitteln. Die Schulen müssen **regelmäßige Fortbildungen** ihrer Lehrer einfordern. Sie erhalten dafür zusätzliche Gelder, mit denen sie auf dem Bildungsmarkt Fortbildungen einkaufen können. Neben der staatlichen Lehrerfortbildung werden private Fortbildungsinstitute anerkannt; staatliche und private stehen dabei im fairen Wettbewerb. Außerdem soll es Lehrern spätestens alle zehn Jahre ermöglicht werden, sich im Rahmen eines Fortbildungssemesters ein halbes Jahr in den Ausbildungszentren der Hochschulen fortzubilden. In der Lehrerausbildung muss frühzeitig festgestellt werden, ob Lehramtsstudenten die erforderliche soziale Kompetenz für den Umgang mit Kindern und Jugendlichen mitbringen. Die Einführung von leistungsbezogenen Gehaltskomponenten muss auch beim Lehrerberuf forciert werden.

Nur ein durchlässiges Bildungssystem sichert faire Aufstiegschancen. Schulempfehlungen dürfen keinen unumkehrbaren Bildungsweg mehr zementieren. Auch zwischen den einzelnen Bildungsstationen muss die Durchlässigkeit erhöht werden. Übergänge sollen besser koordiniert werden. Schulen und Kitas, aber auch die einzelnen Schulen untereinander, sollten in einem Netzwerk miteinander kooperieren. Dies kann in autonomer Regie der Bildungseinrichtungen vor Ort geschehen.

In der **Sonderpädagogik** gilt für die FDP der **Grundsatz „Integration vor Sonderbeschulung“**. Es ist das Ziel liberaler Bildungspolitik, mehr Gemeinsamkeiten beim Leben und Lernen von behinderten und nicht behinderten Schülern in allen Schulformen zu suchen und zu fördern sowie verbindlich **integrative Konzepte** individueller Förderung in den allgemeinbildenden Schulen vorzulegen. Übergänge sollen zu jedem Zeitpunkt möglich sein. Daneben ist die Beschulung in speziellen Förderschulen als Wahlmöglichkeit jedoch dort beizubehalten, wo dies zum Wohle der Kinder notwendig ist. Förderschulen sollen dabei in einem Netzwerk enge Kontakte mit ihrem Umfeld und den Regelschulen pflegen. Die FDP will den Ausbau von Regel- und Förderschulen unter einem Dach und die Einrichtung von Förderschulklassen an der Regelschule forcieren, da die Vorteile beider Fördervarianten hier am besten verwirklicht werden können.

Die FDP will **bessere Rahmenbedingungen für die Hochbegabtenförderung**. Bereits im Rahmen der frühkindlichen Bildung müssen besondere Begabungen erkannt und gezielt gefördert werden. Daher müssen Standards im Bereich der Begabtenförderung entwickelt und umgesetzt werden. Es mangelt in Deutschland immer noch an ausgebildetem Personal, um Hochbegabung bei Kindern feststellen und fördern zu können. Die Diagnostikkenntnisse bei Lehrerinnen und Lehrern wie auch bei Erzieherinnen und Erziehern müssen in der Ausbildung sowie durch Aus- und Fortbildungsmaßnahmen verbessert werden.

Auch die Fortbildung von beruflich Qualifizierten ohne Abitur an Hochschulen muss verstärkt werden, da zurzeit nur ein Prozent der Studierenden über die berufliche Fortbildung an die Hochschulen kommt. Weiterqualifikation, zum Beispiel von Meistern in Bachelor-Studiengängen, wird angesichts immer höherer Berufsanforderungen ein wichtiges Bildungsfeld werden. Das Studium von beruflich Qualifizierten ist aber nicht ohne weiteres mit dem von Abiturienten vergleichbar. Menschen, die aus dem Beruf kommen, sind meist älter, stehen oft bereits in der Familienphase und wollen neben dem Beruf studieren. Es müssen Anreize für Hochschulen geschaffen werden, den **Anteil beruflich Qualifizierter zu erhöhen**. Die Zukunftsfähigkeit Deutschlands wird zudem durch den prognostizierten Fachkräftemangel in Frage gestellt. Experten gehen davon aus, dass auch durch kompensatorische Maßnahmen, wie durch eine gesteuerte Einwanderungspolitik, der künftige Bedarf nicht zufriedenstellend gedeckt werden kann.

Berufliche Bildung – lebensbegleitendes Lernen stärken

Die berufliche Bildung stellt ein zentrales Element der Innovationsfähigkeit eines Staates dar. Nur wenn junge Menschen eine qualitativ gute Ausbildung haben, werden sie dauerhaft im Arbeitsleben bestehen können. **Das duale Ausbildungssystem** hat sich in Deutschland seit Jahrzehnten bewährt. Eine der wichtigsten Stärken besteht in der Verankerung der beruflichen Ausbildung in den Betrieben. Hier ist ein enges Zusammenwirken von Schule und Betrieben notwendig. Die **berufliche Weiterbildung** als lebensbegleitendes Lernen ist eine starke Säule des Bildungssystems. Förderangebote für Schulabgänger im Übergang in eine berufliche Ausbildung müssen in enger Abstimmung mit dem Berufsausbildungssystem erfolgen. Ziel dieser Fördermaßnahmen muss die Einmündung in eine berufliche Ausbildung sein und darf nicht zu einer „Maßnahmenkarriere“ führen.

Ausbildungsgänge müssen flexibler und modular aufgebaut werden. Dabei sollen in so genannten „Grundmodulen“ berufsfeldbreite Kompetenzen, die mehreren Berufen gemeinsam sind, erlernt werden. In den „Kernmodulen“ werden berufstypische Fertigkeiten und Fähigkeiten erlernt, die dann auch die Abgrenzung der Berufe voneinander begründen. Spezialmodule mit Wahlmöglichkeiten sollen branchentypische Geschäftsfelder fassen und Spezialisierungen ermöglichen. Für diejenigen Auszubildenden, die einen intensiven Förderbedarf haben, muss unbürokratisch auch eine längere Ausbildungszeit möglich sein.

Berufsschulen bilden einen wichtigen Eckpfeiler der beruflichen Ausbildung. Die Ausbildung soll in der Regel im Betrieb erfolgen. Dabei sind **überbetriebliche Ausbildungszentren** eine Möglichkeit, um Ausbildungsinhalte zu vermitteln, die von kleinen, oft spezialisierten Betrieben nicht abgedeckt werden können. Am Ende jeder Ausbildung muss eine **anerkannte Abschlussprüfung** stehen. Diese Prüfung soll weiterhin zentral bei den dafür zuständigen Stellen bundeseinheitlich erfolgen.

Jugendliche mit mangelnder Ausbildungsreife müssen die Möglichkeit haben, sich durch den Abschluss von zertifizierten **Ausbildungsmodulen** nachträglich zu qualifizieren. Höhere Bildungsabschlüsse sind nach wie vor die beste Chance für einen erfolgreichen Beruf und sozialen Aufstieg. Dieser Aufstieg muss für Leistungswillige und Leistungsfähige leichter möglich werden.

Die **betriebliche Weiterbildung soll auch weiterhin staatlich gefördert werden.** Das Prinzip des Vollberufs soll beibehalten werden. Dem stehen Modulausbildungsgänge für Qualifikationen unterhalb des Vollberufs nicht entgegen. Die hochwertigen Kompetenzprofile des Facharbeiters/Gesellen und Meisters sollen erhalten werden.

Lebenslanges Lernen – Leitgedanke liberaler Bildungspolitik

Wir brauchen ein Bildungssystem, das sich an den Lebensphasen eines Menschen ausrichtet und dafür spezifische Angebote entwickelt. Wir müssen die Chancen der frühkindlichen Förderung konsequent nutzen, mit neuen Lernformen in der Schulzeit ernst machen und Potenziale der Älteren besser als bisher durch altersgerechte Weiterbildung erhalten.

Neue Kooperationsformen zwischen Hochschulen, Erwachsenen- und Weiterbildungseinrichtungen sowie der Wirtschaft sollen die Durchlässigkeit in unserem Bildungssystem verbessern. Dazu gehört auch, die Studien- und Weiterbildungsmöglichkeiten von Berufstätigen an den Hochschulen zu verbessern. Die **Verbesserung der Qualität** aller Bildungseinrichtungen durch mehr individuelle Förderung, mehr Eigenständigkeit und Wettbewerb, vor allem aber durch eine bessere Ausstattung muss Priorität haben. Wir wollen einen **Bildungspakt der Generationen**, in dem sich Bürger mit Berufserfahrung, besonders auch junge Menschen, freiwillig engagieren und Kindern und Jugendlichen helfen. Auch Unternehmen sollten verstärkt mit Schulen und anderen Einrichtungen in ihrer Region kooperieren.

Qualität und Innovation durch Wettbewerb auch bei den Hochschulen

Exzellente Forschungs- und Entwicklungsleistungen in allen Wissenschaftsbereichen sind die Basis für die Innovationsfähigkeit unserer Gesellschaft. Sie stärken die Wettbewerbsfähigkeit unserer Volkswirtschaft und erlauben es uns, die Vorteile der Globalisierung zu nutzen. Dazu sind qualifizierte Fachkräfte in allen Disziplinen erforderlich, die das Hochschulsystem gegenwärtig nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung stellen kann.

Ziel der FDP ist es, eine wissenschaftlich exzellente, wirtschaftlich leistungsfähige und qualitativ hochwertige Hochschullandschaft weiter auszubauen und dauerhaft zu sichern. **Ausgaben in diesem Bereich sind notwendige Investitionen in die Zukunft.** Darüber hinaus müssen Mittel und Wege gefunden werden, mehr privates Kapital für die Stärkung von Lehre und Forschung zu gewinnen.

Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels und des internationalen Wettbewerbs um qualifizierte Arbeitskräfte benötigen wir eine größere Zahl von Hochschulabsolventen. Daneben ist die Eliteförderung an den Hochschulen wesentlich für die Zukunftschancen unseres Landes. Die FDP fordert eine Innovationsoffensive. Hochschulen müssen in die Lage versetzt werden, hohe, **wettbewerbsfähige Standards in der Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses und zur Abdeckung des Fachkräftemangels in allen Bereichen zu realisieren**, international anerkannte Spitzenleistungen zu erbringen und den Wissens- und Technologietransfer zwischen Hochschulen und Unternehmen zu verstärken.

Bei dem „**Hochschulpakt 2020**“ muss der zusätzliche Kapazitätsaufbau ausreichend finanziert werden, wobei die Grundpauschale um 25 Prozent angehoben werden soll. Die Exzellenzinitiative sollte auf der Grundlage der Erfahrungen mit den Verfahren und Ergebnissen aus der ersten Runde weitergeführt werden, wobei zukünftig die Lehre stärker als bisher zu berücksichtigen ist. Zudem wird ein vergleichbarer Wettbewerb für die angewandte Forschung und die Lehre an Fachhochschulen angestrebt. Ferner darf das Exzellenzkriterium nicht durch an regionalen Gesichtspunkten ausgerichtete Bundesförderprogramme konterkariert werden. **Die Fachhochschulkapazitäten sollen in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft deutlich ausgebaut werden.**

Unsere Hochschulen brauchen ein Höchstmaß an Autonomie, Gestaltungs- und Entfaltungsfreiheit, damit sie schneller, besser und wettbewerbsfähiger werden. Die FDP fordert die **Abschaffung des Hochschulrahmengesetzes** und die Verankerung der **Autonomie der Hochschulen im Grundgesetz**. Der Staat muss die Fachaufsicht aufgeben und sich aus der Detailsteuerung zurückziehen. Stattdessen sollen die Hochschulen auf der Grundlage konkreter Ziel- und Leistungsvereinbarungen eigenverantwortlich ihre Strategie- und Entwicklungsplanung vornehmen. **Die FDP fordert eine leistungsorientierte Mittelvergabe**, verbunden mit Globalhaushalten und Budgetautonomie. Die Absicherung der so genannten Orchideenfächer kann über Ziel- und Leistungsvereinbarungen sowie länderübergreifende Zentren sichergestellt werden.

Die **Hochschulen brauchen weitgehende Personalhoheit**, um das beste Personal gewinnen zu können. Dazu gehört die Abschaffung der Regelverbeamtung sowie des Vergaberahmens, um wissenschaftsadäquate Vergütungsmodelle zu entwickeln, mit denen sie ihr Personal ohne sachfremde Deckelungen leistungsgerecht bezahlen und sich so international behaupten können. Dies kann durch einen **eigenen Wissenschaftstarifvertrag** erfolgen, der den besonderen Anforderungen des Forschungs- und Lehrbetriebs gerecht wird und von den Anleihen aus dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) und dem Beamtenrecht befreit wird. Starre Altersgrenzen sind gerade in der Wissenschaft inakzeptabel.

Der Wechsel zwischen Wissenschaft und Wirtschaft ist zudem zu erleichtern. Dadurch kann auch der **Wissens- und Technologietransfer zwischen Hochschulen und Unternehmen** sowie die systematische wirtschaftliche Verwertung der Forschungsergebnisse verstärkt werden. Außerdem müssen den Hochschulen bei Unternehmens(aus)gründungen und -beteiligungen größere Handlungsfreiheiten eingeräumt werden.

Die Studierenden sollen sich ihre Hochschule aussuchen können und die Hochschulen ihre Studierenden. Die ZVS (Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen) wird abgeschafft. Die **Sicherung der Qualität des Studienangebotes** soll durch anerkannte **Akkreditierungsagenturen** erfolgen. Das Akkreditierungsverfahren selbst soll durch die Weiterentwicklung von der Programm- zur Systemakkreditierung vereinfacht und von übermäßigem Verwaltungsaufwand entlastet werden.

Deutschland kann es sich nicht leisten, das Potenzial **weiblichen Nachwuchses** nicht auszuschöpfen. Bereits in der Schule muss die Basis gelegt werden, indem verstärkt Mädchen insbesondere für Naturwissenschaften interessiert und gewonnen werden. Wissenschaftlerinnen und Forscherinnen sollten in ihrer beruflichen Entwicklung spezifisch unterstützt werden und die Barrieren, die sie bei einer weiteren Karriereplanung behindern, durch konkrete Angebote abgebaut werden.

In Anbetracht des Mangels an Naturwissenschaftlern und Ingenieuren muss das Interesse an einem Studium dieser Fächer geweckt werden; das kann geschehen durch die Förderung von Kooperationen zwischen Schulen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen wie Schülerakademien, schulbegleitende Hochschulstudien, Sonderprogramme in einzelnen Wissenschaftsbereichen. Das grundsätzliche Interesse und die **Neugierde auf naturwissenschaftliche Zusammenhänge** muss jedoch bereits im frühkindlichen Bereich geweckt werden.

Die FDP will eine verstärkte **Internationalisierung der Lehre** erreichen, indem der Austausch von Studierenden und Lehrenden intensiviert wird, Studienleistungen an ausländischen Hochschulen anerkannt werden und gemeinsame Studiengänge mit ausländischen Hochschulen vermehrt zu einem doppelten Abschluss führen.

Hochschulen brauchen finanzielle Planungssicherheit. Die FDP fordert daher ein **Drei-Säulen-Modell aus staatlicher Grundfinanzierung, Studienbeiträgen und Eigenvermögensaufbau.** Nach dem Prinzip „Geld folgt Student“ sollen im Bereich der Lehre mit Hilfe eines Bildungsgutscheinsystems Hochschulen nach der Anzahl der Studierenden und Absolventen finanziert werden. Im Gegenzug kann die bundeseinheitliche Kapazitätsverordnung abgeschafft und durch Ziel- und Leistungsvereinbarungen mit den Hochschulen ersetzt werden.

Zur **Steigerung der Qualität der Lehre** soll im Wettbewerb um Studierende jede Hochschule selbst entscheiden, ob, in welcher Höhe und für welche Studiengänge sie **Studienbeiträge** erhebt. Diese Mittel müssen direkt und uneingeschränkt den Hochschulen zweckbezogen zur Verbesserung der Studienbedingungen und der Lehre zufließen, ohne dass die staatliche Finanzierung reduziert wird.

Drittmittel für Forschung und Lehre sind ein wesentliches Element des Wettbewerbs zwischen den Hochschulen und eine wichtige zusätzliche Finanzquelle. Die Hochschulen sollen zur Erfüllung ihrer Aufgaben in Forschung und Lehre langfristig eigenes Vermögen bilden. **Stiftungsrecht, Erbrecht und Steuerrecht** sind so zu verändern, dass es für Privatpersonen und Unternehmen attraktiver wird als bisher, Hochschulen finanziell zu unterstützen. Das Hochschulsponsoring soll nicht durch bürokratische Hemmnisse behindert werden. Die Unternehmen sollen ermutigt werden, Stiftungsprofessuren zu vergeben. Drittmittel und Spenden dürfen nicht auf die Grundausstattung angerechnet werden.

Niemand darf aus finanziellen Gründen an einem Studium gehindert werden. Deshalb muss jedem Studierenden gesetzlich ermöglicht werden, die Beiträge „nachlaufend“ zu bezahlen, das heißt, dass die effektive Zahlung erst nach dem Studium und nur bei Erzielung eines ausreichenden Einkommens erfolgt.

Jedem Studierenden soll die Möglichkeit einer **elternunabhängigen Finanzierung** der Lebenshaltungskosten durch Darlehen eröffnet werden. BAföG-Bezieher erhalten wie bei der bisherigen Förderung die Kredite zu vergünstigten Konditionen. Dabei ist die BAföG-Förderung mit den weiteren Kreditprogrammen zur Finanzierung von Studienbeiträgen und Lebenshaltungskosten (zum Beispiel Programmen von KfW und Landesbanken) zusammenzuführen. Eine solche Finanzierung aus einem Guss würde den vielen Studierenden, die bislang keinen Anspruch auf BAföG haben, das Studium erleichtern, den Zwang zur Arbeitsaufnahme verringern und damit die Studienzeiten verkürzen helfen und im Einzelfall eine soziale Absicherung gewährleisten.

Die FDP fordert den Aufbau eines Stipendiensystems auf international üblichem Niveau. Derzeit werden lediglich rund zwei Prozent der Studierenden durch ein Stipendium gefördert. Ziel ist, diesen Anteil auf mindestens zehn Prozent zu erhöhen. Ein von Bund und Ländern gemeinsam finanziertes Anreizsystem soll die Einwerbung privater Mittel zur Einrichtung von Stipendien durch die Hochschulen im Verhältnis 1:1 unterstützen. Die Stipendien sollen in Höhe von 300 Euro im Monat unbürokratisch, unabhängig vom Verdienst der Eltern und allein nach dem Kriterium der fachlichen Leistung vergeben werden. Die Kopplung der Einkommensgrenzen an die Einkommensgrenzen des BAföG entfällt.

Angesichts der Vielzahl und der mangelnden Transparenz bei den verschiedenen Finanzierungs- und Unterstützungsmöglichkeiten im Studium benötigen wir eine **frühzeitige Finanzierungsberatung für Studierwillige** und Studierende, die möglichst noch vor Aufnahme des Studiums maßgeschneiderte Finanzierungspläne unter Einbeziehung des gesamten Spektrums öffentlicher und privater Unterstützungsleistungen anbietet und zur Inanspruchnahme ermutigt, insbesondere, wenn sich dadurch der Studienverlauf begünstigen lässt.

Die FDP will – ergänzend zu den bestehenden Möglichkeiten der Bildungsfinanzierung (BAföG, Darlehen, Stipendien) – den Aufbau von privatem Bildungskapital stärken. Analog zur Bau-sparförderung sollen Bildungssparkonten gefördert werden, die für Aus- und Weiterbildung, Hochschulbildung oder sonstige Formen der Erwachsenenbildung verwendet werden dürfen.

Hochschulen in freier Trägerschaft müssen als gleichberechtigte Partner im Wettbewerb um die besten Köpfe etabliert werden. Wir streben an, Hochschulen in freier Trägerschaft durch faire Wettbewerbsbedingungen einen erleichterten Markteintritt zu ermöglichen, damit diese sich zu einem wichtigen Bestandteil des deutschen Hochschulsystems entwickeln können. Die FDP wird die Möglichkeit schaffen, staatliche Hochschulen in private Formen zu überführen. Im Rahmen des Hochschulpaktes sollen auch die privaten Hochschulen angemessen für zusätzlich geschaffene Studienplätze honoriert werden. Ein Bildungsgutscheinsystem soll auch für private Hochschulen geöffnet werden.

Forschung und Entwicklung stärken

Eine leistungsfähige und freie Forschung ist die Voraussetzung für eine innovationsfähige Gesellschaft, in der neue, marktfähige Produkte entstehen und hochwertige Arbeitsplätze geschaffen werden. In einer globalisierten Welt steht Deutschland im Wettbewerb um die besten Köpfe, knappe finanzielle Ressourcen und die attraktivsten Rahmenbedingungen.

Innovationen entstehen durch Verwertung von Forschungsergebnissen in Produkte, neue Technologien, Verfahren und Dienstleistungen. Nur durch Innovationen können wir unseren Wohlstand und den sozialen Frieden dauerhaft sichern. Doch die Rahmenbedingungen in Deutschland sind nicht optimal. Bürokratische Hindernisse, finanzielle Engpässe, ideologi-

sche Barrieren und tarifrechtliche Verkrustungen erschweren Forschern ihre Arbeit und treiben Wissenschaftler in Länder, in denen sie besser und freier arbeiten können. Deutschland braucht eine **Forschungsfreiheitsinitiative**. Hierzu zählen ein **modernes Zuwanderungs- und Aufenthaltsrecht** für ausländische Fachkräfte und Spitzenforscher und eine **Lockerung der Altersgrenzen** für Wissenschaftler.

Um die Forscherflucht zu stoppen, muss der wissenschaftliche Nachwuchs, insbesondere Frauen, besser gefördert werden. Dabei wird die interdisziplinäre Zusammenarbeit in Graduiertenkollegs und Sonderforschungsbereichen an Bedeutung gewinnen. Zudem sind die Förderung internationaler Promotionsprogramme und Juniorprofessuren wichtige Bausteine bei der Qualifizierung von Nachwuchskräften.

Der **Pakt für Forschung und Innovation** des Bundes und der Länder mit den Forschungsgemeinschaften muss über 2010 hinaus gelten, wobei die jährliche Steigerung der öffentlichen Ausgaben für außeruniversitäre Forschungseinrichtungen nicht nur drei Prozent, sondern fünf Prozent betragen sollte.

Die Forschungseinrichtungen müssen sich außerdem stärker im **Wettbewerb um Fördermittel** bewerben. Die zahlreichen Klein- und Nischenprogramme zur Forschungsförderung müssen gebündelt werden. Der Bund als Fördermittelgeber sollte dabei vordringlich ein bestimmtes Ziel vorgeben – nicht aber, mit welcher Technologie dieses Ziel zu erreichen ist. Zum Wettbewerb gehört auch die **regelmäßige interne und externe Evaluation**. Ressortforschungseinrichtungen des Bundes, die nach einer Bewertung schlecht abschneiden, müssen ihr Profil verändern und gegebenenfalls geschlossen werden.

Beste Forschung braucht einen **effektiven Schutz geistigen Eigentums**. Patentrecht und Urheberrecht müssen forschungsfreundlicher ausgestaltet werden. Patent-Scouts und Innovationsberatungsgutscheine sind eine sinnvolle Ergänzung zu den bestehenden Beratungsmöglichkeiten. Das Steuer- und Haushaltsrecht, das Ordnungs- und Gewerberecht, das Baurecht, das öffentliche Vergaberecht und die Beantragung von Fördermitteln müssen **transparenter, einfacher und anwendungsfreundlicher** werden. Die Kontrolle der Ergebnisse und die Evaluation gehören selbstverständlich zu einer seriösen Forschungspolitik dazu.

Die FDP fordert mehr Freiheit für die staatlichen Forschungseinrichtungen und setzt sich für ein Wissenschaftsfreiheitsgesetz ein, welches den staatlichen außeruniversitären Forschungseinrichtungen wie etwa den Max-Planck-Instituten, den Fraunhofer-Instituten oder den Forschungszentren der Helmholtz- oder der Leibniz-Gemeinschaft die Verantwortung für ihre Sach-, Personal- und Finanzangelegenheiten überträgt.

Staatliche Forschungseinrichtungen sollen zudem eigenverantwortlich über **Kooperationen mit der Wirtschaft** entscheiden können, so dass sie die Möglichkeit erhalten, sich an ausgereiften Unternehmen so zu beteiligen, wie es für sie wirtschaftlich vernünftig ist. Sie sollen Personal im Rahmen eines Globalbudgets eigenverantwortlich einstellen und bezahlen dürfen. Obergrenzen, wie etwa der Vergaberahmen, die uns im Wettbewerb um die besten Köpfe gegenüber anderen Forschungseinrichtungen und Hochschulen Fesseln anlegen, müssen entfallen.

Forschung in Deutschland muss besser finanziert werden. Nach wie vor sind die Hochschulen und die Forschungseinrichtungen in Deutschland unterfinanziert. Deshalb wollen wir das Ziel, **mindestens drei Prozent des BIP für Forschung und Entwicklung auszugeben**, nicht nur quantitativ, sondern vor allem mit qualitativ hochwertiger Forschung so schnell wie möglich erreichen und übertreffen. Hauptproblem für junge Forscher und Unternehmens-

gründer ist der Mangel an Wagniskapital. Instrumente wie der High-Tech-Gründerfonds haben noch nicht genügend Unterstützter aus der Wirtschaft. Wir wollen Erleichterungen für Wagniskapitalgeber (Private-Equity-Gesetz) durchsetzen und das Stiftungsrecht vereinfachen. Wir brauchen eine Verbesserung der Einbeziehung des informellen Kapitalbeteiligungsmarktes der **Business Angels**, um die Finanzierungslücken in der Frühphase von innovativen Unternehmen zu schließen.

Wir wollen den 2007 begonnenen Einstieg in die **Vollkostenfinanzierung** fortsetzen. Die so genannte Overhead-Finanzierung soll von 20 Prozent auf 40 Prozent steigen. Die FDP begrüßt die **Forschungsprämie für Hochschulen und Forschungsinstitute, die mit Unternehmen zusammenarbeiten**. Sie muss mit einem unbürokratischen Antragsverfahren allen Beteiligten zugänglich gemacht werden. Dieses Instrument allein ist aber nicht ausreichend.

Nachteile für den Forschungsstandort Deutschland müssen endlich wieder beseitigt werden. Die forschungsfeindlichen Hemmnisse der jetzigen **Unternehmensteuerreform** müssen fallen. Investitionen in Forschung und Entwicklung (FuE) dürfen in ihrer steuerlichen Abzugsfähigkeit nicht beschränkt werden. Die jetzigen Regelungen bei einer Funktionsverlagerung oder bei einem Mantelkauf behindern Investitionen in Forschung. Andere Länder, allein in Europa sind es 15 Staaten, gehen den Weg einer **steuerlichen Förderung** von Forschung und Entwicklung. Auch die deutsche Wirtschaft braucht eine wirksame steuerliche Forschungs- und Entwicklungs-Förderung (FuE-Förderung). In Deutschland wäre eine steuerliche FuE-Förderung besonders auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) **effizient, flexibel und unbürokratisch**. Eine Stärkung der Innovations- und Investitionskraft der Unternehmen in Deutschland durch ein innovationsfreundliches Steuersystem ist die nachhaltigste Form für ein Konjunkturprogramm.

Freiheit für die Forschung – nein zu Ideologie und Bürokratie

Forscher wollen forschen. Sie wollen nicht mit überbordender Bürokratie die Zeit vergeuden. Die FDP lehnt Denkblockaden und ideologische Fixierung auf bestimmte Technologien ab. Fusionsforschung, kerntechnische Sicherheitsforschung, Stammzellforschung, grüne Gentechnik, Biotechnologie und Nanotechnologie und Raumfahrtprojekte dürfen nicht stigmatisiert, sondern müssen in wettbewerblichen Verfahren unter transparenten und verantwortungsvollen Rahmenbedingungen gefördert werden.

Wir wollen, dass Deutschland dauerhaft einen Spitzenplatz in der weltweiten Forschungslandschaft belegt.

5. Mehr Wohlstand und Lebensqualität durch Freiheit und Verantwortung

Im Interesse kommender Generationen braucht Politik eine Perspektive von Jahrzehnten, nicht von Wahlperioden. Die FDP befürwortet deshalb **ressortübergreifende und indikatorenbasierte Nachhaltigkeitsstrategien** auf nationaler sowie europäischer Ebene. Die Nachhaltigkeitsstrategie muss institutionell abgesichert werden. Der Parlamentarische Beirat für Nachhaltige Entwicklung soll ebenso wie der Rat für Nachhaltige Entwicklung und der Staatssekretärsausschuss der Bundesregierung in der nächsten Wahlperiode weitergeführt werden.

Die FDP unterstützt die **Verankerung der Interessen kommender Generationen im Grundgesetz**: in der Finanzverfassung und in den Staatszielbestimmungen. Beim Schutz der Inte-

ressen kommender Generationen will die FDP eine offizielle **Generationenbilanz für Deutschland**. In der Generationenbilanz werden Leistungen für nachfolgende Generationen – wie Ausgaben für Bildung, Infrastruktur und soziale Sicherheit – ihren Belastungen durch Staatsverschuldung, Pensionslasten und Verpflichtungen aus Generationenverträgen gegenübergestellt. In der Gesetzgebung ist jedes Gesetz einer Nachhaltigkeitsprüfung hinsichtlich ökologischer, ökonomischer und sozialer Folgen für kommende Generationen zu überprüfen. Dabei ist für finanzielle Auswirkungen die Generationenbilanzierung zugrunde zu legen.

Energie sicher und bezahlbar halten

Deutschland braucht ein konsistentes Energiekonzept, das unsere Energieversorgung umweltfreundlich, sicher und bezahlbar macht. **Mobilität und Heizen darf kein Luxusgut sein**. Steigende Preise sind in einer Marktwirtschaft bei steigenden Knappheiten unvermeidlich. Aber: **Der Staat ist der größte Preistreiber** bei den Energiekosten. Wir fordern daher eine spürbare Entlastung aller Bürger von hohen Energiekosten.

Die FDP fordert die **Senkung des Umsatzsteuersatzes auf Energie** von 19 Prozent auf sieben Prozent oder alternativ eine Senkung der so genannten Ökosteuer. Die FDP spricht sich für die **Senkung der Stromsteuer** mittels der Einnahmen aus, die der Staat in Zukunft durch eine Versteigerung von CO₂-Emissionsrechten erzielt.

Die deutschen Energiemärkte müssen stärker an die europäischen Energiemärkte angebunden werden. Dazu ist es erforderlich, die Kapazitäten für Stromimporte aus der EU zu erhöhen, um **grenzüberschreitenden Stromwettbewerb** zugunsten der Verbraucher zu ermöglichen.

Wir wollen **Wettbewerb auf den Energiemärkten**. Dazu muss die heute auf nur vier Unternehmen konzentrierte Herrschaft über die Energieerzeugung aufgebrochen werden. Neuen Unternehmen müssen die Chance und verlässliche Rahmenbedingungen gegeben werden, in den Energiestandort Deutschland zu investieren. Das Bundeskartellamt muss durch Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen in die Lage versetzt werden, als Ultima Ratio marktbeherrschende Monopol- oder Oligopolunternehmen aufzubrechen und zu entflechten.

Wir wollen deshalb auch die **Förderung eines echten europäischen Binnenmarktes** für Gas. Hierzu gehört beispielsweise, dass Deutschland auf eine Marktöffnung auch in denjenigen EU-Mitgliedstaaten drängt, die sich bisher einem Wettbewerb weitgehend entzogen haben. Auf der Gasseite müssen private Unternehmen in die Lage versetzt werden, **langfristige Gaslieferverträge mit Exportländern außerhalb Russlands** abzuschließen und wichtige Infrastrukturprojekte, wie zum Beispiel die Nabucco-Pipeline oder den Ausbau von Flüssiggasterminals, voranzubringen. Die FDP will solche europaweit wichtigen Projekte politisch unterstützen. Auch die Entwicklung von Solidaritätsmechanismen im Rahmen der **Gasbevorratung** ist eine wesentliche Aufgabe, die **nur auf europäischer Ebene gelöst werden kann**. Die FDP will mehr Wettbewerb auf dem Gasmarkt und setzt sich dafür ein, die Gasmarktgebiete in Deutschland weiter zu reduzieren. Dies fördert neben dem Wettbewerb, was unmittelbar den Verbrauchern zugute käme, auch die Liquidität des Marktes.

Die FDP will niedrigere Netzentgelte im Wege einer strikten **Kontrolle der Netzbetreiber** durch Effizienzsteigerung und Versorgungsqualität im Betrieb der Netze erreichen. Der konsequente Weg zur Aufdeckung von Ineffizienzen bei der Erhebung von Netzentgelten wird weiterverfolgt und eine weitergehende Entflechtung der Energienetze angestrebt. Der Anteil der Netzentgelte beim Strompreis darf nur den tatsächlichen Kosten entsprechen.

Die FDP bekennt sich zu dem Industrie- und Energiestandort Deutschland. Moderne, umweltschonende Investitionen tragen dazu bei, Beschäftigung in unserem Land zu sichern. Wir treten für den dringend erforderlichen **Ausbau der Energieinfrastruktur** ein. Ansonsten setzt Deutschland seine Versorgungssicherheit aufs Spiel. Der Genehmigungsstau bei Kraftwerken und Leitungsausbau muss daher schleunigst aufgelöst werden, damit die deutsche Energiewirtschaft in einen modernen und klimafreundlichen Kraftwerkspark in Deutschland investiert und nicht im Ausland. Die FDP will die von den Energieversorgern beabsichtigte Modernisierung und Ertüchtigung der Stromnetze gezielt durch verkürzte Planfeststellungsverfahren ermöglichen.

Energienetze müssen in Zukunft mit intelligenter Technik ausgerüstet werden. Über digitale Zähler können Energiekunden nicht nur ein besseres Bild ihres Energieverbrauches erhalten. Mit Zustimmung des Kunden können über Fernsteuerungs- und Fernauslesbarkeit neuartige Spartarife sowie ein Energiemanagement mit vielen kleinen dezentralen Stromerzeugern bis hin zu virtuellen Kraftwerken realisiert werden.

Das gesellschaftliche Akzeptanzproblem für solche Projekte kann nur von Politik und Energiewirtschaft gemeinsam bewältigt werden. Technikfeindlichkeit darf sich nicht durchsetzen. Sie untergräbt die Technologieführerschaft Deutschlands im wichtigen Feld des Klimaschutzes.

Die deutschen Energiemärkte müssen stärker an die europäischen Energiemärkte angebunden werden. Dazu ist es erforderlich, die Kapazitäten für Stromimporte aus der EU zu erhöhen, um **grenzüberschreitenden Stromwettbewerb** zugunsten der Verbraucher zu ermöglichen.

Wir wollen auch in Zukunft die Versorgungssicherheit in Deutschland durch einen ideologiefreien Mix aus Energieträgern und Erzeugungstechnologien sichern. Bezugsquellen fossiler Rohstoffe sind breit zu streuen, um einseitige Abhängigkeiten von einzelnen Lieferländern oder Energieträgern zu vermeiden. Erforderlich ist eine **strategisch angelegte Energieaußenpolitik**. Für Deutschland als eine in hohem Umfang auf Energieimporte angewiesene führende Industrienation ist die verlässliche Versorgung mit Energie von großer Bedeutung. Insbesondere im Rahmen der EU müssen die Mitgliedstaaten an einer Energiestrategie arbeiten, die neben der **Solidarität in Krisenfällen** insbesondere auch ein **einheitliches Auftreten nach außen** sicherstellt. Stabilität, technische Standards und marktwirtschaftliche Rahmenbedingungen können im Zuge einer Zusammenarbeit mit den Lieferländern exportiert werden und auf diesem Wege zu einer friedlicheren Welt beitragen.

Klima schützen durch globales und europäisches Handeln

Klima- und Ressourcenschutz sind weltweit die herausragenden umweltpolitischen Herausforderungen unseres Jahrhunderts. Sie begründen sich in der **Verantwortung gegenüber kommenden Generationen** und der Vorsorge für eine langfristig tragfähige wirtschaftliche und ökologische Entwicklung.

Die FDP begrüßt die **Beschlüsse des Europäischen Rates**, bis 2020 den Ausstoß der Treibhausgase um 20 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren, als ersten wichtigen Schritt. Erforderlich ist aber eine Senkung um 30 Prozent in der EU bis 2020. Hierzu soll auch Deutschland im Rahmen einer gerechten Lastenverteilung seinen Anteil erbringen. Angesichts eines Anteils der EU von 16 Prozent an der globalen Kohlendioxidemission helfen Insellösungen aber

nicht, wenn sie ausschließlich zu Produktionsverlagerungen führen. Wir brauchen einen Entwicklungspfad für 2050 mit einer Reduzierung um 60 bis 80 Prozent in den Industrieländern.

Die FDP setzt sich für verbindliche, ambitionierte und weltweite Klimaschutzziele im Rahmen eines **Post-Kyoto-Abkommens** ein – unter Einschluss der USA, Chinas und Indiens. Vorrangiges Ziel ist ein **globaler Kohlenstoffmarkt**. Leitlinie für alle muss sein, Kohlenstoffdioxid (CO₂) dort einzusparen, wo es am günstigsten ist.

Die FDP legt beim Klimaschutz ein hohes Gewicht auf den **Emissionshandel**. Er gewährleistet einen wirksamen Umweltschutz zu den geringsten wirtschaftlichen Kosten. Er kann zahlreiche Regulierungen, Subventionen und Umweltsteuern ersetzen. Beim Emissionshandel begrenzt der Staat die Menge zulässiger Treibhausgase durch die Ausgabe von Emissionsrechten, die dann auf dem Markt frei gehandelt werden. Die FDP will den Emissionshandel über die bisherigen Bereiche Industrie und Energie sowie Luftverkehr auch auf den gesamten **Verkehrs- und Wärmesektor** ausweiten. Dadurch bedingte Zusatzbelastungen für den Verbraucher sind durch Steuersenkungen auszugleichen. Ansatzpunkt für diese Sektoren soll dort die oberste Handelsebene von Brennstoffen sein. Die FDP fordert zügige Verhandlungen, um den EU-Emissionshandel mit bestehenden und geplanten Handelssystemen zum Beispiel in Nordamerika und Australien zu vernetzen.

Die FDP begrüßt, dass im Klima- und Energiepaket der EU der Emissionshandel als zentrales Element kosteneffizienter Klimapolitik weiterentwickelt wurde. Es ist sinnvoll, **Emissionsrechte zunehmend marktwirtschaftlich durch Versteigerung zu verteilen** und zugleich die besondere Situation energieintensiver Branchen im internationalen Wettbewerb zu berücksichtigen. Die FDP setzt sich dafür ein, dass die rechtlichen Spielräume zur Verwendung der Versteigerungserlöse national voll ausgeschöpft werden. Die FDP will die Versteigerungserlöse zur **Senkung der Stromsteuer** und gegebenenfalls anderer Energiesteuern nutzen, denn diese verlieren im Emissionshandels-System ihre ökologische Lenkungswirkung.

Die FDP fordert einen wirksameren **Technologietransfer** in die Entwicklungsländer. Dabei muss geistiges Eigentum gewahrt bleiben. Wir brauchen mehr Initiativen zur Umsetzung von Klimaschutzprojekten in Entwicklungsländern – durch konsequente Nutzung des „Clean Development Mechanism“ (CDM), die Anrechnung von Aufforstungsprojekten und Maßnahmen zur **Vermeidung von Abholzung**. Gleichzeitig muss der CDM reformiert werden, so dass die Zusätzlichkeit der Projekte sichergestellt ist. Im Gegenzug kann dann die Deckelung der CDM-Projekte in der EU-Emissionshandelsrichtlinie entfallen.

Die FDP unterstützt aus Gründen des Klima- und Ressourcenschutzes und der Versorgungssicherheit das Ziel der Europäischen Union, den **Anteil der erneuerbaren Energien bis 2020 auf 20 Prozent am Primärenergieverbrauch** zu erhöhen. Die FDP befürwortet nachdrücklich die Regelung in der Erneuerbaren-Energien-Richtlinie, wonach im Verkehr die Nutzung regenerativen Stroms in Elektroautos stärker angerechnet wird als die Nutzung von Biokraftstoffen. Die Nutzung der Elektromobilität ist in Europa systematisch voranzutreiben. Bei heimischer oder importierter Biomasse muss die EU eine international wirksame Zertifizierung in die Praxis umsetzen, die sicherstellt, dass weder die Nutzung von Lebens- und Futtermitteln noch die Kraftstoff- und Stromproduktion hieraus die Abholzung des Regenwaldes oder anderer ökologisch sensibler Gebiete fördert.

Die FDP fordert, die Strategie eines Stromverbundes mit Nordafrika (DESERTEC) innerhalb der Mittelmeerunion mit Nachdruck zu verfolgen, um Solarenergie und Windenergie und deren Speicherung in größeren Mengen effizient zu nutzen. Neben der Marktöffnung durch grenzüberschreitenden Netzausbau müssen Mittel für Forschung und Entwicklung insbeson-

dere hinsichtlich der hocheffizienten Stromübertragung verstärkt werden. Die Eigentumsrechte an den transkontinentalen Leitungen sind so zu gestalten, dass ein diskriminierungsfreier Zugang für die Anlagenbetreiber gesichert ist.

Die FDP sieht Klimaschutzpolitik als Wettbewerbsmotor. Eine gut konzipierte Klimaschutzpolitik, die frühzeitig energie- und klimateffizientes Verhalten aller Akteure belohnt, ist eine vernünftige Wirtschaftspolitik. **Zentrale Klimaschutzstrategien sind mehr Energieeffizienz und Energiesparen,** um den Energiebedarf zu drosseln. Die größten Potenziale zur Energieeinsparung liegen in der Wärmedämmung des Gebäudebestands, in energieoptimierten technischen Produkten und in einem energiebewussten Verhalten jedes Einzelnen. Die FDP will keine überzogenen Regulierungen wie das Glühbirnenverbot. Vielmehr wollen wir eine ökologische Konsumentenverantwortung, das heißt, eine bewusste Entscheidung des Einzelnen aufgrund transparenter Verbraucherinformationen. Strom- und Gasrechnungen müssen jedem Verbraucher ein genaues und verständliches Bild seines Energieverbrauchs geben – auch im Verlauf über das Jahr. Der Anteil staatlicher Belastung der Energiepreise muss dabei klar ersichtlich sein. **Stromnetze mit intelligenter Technik** müssen es den Energiekunden ermöglichen, sich über den aktuellen Stromverbrauch und den Einfluss einzelner Haushaltsgeräte zu informieren und die eigene Stromnachfrage optimal zu steuern.

Klimaschutz, Ressourcenschonung und Versorgungssicherheit für unser Land – diese Ziele verlangen nach **Alternativen zu Kohle, Öl und Gas.** Abnehmende Rohstoffreserven, langfristig steigende Preise für fossile Energieträger sowie eine Konzentration der wirtschaftlich erschließbaren Reserven in politisch instabilen Regionen der Welt kennzeichnen die Zukunft. Langfristig strebt die FDP eine CO₂-neutrale Energieversorgung an. Mittelfristig brauchen wir einen **Energiemix,** der Klimaschutz, Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit vereint.

Der **deutliche Ausbau erneuerbarer Energien und die Förderung von Energiespeichertechniken** leisten einen Beitrag zum Klimaschutz und zur Versorgungssicherheit Deutschlands. Er bietet zugleich die Grundlage für die weitere technologische Entwicklung und die Technologieführerschaft deutscher Unternehmen in diesem Sektor. Dabei müssen alle Nutzungspfade erneuerbarer Energien (**Strom, Wärme, Mobilität**) einbezogen werden. Die Ziele zum Ausbau erneuerbarer Energien müssen **so kostengünstig wie möglich** umgesetzt werden.

Im Stromsektor will die FDP **mehr Wettbewerb** zwischen den erneuerbaren Energien ermöglichen. Auch im System des Emissionshandels ist vor allem aus Versorgungssicherheitsgründen ein gesondertes Förderinstrument für erneuerbare Energien erforderlich. Denn ansonsten würden die Klimaschutzziele vor allem durch den Brennstoffwechsel hin zu Gas umgesetzt.

Von zentraler Bedeutung für den Markteintritt neuer Akteure und für den kostengünstigen Ausbau der erneuerbaren Energien ist dabei die Verlässlichkeit und Kalkulierbarkeit der Förderung. Das deutsche **Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG)** baut auf dem unter maßgeblicher Beteiligung des damaligen Vizekanzlers Hans-Dietrich Genscher eingeführten Stromeinspeisegesetz auf. Die bisherigen Vergütungen für Strom aus erneuerbaren Energien müssen entsprechend dem technologischen Fortschritt und den dadurch gesunkenen Entstehungskosten weiter gesenkt werden. Die vollen **Kostensenkungspotentiale müssen genutzt werden,** um schnellstmöglich die Wettbewerbsfähigkeit mit konventionell erzeugtem Strom zu erreichen. Dazu sind insbesondere die ökonomisch und ökologisch sinnvolle Nutzung von Gülle, organischen Reststoffen aus der Land- und Ernährungswirtschaft sowie von Restholz und Holz aus Agroforstsystemen voranzutreiben.

Die Förderung soll in zweijährigem Abstand überprüft und nur bei nachweisbarem Entwicklungsfortschritt in der jeweiligen Technologie fortgesetzt werden. Dabei sind besonders die Kriterien der Marktdurchdringung, der Preisentwicklung, der Kostendegression und der Exportfähigkeit der Produkte zu berücksichtigen. Bei einer Überförderung ist die künftige Förderung unter Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit den tatsächlichen Notwendigkeiten zur weiteren Entwicklung anzupassen. Dann sind die Erhöhung von planmäßigen Degressionen und die Verkürzung von Förderzeiträumen in Betracht zu ziehen.

Die **vorrangige Netzeinspeisung** bleibt erhalten. Um erneuerbare Energie auch aus den Quellen Wind und Sonne zu einer jederzeit verfügbar sicheren Energiequelle zu machen, brauchen wir völlig neue Formen der **Energiespeicherung**, zum Beispiel Druckluftspeicher oder Fahrzeuge mit Elektroantrieb. Die Forschung für die Speicherung fluktuierender erneuerbarer Energien muss mit Nachdruck intensiviert werden.

Wir stehen zur Privilegierung der erneuerbaren Energien im Baugesetzbuch. Wir möchten den Kommunen vor Ort aber mehr Mitsprachemöglichkeiten bei der Standortwahl geben.

Alle Beschränkungen für die **Direkteinspeisung von Biogas** sollen aufgehoben werden. Die Beimischungsquote für Biokraftstoffe soll zunächst auf dem jetzigen Niveau eingefroren und unter Wahrung des Vertrauensschutzes mittelfristig abgeschafft werden. Statt die Quote zu erhöhen, sollen reine Biokraftstoffe durch eine auf Cent pro Liter bezogene Steuervergünstigung gefördert werden.

Die FDP will die **Kohleverstromung klimaverträglicher machen**. Die Technologie der CO₂-Abscheidung und -Einlagerung muss durch Pilotprojekte und die zügige Schaffung eines sicheren Rechtsrahmens gefördert werden. Neue Kohlekraftwerke dürfen nur noch ans Netz gehen, wenn zumindest eine **Nachrüstung mit CO₂-Abscheidung** möglich ist. Die Option für eine Nutzung des CO₂ muss als Alternative zur Einlagerung weiter erforscht und rechtlich offen gehalten werden. Der Bau von Pipelines zum Transport von CO₂ vom Kraftwerk zur Lagerstätte soll durch die analoge Anwendung des Planungsbeschleunigungsgesetzes erleichtert werden. Leitungskorridore von Schwerpunkten der Kraftwirtschaft zu möglichen Speicherstandorten sind planerisch frühzeitig vor konkurrierenden Einflüssen, die die Nutzung wesentlich erschweren oder gar unmöglich machen, zu sichern.

Generell ist die Kohleverstromung aus Gründen der Versorgungssicherheit und der preisgünstigen Grundlastversorgung auf absehbare Zeit erforderlich. Die FDP befürwortet deshalb den **Bau neuer, hocheffizienter Kohlekraftwerke**. Da die Stromproduktion im Emissionshandel mit festen CO₂-Obergrenzen erfolgt, erhöht ein neues Kraftwerk den CO₂-Ausstoß nicht, sondern verdrängt durch seine Nachfrage nach Emissionsrechten alte ineffiziente Anlagen.

Der Ausstieg aus der Kernenergie ist zum jetzigen Zeitpunkt ökonomisch und ökologisch falsch. Wir brauchen die **Kernenergie als Übergangstechnologie**, bis erneuerbare Energien in ausreichendem Umfang grundlastfähigen Strom erzeugen können oder die CO₂-Abscheidung und -Einlagerung für Kohlekraftwerke im großtechnischen Maßstab zur Verfügung steht. Die **Laufzeiten sicherer Kernkraftwerke** müssen daher in diesem Sinne **verlängert werden**. Im Gegenzug müssen sich die Kernkraftwerksbetreiber dazu bereit erklären, einen Teil der finanziellen Vorteile an eine zu gründende „Deutsche Stiftung Energieforschung“ abzuführen. Die Erträge der Stiftung sollten zur Forschung an innovativen Energietechnologien eingesetzt werden. Dabei sind vorrangig Speichertechnologien für erneuerbare Energien zu erforschen.

Die **Sicherheit der deutschen Kernkraftwerke** muss auch weiterhin auf höchstem Niveau sichergestellt und fortentwickelt werden. Dies gilt insbesondere auch für das Sicherheitsmanagement und die Sicherheitskultur in den Anlagen. Absehbaren Personalproblemen bei der Atomaufsicht ist entgegenzuwirken. Der europäische Kommunikationsfluss muss präventiv und bei besonderen Vorkommnissen verbessert werden.

Deutschland braucht unabhängig vom Weiterbetrieb der Kernkraftwerke dringend eine **sichere Lösung für den Verbleib hochradioaktiver Abfälle**. Das Moratorium zur Erkundung des Salzstocks Gorleben ist aufzuheben, die Erkundungsarbeiten zügig und ergebnisoffen fortzusetzen, um eine abschließende Aussage über die Eignung des Standorts Gorleben als mögliches Endlager für hochradioaktive Abfälle treffen zu können. Insgesamt strebt die FDP an, das Thema Endlagerung hochradioaktiver Abfälle bis zum Ende der anstehenden Legislaturperiode zu einer endgültigen Klärung zu führen.

Mündige Verbraucher stärken

Verbraucherpolitik ist Wirtschaftspolitik für den Konsumenten. Liberale Verbraucherpolitik setzt auf eine **Stärkung des Menschen im Markt** und nicht auf Schutz vor dem Markt. Moderne Verbraucher wollen nicht vom Staat bevormundet werden, sondern bessere Information, mehr Wissen über die Märkte und effektive Verbraucherrechte. Unser Leitbild ist die Befähigung des Verbrauchers zu eigenverantwortlichen und selbstbestimmten Entscheidungen.

Die FDP will eine **umfassende Verbraucherbildung sowie Aufklärung und Zugang zu Informationen**. Die unentbehrlichen Beratungs- und Informationsaktivitäten von Verbraucherzentralen und unabhängigen Organisationen wie der Stiftung Warentest sind auszubauen und durch eine solide Finanzierung langfristig abzusichern. Verbraucher müssen einen einfachen, unverzüglichen und umfassenden Zugang zu den für sie wichtigen Informationen haben. Das geltende Verbraucherinformationsgesetz muss daher reformiert und auf alle Produkte und Dienstleistungen ausgedehnt werden. Die Möglichkeit der Behörden, abschreckende Gebühren für einfache Informationen zu erheben, ist zu unterbinden. Alle Informationsrechte sind in einem Gesetz zusammenzufassen, um die Ausübung der Verbraucherrechte zu erleichtern. Die Informationen zu langlebigen Wirtschaftsgütern bezüglich Energie- und Wasserverbrauch müssen optimiert werden.

Die FDP setzt im Ernährungsbereich neben gesetzlichen Initiativen zum Verbraucherschutz verstärkt auf **Eigenverantwortung, Anreizsysteme und Wettbewerb**. Wir wollen eine **transparentere Nährwertkennzeichnung** der Lebensmittel. Liberale sind aber gegen die politische Steuerung des Konsums und Bevormundung der Verbraucher. **Werbeverbote** für vermeintlich ungesunde Lebensmittel **und ein Ampelsystem zur Lebensmittelkennzeichnung lehnen wir daher ab**.

Die FDP fordert die **rechtliche Absicherung der Konsumentensouveränität**, wo dies zwingend erforderlich ist. So sollten Kredite nur mit Einwilligung des Schuldners veräußerbar sein, um einen optimalen Darlehensnehmerschutz vor allem bei Kreditverkäufen an Finanzinvestoren zu gewährleisten. Auch die Abwehrrechte des Schuldners gegen missbräuchliche Zwangsvollstreckungen in sein Vermögen müssen gestärkt werden.

Jeder sollte das Ausmaß an **telefonischer Werbung** in den eigenen vier Wänden selbst und ohne Belästigung durch unerlaubte Werbeanrufe bestimmen können. Einzuführen ist eine Identifizierungspflicht des Anrufers beziehungsweise des Unternehmens, für das geworben

wird. Es soll eine einheitliche Vorwahl für alle Telefonwerber eingeführt werden, die jeder-mann die Werbeabsicht bereits auf dem Display seines Telefons anzeigt.

Notwendig ist die **Bekämpfung von Kartellen und Monopolstrukturen**. Ohne funktionieren-den Wettbewerb zahlen Verbraucher höhere Preise und können ihre Konsumentenmacht als Nachfrager nicht nutzen.

Fahrgastrechte müssen gestärkt werden. Im Bahnverkehr sollte jeder Fahrgast bereits ab 30 Minuten Verspätung entschädigt werden, denn Fahrgastrechte müssen so wirksam sein, dass sich Pünktlichkeit für die Bahn lohnt. Die von der EU definierten **Fluggastrechte** müssen wirksamer als bisher durchgesetzt werden. Dazu muss das Luftfahrtbundesamt personell in die Lage versetzt werden, Verstößen nachzugehen und konsequent Sanktionen zu verhängen. Die FDP wird sich dafür einsetzen, dass eine **Entschädigungsregelung für Passagiere bei sehr großen Verspätungen** eingeführt wird, die der eines annullierten oder überbuchten Fluges entspricht. Außerdem wollen wir gesetzlich festlegen, dass Passagiere nach einem **Startabbruch** oder bei kurzfristigen Reparaturen am Flugzeug das Recht haben, aus diesem Flugzeug auszusteigen.

Die Finanzkrise hat gezeigt: Der **Verbraucherschutz bei Finanzdienstleistungen muss verbessert werden**. Wir brauchen mehr Produktwahrheit, Produktklarheit und Risikotransparenz als Mindestanforderungen an Finanzprodukte und Beratung. Banken und Finanzvermittler müssen für die Risikoeinstufung ihrer Kunden und ihrer Produkte einstehen. Schadensersatzansprüche bei Fehlberatungen müssen schneller und effektiver geltend gemacht werden können – Schiedsgerichte und Beweiserleichterungen sind bewährte Möglichkeiten.

Die wichtigsten **Verbraucherschutzrechte sollten in Europa vereinheitlich werden**, damit Verbraucher und Unternehmen Rechtssicherheit auch dann haben, wenn Produkte und Dienstleistungen aus anderen Ländern des Binnenmarktes genutzt werden.

Natur schützen, Lebensräume erhalten

Biologische Vielfalt ist Grundlage für das menschliche Leben. Das Verschwinden einer Art ist eine Form von Umweltzerstörung, die der Mensch nicht rückgängig machen kann. Die FDP will den **Rückgang der biologischen Vielfalt stoppen** und das Einwandern von gebietsfremden, invasiven Arten mindern. Wir müssen europaweit wild lebende Pflanzen und Tiere erhalten sowie ihre natürlichen Lebensräume entwickeln. Der Schutz der biologischen Vielfalt ist eine Querschnittsaufgabe, die in allen Politikfeldern Berücksichtigung finden muss.

Ein Ziel jeglicher **Biodiversitätsstrategien** ist es, die Vielfalt genetischer Informationen zu erhalten. Verschiedene Pflanzenarten kommen nur noch in wenigen Exemplaren vor. Für diese Arten ist der Erhalt in Saatgut-Genbanken oder in Botanischen und Zoologischen Gärten zwingend. Nur durch einen solchen Ex-situ-Schutz außerhalb ihres Vorkommens in der Natur wird der Erhalt der Art in ausreichender innerartlicher Diversität zur Vermeidung von Inzucht gewährleistet. Die FDP will den **Ex-situ-Schutz** der vom Aussterben bedrohten Arten, die durch den Schutz ihrer Lebensräume (In situ) nicht erhalten werden können. Dafür brauchen wir zur Umsetzung des Beschlusses von Den Haag nach dem Vorbild von Großbritannien oder Spanien eine nationale **Saatgut-Genbank**.

Wir werden die **Forschungsanstrengungen zur Biodiversität** als eigenständiges Forschungsfeld besser fördern. Erforderlich ist eine bessere Vernetzung der Biodiversitätsforschung auf europäischer und internationaler Ebene, zum Beispiel bei Naturkundemuseen. Ein Ansatz dazu ist der Ausbau von Datenbanken, die einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht wer-

den sollten. In Ergänzung mit Saatgut-/Samenbanken könnte so ein europa- und weltweit verfügbares „**Archiv der Natur**“ entstehen.

Wir werden einen **Naturschutz mit den Menschen** gestalten. Naturnutzer – dazu gehören auch Landwirte, Jäger, Fischer, Wanderer, Segler und anderer Sportler – sind Partner und nicht Gegner im Naturschutz. Dieser muss viel mehr als bisher mit den Eigentümern und Nutzern entwickelt werden, denn sie haben ein ureigenes Interesse an einer nachhaltigen Nutzung. Deshalb setzen wir verstärkt auf freiwillige Maßnahmen und den Vertragsnaturschutz, erst nachrangig auf hoheitliche Schutzgebietsverordnungen und Verbote. Dabei befürwortet die FDP, dass sich die Natur in geeigneten Bereichen auch ohne menschliche Eingriffe entwickeln soll. Wir wollen gemeinsam mit den Naturnutzern die Umweltbildung der Menschen fördern. Denn nur wer die Natur kennt, weiß auch um die Bedeutung, diese zu schützen.

Durch die vermehrte Flächeninanspruchnahme für Siedlungs- und Verkehrsflächen werden **Böden versiegelt** und **natürliche Lebensräume zerschnitten**. Verkehrs- und Siedlungsprojekte müssen deshalb vor ihrer Realisierung kritisch geprüft werden. In der Regel ist eine **Verdichtung bestehender Siedlungen** und Flächenrecycling von Industriebrachen und Konversionsflächen einer Neuausweisung von Baugebieten vorzuziehen. Bei Verkehrswegen ist besonders die Zerschneidung – im Sinne des Biotopverbundes – von Lebensräumen und Agrarflächen zu verhindern. Nicht vermeidbare Zerschneidungen sind auszugleichen, zum Beispiel durch **Wildbrücken**.

Wir werden die politischen Ziele zur Flächeninanspruchnahme stärker auf Naturschutzziele ausrichten. Das 30-Hektar-Reduktionsziel der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie ist ungeeignet, weil es nicht die tatsächlich versiegelte oder genutzte Fläche als Indikator vorsieht, sondern die geplante Fläche. Die FDP will, dass sich das Reduktionsziel stärker an der tatsächlichen Zerschneidung oder Versiegelung von Lebensräumen sowie an der regionalen Verteilung der Flächeninanspruchnahme orientiert.

Ein **unbürokratisches, einfaches und einheitliches Umweltgesetzbuch** darf nicht länger parteitaktischen Spielen geopfert werden: Effizientere Genehmigungen bei gleichen Umweltstandards sind wichtig für Unternehmer und Umwelt. Insgesamt muss das **Naturschutzrecht entrümpelt** werden, ohne dass dabei der Schutz der Natur zu kurz kommt. Dies gilt sowohl für das Bundes- und das Landesrecht als auch für die Überarbeitung der FFH-Richtlinie (Fauna-Flora-Habitat) der EU im Jahr 2010. Sie lassen derzeit zu wenig Abwägungsspielraum. Dabei geht es nicht darum, den Naturschutz zu verwässern, sondern um eine flexiblere und **fallgerechtere Beurteilung von Projekten**.

Die deutschen Regelungen zur **Kompensation von Eingriffen** in die Natur sind reformbedürftig: Der richtige Grundgedanke darf nicht wie bisher zu unnötiger Bürokratie und Ersatzmaßnahmen auch in Bagatellfällen führen. Die **Bewertungsverfahren** zur Ermittlung des Ausgleichsbedarfs sind zu vereinfachen. Neben der verstärkten Nutzung von **Ökokonten** soll das so genannte **Ersatzgeld** anderen Instrumenten der Kompensation gleichgestellt werden. Dabei wird zum Ausgleich eines Eingriffes zweckgebunden Geld gezahlt, das in bedeutende Maßnahmen des Naturschutzes investiert wird, anstatt einen Flickenteppich kleiner Ausgleichsmaßnahmen mit geringerer Wirkung umzusetzen.

Flüsse und Seen sind Lebensraum für Tiere und Pflanzen. Zugleich dienen sie der Erholung der Menschen. In der Gewässerpolitik wollen wir die weitere Verbesserung der biologischen und chemischen Qualität der Gewässer. Deshalb begrüßt die FDP die europäische **Wasserrahmenrichtlinie** als ein wichtiges Instrument der Gewässerpolitik und fordert eine bessere Umsetzung vor Ort. **Frei fließende Flüsse** und Flussabschnitte haben einen hohen ökologi-

schen Wert. Nicht nur zum Hochwasserschutz muss den Gewässern mehr Raum gegeben werden. Ein Bau von **Stautufen** in Elbe und Donau ist abzulehnen. Die Durchgängigkeit der Flüsse für wandernde Fische, zum Beispiel für Aale, muss möglichst durch **Fischwanderhilfen** wiederhergestellt werden. Unabdingbare Voraussetzung für eine weitere Vertiefung der Unterelbe ist, dass die Deichsicherheit gewährleistet bleibt.

Für die FDP hat der **Tierschutz** seit Jahren eine zentrale Bedeutung. Ein Meilenstein ist die Verankerung des Tierschutzes als Staatsziel im Grundgesetz, die durch mehrere Initiativen der FDP erreicht wurde. Im Mittelpunkt unserer zukünftigen Bemühungen steht die **Verringerung der Anzahl von Tierversuchen** durch den verstärkten Einsatz von Alternativmethoden. Erfolgreicher Tierschutz kann nur auf europäischer und internationaler Ebene und nicht durch nationale Sonderwege verwirklicht werden. Schließlich setzt sich die FDP für eine **artgerechte Tierhaltung** und -ernährung ein.

Globale Naturressourcen erhalten und nachhaltig nutzen

Der weltweite **Schutz der biologischen Vielfalt** hat das Ziel, das genetische Reproduktionspotenzial für kommende Generationen zu erhalten. **Internationale Natur- und Artenschutzabkommen** sind bedeutend für die Koordination der Maßnahmen. Das Zusammenspiel zwischen international bestehenden Verpflichtungen im Rahmen der Konferenz für biologische Vielfalt, der WTO, der Biopatentrichtlinie und des Europäischen Patentübereinkommens sowie des zu schaffenden Regimes zum Schutz des Wissens lokaler Gemeinschaften vor Biopiraterie (sog. „ABS“) muss verbessert werden. Wir brauchen mehr Mittel für einen international koordinierten Prozess zur wissenschaftlich fundierten **Bestandsaufnahme der biologischen Vielfalt** und zur Definition klarer Ziele.

Gerade der Meeresschutz ist auf effektive internationale Zusammenarbeit angewiesen. Zum Schutz der Meeresflora und -fauna muss auch seitens der EU darauf hingewirkt werden, dass ein **globales System von Meeresschutzgebieten** geschaffen wird.

Die **Nord- und die Ostsee** mit ihren überragenden Bedeutungen als Rast- und Lebensraum für eine Vielzahl von Vögeln und Meerestieren bedürfen des besonderen Schutzes. Wir Liberale stehen für die Erhaltung, die geeignete Entwicklung und nachhaltige Nutzung der **Meeresumwelt**, der Küsten und der Feuchtgebiete. Die Liberalen wollen beim Meeresschutz zudem die **Überdüngung der Meere** verringern und **Schiffsunfällen** besser vorbeugen.

Für uns Liberale ist der Küstenschutz eine gesamtstaatliche Aufgabe. Aufgrund des klimabedingten Meeresspiegelanstiegs und den damit verbundenen neuen Anforderungen an die Deichsicherheit wird sich die FDP auch weiterhin für eine zeitgemäße Mittelausstattung des Küstenschutzes sorgen.

Wir brauchen eine **nachhaltige Fischerei**, die die Bestände erhält, artgerecht ist und den Tierschutz sichert. Das ist bei der Ausgestaltung der EU-Fischereiabkommen stärker umzusetzen. Die privatwirtschaftliche Zertifizierung der Fischerei wie zum Beispiel durch den MSC (Marine Stewardship Council) unterstützt dabei die Sicherung der Fischbestände. Illegale Fischerei muss wirksam bekämpft und streng geahndet werden. Ein **Verbot der Grundschleppnetz-Fischerei** und der **industriellen Fischerei**, die auf die Gewinnung von Fischmehl zur Verfütterung ausgerichtet ist, wird von den Liberalen unterstützt. In jedem Fall muss die Industriefischerei durch die Ausweisung von Vorrang- und Ausschlussgebieten eingedämmt werden. Da das Grundnahrungsmittel Fisch durch die Überfischung der Meere gefährdet ist, müssen zudem Rahmenbedingungen für die nachhaltige **Aquakultur** von See- und Süßwasserfischen in Deutschland verbessert werden.

Beim **Urwaldschutz** ist der illegale Holzeinschlag weiterhin das größte Problem. Nur durch konsequente **Armutsbekämpfung** in den betroffenen Ländern in Verbindung mit der Holzertifizierung kann dies gelöst werden. Die FDP unterstützt nachdrücklich Modelle zur **Honorierung vermiedener Abholzung**, wobei die Mittel in Projekte fließen sollen, die der örtlichen Bevölkerung wirtschaftliche Alternativen bieten. Die EU muss darauf hinwirken, dass die **Rechte indigener Völker** in Entwicklungsländern gewahrt und ihr Wissen zum Waldschutz genutzt werden. Zudem sind Maßnahmen gegen den Handel mit illegal eingeschlagenem Tropenholz zu treffen. Neben der Politik ist auch der Verbraucher aufgefordert, durch entsprechende Nachfrage nach zertifizierten Holzprodukten für einen Schutz unserer Naturressourcen zu sorgen.

Für eine auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Wirtschaft ist die **Produktion nachwachsender Rohstoffe für die stoffliche wie auch die energetische Nutzung** von herausragender Bedeutung. Die Nutzung von Pflanzenölen als Schmierstoff, Erucasäure in der Tensidproduktion für Waschmittel, Hanf als Dämmmaterial, Stärke in der Papier- und Klebstoffproduktion oder Farbstoffe aus Algen zeigen die Bandbreite der stofflichen Nutzung nachwachsender Rohstoffe.

Gleichzeitig wird **die energetische Nutzung nachwachsender Rohstoffe angesichts steigender Rohölpreise immer attraktiver**. Zurzeit beruht die Produktion erneuerbarer Energien in Deutschland zu 75 Prozent auf der Nutzung von Biomasse. Während die Nachhaltigkeit der Biomasseproduktion auf EU-Ebene durch die strengen **Cross-Compliance-Regelungen** sichergestellt ist, gilt dies nicht für Biomasseimporte insbesondere aus Ländern der Dritten Welt. Es muss gewährleistet werden, dass Biomasseimporte nicht zur Zerstörung von Regenwäldern und anderer Gebiete mit hoher biologischer Vielfalt und Bedeutung für den Klimaschutz führen.

Liberaler werden die Voraussetzungen für die **energetische Nutzung von Biomasse** so gestalten, dass sie den Anforderungen an eine nachhaltige Ressourcenwirtschaft entsprechen. Zusätzliche ökologische Belastungen und die Konkurrenz zum Nahrungsmittelanbau müssen vermieden werden. Im Vergleich mit Mais und anderen Pflanzen bietet der Anbau von Pappeln, Weiden und Robinien hinsichtlich geringer CO₂-Vermeidungskosten und hoher Flächeneffizienz besondere Vorteile.

Mobilität für Arbeitsplätze, Wirtschaftswachstum und eine saubere Umwelt

Mobilität ist ein Grundbedürfnis von Menschen und Voraussetzung für individuelle Lebensqualität und Wirtschaftswachstum. Eine gute Verkehrsinfrastruktur ist ein zentraler Standortfaktor für eine wettbewerbsfähige deutsche Volkswirtschaft und damit Voraussetzung für Arbeitsplätze und Wohlstand. Die FDP lehnt die ideologisch geprägten Behinderungen beim Ausbau von Verkehrsinfrastruktur und die Gängelei der Bürger bei der Wahl des Verkehrsmittels ab. Umgekehrt dürfen die Verkehrsteilnehmer aber auch nicht die von ihnen verursachten Kosten auf die Allgemeinheit abwälzen. **Jeder soll die von ihm verursachten Kosten für Infrastruktur und Umwelt tragen** und selbst entscheiden, welches Verkehrsmittel er wählt. So entstehen faire Wettbewerbsbedingungen zwischen den Verkehrsträgern, die mit ihren spezifischen Vorteilen zu einem Gesamtsystem vernetzt werden.

Aufgabe des Staates ist die Bereitstellung der **Verkehrsinfrastruktur**. Das bedeutet aber nicht, dass der Staat **Planung, Bau und Betrieb** selbst durchführen muss. In vielen Fällen können Private das besser und effizienter. Die bisherige Unterfinanzierung der Verkehrsinfrastruktur muss beendet werden. Voraussetzung für ausreichende Investitionen ist ein Finanzierungssystem, das von den Unwägbarkeiten des Bundeshaushaltes unabhängig ist. Dabei ist für die FDP klar: Jegliche Umstellung muss **aufkommensneutral** erfolgen, **wegebezo-**

gen berechnet und streng **zweckgebunden** für Investitionen in die Verkehrswege ausgerichtet werden.

Unsere Infrastrukturpolitik orientiert sich nicht an Wunschträumen, sondern an den Realitäten auf dem Verkehrsmarkt. Die Straße ist und bleibt Hauptverkehrsträger mit rund 90 Prozent des Personenverkehrs und über 70 Prozent des Güterverkehrs. Gleichzeitig stößt das Schienennetz in vielen Regionen an die Kapazitätsgrenze. Beides muss – neben Umweltgesichtspunkten – auch bei der **Verteilung der Investitionsmittel** berücksichtigt werden. Zur Nutzung der Chancen der Globalisierung ist es erforderlich, dass die Bedeutung und Vernetzung der Seehäfen durch Investitionen des Bundes in die Infrastruktur gesichert und gestärkt werden. Das deutsche Transportgewerbe braucht verlässliche und faire Rahmen- und Wettbewerbsbedingungen. Die FDP lehnt die geplante EU-Wegekostenrichtlinie (Eurovignette III) ab. Die FDP unterstützt den Ausbau von intelligenten Verkehrsleitsystemen, um unnötigen Verkehr und Staus zu vermeiden.

Die FDP will das Genehmigungsrecht für Infrastruktureinrichtungen in Deutschland vereinfachen (Raumordnung, Planfeststellung). Das bestehende Recht begünstigt in erster Linie die Umwelt- und Rechtsexperten, verhilft jedoch den Antragstellern und Betroffenen selten zu ihrem Recht. Damit entwickelt es sich zunehmend zum Standortnachteil für Deutschland und verhindert zum Beispiel die zügige Entlastung der Bevölkerung durch den Bau von dringend notwendigen Umgehungsstraßen.

Kundengerechten und kostengünstigen ÖPNV wollen wir durch mehr Transparenz bei der Finanzierung, fairen Wettbewerb unter den Anbietern und Freiraum für unternehmerische Initiative erreichen. Das **Personenbeförderungsgesetz** muss überarbeitet und dem europäischen Recht angepasst werden. Dabei muss endlich auch Buslinien-Fernverkehr in Deutschland allgemein zugelassen werden.

Der Staat muss den notwendigen Ordnungsrahmen für **Wettbewerb** zwischen den Verkehrsanbietern schaffen. Der Staat braucht sich aber nicht selbst als Verkehrsunternehmer zu betätigen. Deshalb wollen wir die **Privatisierung öffentlicher Verkehrsunternehmen**.

Bei der Bahn setzen wir auf eine **Wettbewerbsbranche Schienenverkehr**. Die jetzt eingeleitete Privatisierung der DB-Transportsparten wollen wir mit der Zielrichtung einer Vollprivatisierung fortsetzen. Das Schienennetz dagegen wollen wir von den Verkehrsbereichen trennen und als Aktiengesellschaft im Eigentum des Bundes belassen. Als Sofortmaßnahme muss das **Allgemeine Eisenbahngesetz** überarbeitet werden mit dem Ziel, die Wettbewerbsaufsicht durch die Bundesnetzagentur zu stärken.

Die Attraktivität und Leistungsfähigkeit der **Wasserstraßen, Seehäfen und Flughäfen** sind für den Logistikstandort Deutschland mit seinen internationalen Wirtschaftsverflechtungen wichtiger denn je. Dazu benötigen wir eine optimale Verknüpfung mit den anderen Verkehrsträgern und sichere Rechtsgrundlagen mit angemessener Berücksichtigung der Belange des Umweltschutzes. Dazu gehört ein **Wasserstraßenausbaugesetz** mit einem konkreten Bedarfsplan für Erhaltungs-, Neu- und Ausbaumaßnahmen. Im Schiffsverkehr müssen die **Luftverunreinigungen** durch Schwefel- und Stickstoffemissionen sowie Feinstaub gesenkt werden. Dazu muss unter anderem die landseitige Stromversorgung der Schiffe in Häfen schrittweise durchgesetzt werden.

Bezahlbare und klimaverträgliche Mobilität setzt langfristig den **Abschied von fossilen Kraftstoffen** voraus. Zukunftsweisend sind **Biokraftstoffe der zweiten und dritten Generation**, die auch aus Reststoffen und Algen gewonnen werden. Weitere Schlüsseltechnologien

sind wasserstoffgetriebene Brennstoffzellen und **Elektroantriebe**. Gerade Elektroantriebe können umweltfreundliche Mobilität ermöglichen und zugleich **Windstrom in den Fahrzeugen speicherfähig machen**. Damit erhalten die erneuerbaren Energien einen großen Schub. Die technologische Entwicklung und der Markt werden letztlich über die Nutzung der technischen Optionen entscheiden. Die Politik muss aber heute durch **Forschungs- und Entwicklungsausgaben für Speichertechnologien und Antriebe** sowie den Aufbau von Infrastruktur die Voraussetzungen dafür schaffen. Die FDP befürwortet als subventionsfreien Kaufreiz zudem verkehrsrechtliche Erleichterungen und die Einführung von Wechselkennzeichen für Elektroautos als Zweitwagen für den innerstädtischen Verkehr.

Die FDP will den gesamten **Verkehr in den Emissionshandel** einbeziehen. Dadurch erhalten **Elektromobilität** und Biokraftstoffe zusätzliche Chancen. Und die Klimabelastungen des Verkehrs können durch **weltweite Klimaschutzprojekte** im Rahmen des Zertifikatehandels ausgeglichen werden. Dafür benötigt man bei heutigen Preisen weniger als ein Drittel der Ökoststeuer, die momentan auf den Liter Kraftstoff erhoben wird. Konsequenter Klimaschutz mit Hilfe des Emissionshandels schafft zusätzliche Spielräume für eine drastische **Senkung der Ökoststeuer**.

Die Reduzierung verkehrsbedingter Schadstoffe in der Luft ist ein großes Anliegen der FDP, besonders bei der **Feinstaubbelastung**. Europäische Regelungen schränken den Handlungsspielraum der Städte und Gemeinden allerdings zu sehr ein. Wichtiger als Tagesgrenzwerte sind aus Sicht der FDP strenge Grenzwerte für die mittlere Belastung über das Jahr hinweg. Zudem liegt die Lösung keinesfalls allein beim Verkehr. Die FDP ist gegenüber der Einrichtung von Umweltzonen zurückhaltend. Kommunen werden unterstützt, andere Maßnahmen zur Feinstaubreduzierung wie beispielsweise Verkehrslenkungsmaßnahmen und Begrünungen einzuleiten; zumal die Problematik wegen des technologischen Fortschrittes in den nächsten Jahren sukzessive abnehmen wird. Die FDP fordert, alle maßgeblichen Verursacher in ein Konzept zur Feinstaubbekämpfung einzubeziehen. Überfällig ist vor allem eine diesbezügliche Novellierung der Verordnung über **Kleinf Feuerungsanlagen**.

Weniger Lärm bedeutet mehr Lebensqualität. Die FDP will Mobilität erhalten und Lärm an der Quelle bekämpfen. Bei **Eisenbahn-Neubaustrecken** sollen durch Streichung des „Schienenbonus“ die gleichen strengen Lärmschutzregeln wie im Straßenbau gelten. **Lärmdifferenzierte Trassenpreise** sollen verpflichtend eingeführt werden, um Anreize zu schaffen, insbesondere alte Güterzüge technisch nachzurüsten und leiser zu machen. Im **Fluglärm-Gesetz** ist der Schutz der Anwohner von Militärflughäfen mit den Regelungen an Verkehrsflughäfen gleichzustellen.

Zukunftsfähig wohnen, verantwortungsbewusst planen

Die **Wohnungspolitik** und die Entwicklung der städtischen und ländlichen Räume müssen Antworten auf die folgenden Herausforderungen geben: die **Alterung der Gesellschaft**, den **Rückgang der Einwohnerzahl**, das Nebeneinander von Regionen mit Bevölkerungszu- und -abnahme sowie den notwendigen **Beitrag des Gebäudesektors zum Klimaschutz**.

Wir werden die **Programme zur energetischen Sanierung** im Bestand fortführen. Daneben ist **energiesparendes Bauen** auch ordnungsrechtlich abzusichern. Die FDP setzt sich dafür ein, die **Hürden im Mietrecht** für eine energetische Sanierung zum gemeinsamen Vorteil von Eigentümer und Mieter zu senken und so den Anreiz für eine klimafreundliche Erneuerung des Gebäudebestandes zu erhöhen. Die **Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOA)** wollen wir so gestalten, dass nachhaltig wirkende und kostenreduzierende Entwürfe gegenüber Standardleistungen besser entgolten werden.

Auch **Hartz-IV-Empfänger** müssen **Anreize zum Energiesparen** erhalten. Dazu soll das Sozialgesetzbuch so geändert werden, dass sich Kommunen und Leistungsempfänger Ersparnisse bei den Heizkosten teilen können.

Wir wollen innerstädtisches oder innenstadtnahes **Wohnen für alle Generationen** und Lebensphasen fördern. Das macht unter anderem die barrierearme Gestaltung von Gebäuden und Wohnumfeld durch eine verstärkte Förderung entsprechender Maßnahmen im Rahmen der Gebäudesanierungsprogramme der Kreditanstalt für Wiederaufbau erforderlich, um die Wohnumstände und die Zugänglichkeit öffentlicher Räume für Ältere, Familien und junge Menschen mit Behinderungen zu erleichtern.

Die **Innenentwicklung unserer Städte** hat für uns Priorität. Die Verdichtung bestehender Siedlungen und Flächenrecycling von Industriebrachen und Konversionsflächen ist daher in der Regel einer Neuausweisung von Baugebieten vorzuziehen. Das Bauen im Bestand sowie die Umnutzung leer stehender Gebäude wollen wir verstärkt fördern und durch gesetzgeberische Maßnahmen erleichtern. Die Ausweisung städtebaulicher Sanierungsgebiete und die damit verbundenen Instrumente haben sich als wirkungsvoll erwiesen, die wir fortschreiben und weiterentwickeln werden. Baugenehmigungen sollen durch ein Antragsverfahren vereinfacht und beschleunigt werden: Eine bauliche Maßnahme gilt dann als genehmigt, wenn die zuständige Behörde sich nicht innerhalb einer bestimmten Frist dazu äußert. Das bislang sehr erfolgreiche Programm „Stadtumbau Ost“ ist entsprechend der Evaluation anzupassen. Vorhaben wie Abriss und Aufwertung müssen dabei auf ihre Demographiefestigkeit überprüft werden. Die Programme für den „Stadtumbau West“ und zum städtebaulichen **Denkmalschutz** sind mit mehr Mitteln auszustatten. Das langfristige Ziel ist eine Förderung nach Bedarf und nicht nach Himmelsrichtungen. Dabei muss auch die zusehends zerfasernde Förderlandschaft restrukturiert werden. Wir wollen wenige, aber dafür wirkungsvolle und anpassungsfähige Programme, die für Kommunen und private Antragsteller einfach zugänglich sind.

Weiterhin müssen flexible Angebote zur Aufrechterhaltung der **öffentlichen Daseinsvorsorge in sehr dünn besiedelten Räumen** geschaffen werden, wie zum Beispiel dezentrale Systeme und alternative Technologien zur Energie-, Wasserver- und Abwasserentsorgung. Bei derverkehrlichen Anbindung dürfen diese Räume nicht abgehängt werden.

Entsorgungswirtschaft marktwirtschaftlich gestalten

Die Entsorgungswirtschaft kann einen wichtigen Beitrag zum Ressourcenschutz und zur Rohstoffversorgung leisten. Viele Abfälle sind eben nicht nur zu entsorgende Reststoffe, sondern wiederverwertbare Rohstoffe, die einen Marktwert haben. Die FDP tritt deshalb für eine ökologisch ambitionierte und ökonomisch sinnvolle Abfallpolitik ein. Dazu gehört auch die Entwicklung von Abfallvermeidungsstrategien. Bei der Frage **„Recyceln“ oder „Verbrennen“** will die FDP die im Einzelfall umweltfreundlichste Lösung. Das kann auch die **energetische Verwertung** sein. In Zeiten knapper und teurer Rohstoffe ist es unsinnig, eine Verpackung in den Gelben Sack, ein Produkt aus dem gleichen Kunststoff aber in den Restmüll zu werfen. In manchen Regionen Deutschlands ist der Inhalt von Gelber und Grauer Tonne nahezu identisch. Im Hinblick auf das Sammeln von gut verwertbaren Sekundärrohstoffen wie Kunststoff oder Metall plädiert die FDP deshalb für flexible, auf die jeweilige Region zugeschnittene Lösungen. Das **Getrennsammeln von Hand und die maschinelle Trennung** müssen zueinander in **Wettbewerb** treten können. Was zählt, ist das Ergebnis und nicht der Weg dorthin. Die FDP wehrt sich gegen eine Abfallpolitik, die an das „ökologische Gewissen“ der Bürger appelliert, tatsächlich aber nichts als leere Ökosymbolik darstellt.

Private Anbieter von Entsorgungsleistungen müssen faire Wettbewerbschancen haben. Eine **Rekommunalisierung der Entsorgungswirtschaft** lehnt die FDP ab. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, die **steuerliche Bevorzugung der öffentlich-rechtlichen Unternehmen** bei der Abfall- und Abwasserentsorgung zu beenden. Eine Besteuerung abhängig von der jeweiligen Organisationsform ist ökologisch unbegründet und ökonomisch widersinnig. Nur ein **fairer Wettbewerb** zwingt sämtliche Marktteilnehmer, ihre Leistungen so kostengünstig wie möglich anzubieten und entlastet so auch die Bürger.

6. Internationale Politik für Frieden, Freiheit und Wohlstand in der Welt

FDP-Außenpolitik ist Politik für Frieden und Freiheit

Wo Frieden und Freiheit nicht garantiert sind, ist jeder einzelne Mensch am Ende der Willkür anderer ausgesetzt. **Die besten Garanten für Frieden und Freiheit sind Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Soziale Marktwirtschaft.** Es sind diese Prinzipien, die gleichzeitig Menschenrechte garantieren und die Voraussetzungen für Stabilität, Wohlstand und Toleranz bilden. Deutschland wird seinen Interessen der Wahrung von Frieden, Freiheit und Wohlstand am besten dadurch nachkommen, dass es die Gemeinschaft zu den aufgeklärten, rechtsstaatlichen Demokratien in der Völkergemeinschaft sucht, pflegt und ausbaut. Zugleich verlangt liberale Außenpolitik stets die Fähigkeit zur **friedlichen Konfliktlösung** und zum Dialog auch mit Ländern, die nicht unsere Werte teilen.

Die Zeit nach dem Ende des Kalten Krieges ist für die Gestaltung einer neuen Weltordnung nur unzureichend genutzt worden. Die internationale Lage ist heute gekennzeichnet von einer konstruktiven Zusammenarbeit einerseits aber auch von einer **tiefgreifenden Vertrauenskrise** andererseits zwischen den Staaten und Kulturen dieser Welt. Diese Vertrauenskrise ist das Ergebnis einer Politik, die zuerst auf das vermeintliche Recht des Stärkeren anstatt auf die Stärke des Rechts setzt. Der Krieg im Irak, Abu Ghuraib und Guantanamo Bay, die Kriege in Tschetschenien und im südlichen Kaukasus, Terrorismus unter dem Deckmantel des Freiheitskampfes, aber auch das Streben nach Atomwaffen wie durch Nordkorea und den Iran sind Beispiele für diese Bestrebungen.

Wir müssen die jetzt **vorhandenen Chancen nutzen**, diese Vertrauenskrise zu überwinden. Statt auf das Recht des Stärkeren setzen wir auf die Stärke des Rechts als Leitlinie des Handelns in der Welt des 21. Jahrhunderts.

In einer Welt, in der Multipolarität längst zur Realität geworden ist, ergibt sich die **Notwendigkeit zur Kooperation** zwingend. Der Westen muss sich mit der Frage auseinandersetzen, wie er mit autokratischen Systemen umgeht, ohne seine eigenen Prinzipien zu verraten. Ausgrenzung und Abschottung sind der falsche Weg.

Unsere Bündnispartner, die Mitarbeit in internationalen Organisationen und die europäische Integration sind das beste Erfolgskonzept für die Durchsetzung unserer Werte und Interessen in der Welt. In der Tradition der liberalen Außenminister Walter Scheel, Hans-Dietrich Genscher und Klaus Kinkel steht die FDP dafür ein, das **Erfolgsmodell Europäische Union (EU)** in die Zukunft zu tragen. Die feste Einbettung Deutschlands in die EU ist und bleibt ein Grundpfeiler liberaler Außenpolitik.

Im **Zeitalter der Globalisierung** muss eine wertegeleitete und zugleich interessenorientierte Außenpolitik die Absicherung der eigenen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zukunftsfähigkeit mit der Wahrnehmung weltweiter Verantwortung verbinden. Sowohl im transatlantischen als auch im europäischen Rahmen ist liberale Sicherheitspolitik deshalb vor allen Dingen Friedenspolitik. Die Vernetzung von Konfliktprävention und Konfliktbewältigung durch den Einsatz diplomatischer Mittel, wirtschaftlicher und kultureller Kooperation sowie Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit sind zur Abwendung der Risiken unserer Zeit die erste Wahl. Die Anwendung militärischer Mittel darf nur Ultima Ratio sein. Eine Militärangebotspolitik ist für die FDP undenkbar.

Abrüstung jetzt!

Markenzeichen liberaler Außenpolitik ist das **Eintreten für eine konsequente Politik der Abrüstung und Rüstungskontrolle**. Sie waren wesentliche Elemente jener Politik, die zu gleichen Teilen auf Abschreckung und Vertrauensbildung gesetzt und das Ende des Kalten Krieges damit erst möglich gemacht hat. Das Erbe dieser Entspannungspolitik steht heute auf dem Spiel.

Wichtige Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträge sind aufgekündigt, andere erodieren, weil sie zum Spielball geopolitischer Interessen oder zum Opfer kurzfristiger Kalküle werden. Die Bundesregierung hat sich unter anderem nicht entschieden genug für die Ratifizierung des KSE-Anpassungsabkommens eingesetzt und ist dem indisch-amerikanischen Atomdeal nicht entschlossen genug entgegengetreten. Die derzeitige Bundesregierung und ihre Vorgängerregierung haben den Bereich der Abrüstung sträflich vernachlässigt.

Als Land, das rechtsverbindlich auf Massenvernichtungswaffen verzichtet hat, sollte sich Deutschland wieder an die Spitze jener Staaten stellen, die konsequent für eine glaubhafte **Politik der Abrüstung und Rüstungskontrolle** eintreten. Die FDP setzt sich deshalb ein für die Wiederbelebung des Nichtverbreitungsvertrages einschließlich des Zieles einer vollständigen nuklearen Abrüstung, die **zügige Ratifizierung des angepassten KSE-Vertrages**, verbindliche europäische Regelungen für Waffenexporte und den Abzug der verbliebenen amerikanischen Nuklearwaffen aus Deutschland. Den Plan für ein US-Raketenabwehrsystem in Tschechien und Polen lehnen wir ab.

Transatlantische Wertegemeinschaft neu begründen

Die Vereinigten Staaten von Amerika sind für uns der wichtigste Partner außerhalb Europas. Wir sind auf einem guten Wege, gemeinsam mit unseren amerikanischen Partnern wieder jenes Ansehen in der Welt zurückzugewinnen, das durch außen- und innenpolitische Fehlentscheidungen der USA verloren gegangen ist. Wir wollen zusammen mit der neuen amerikanischen Regierung daran arbeiten, den Westen als handlungsfähige Gemeinschaft der aufgeklärten, rechtsstaatlichen Demokratien dieser Welt neu zu begründen.

Kritischer Dialog und pragmatische Zusammenarbeit mit Russland

Im Verhältnis zu Russland setzt die FDP langfristig auf eine strategische und pragmatische Partnerschaft im Rahmen einer gemeinsamen Sicherheitsordnung nach den Grundsätzen der OSZE. Gerade weil wir Russland historisch und kulturell eng verbunden sind, **sieht die FDP mit großer Sorge die Rückschritte in seiner demokratischen und rechtsstaatlichen Entwicklung**. Vor allen Dingen die Morde an Journalisten, die Inhaftierung von Oppositionellen, das Wiederaufflackern hegemonialer Bestrebungen und eventuelle Raketenstationierungen belasten die Beziehungen zu Russland schwer. Umso wichtiger ist die Nutzung aller Möglich-

keiten des Dialogs mit dem Ziel, vertragliche Vereinbarungen zu schaffen, die beide Seiten mit Rechten und Pflichten binden. Der politische und wirtschaftliche Dialog dient stets auch dem Ziel, Freiheit und Menschenrechte in der ganzen Welt zu stärken.

Für einen umfassenden Friedensansatz im Nahen Osten

Das Existenzrecht Israels als jüdischer Staat ist für die FDP unverzichtbare Konstante liberaler Außenpolitik. Mehr als 60 Jahre nach der Staatsgründung Israels ist es an der Zeit, dass Frieden und Sicherheit für Israel und ein menschenwürdiges Leben der Palästinenser in einem eigenen, selbständig lebensfähigen Staat Realität werden. Deshalb setzt sich die FDP für einen Prozess ein, der analog zum Erfolgsmodell der KSZE alle Konfliktparteien im Nahen Osten mit dem Ziel eines **umfassenden Verhandlungsergebnisses** an einen Tisch bringt. Ein Engagement Deutschlands und der EU kann aber nur dann erfolgreich sein, wenn es auf friedenswillige und friedensfähige Partner trifft. Finanzielle Hilfe sollte an diesen Friedenswillen und die Fähigkeit dazu gekoppelt werden.

Auf Diplomatie gegenüber dem Iran setzen

Wir unterstützen das Ziel der Völkergemeinschaft, dass der Iran nicht in den Besitz von Atomwaffen gelangen darf. Im Streit um das iranische Atomprogramm setzen wir auf eine Lösung auf dem Verhandlungswege. Jeder Versuch, die Gefahr einer nuklearen Bewaffnung des Iran mit militärischen Mitteln zu bannen, könnte die gesamte Region in eine Katastrophe führen und das weltweite Streben nach Massenvernichtungswaffen nur noch verstärken. Deshalb begrüßt die FDP die Bereitschaft des amerikanischen Präsidenten zu **direkten Verhandlungen mit dem Iran**. Dabei muss auch ein Weg gefunden werden, wie das verbriefte Recht auf die zivile Nutzung der Atomenergie so in der Realität umgesetzt werden kann, dass die Gefahr eines militärischen Missbrauchs ausgeschlossen werden kann.

Für eine Stabilisierung Afghanistans

Der zivile und militärische deutsche Beitrag zum internationalen Engagement in Afghanistan hat dazu beigetragen, dass das Land bislang nicht wieder zum zentralen Rückzugsort für international agierende Terroristen geworden ist. Trotzdem agieren im Land weiterhin Terroristen, die sich mittlerweile im Grenzgebiet des Nachbarlandes Pakistan neu formiert haben und die Bevölkerung und unsere Truppen bedrohen. Noch immer haben viel zu wenige Afghanen – und dies gilt insbesondere für den weiblichen Teil der Bevölkerung – ein menschenwürdiges, selbstbestimmtes Leben. Dies zu gewährleisten, muss unser Ziel sein, setzt jedoch ein eigenständiges Engagement der Afghanen voraus. In den ersten Jahren des internationalen Engagements ist es versäumt worden, den **Aufbau effizienter Regierungs-, Verwaltungs- und Sicherheitsapparate voranzutreiben**. Dieses Versäumnis, das auch die Bundesregierung durch ihr Versagen beim Polizeiaufbau mitverantworten muss, hat weitgehende Erfolge verhindert und sogar zu einer Reihe von Rückschlägen geführt.

Die FDP wird darauf hinwirken, dass Deutschland gemeinsam mit Afghanistan und den Verbündeten daran arbeitet, die Strategie der vernetzten Sicherheit für die Stabilisierung Afghanistans unter Berücksichtigung der Stammesstrukturen endlich umzusetzen– hin zu mehr zivilem Wiederaufbau in ganz Afghanistan und zu einer verstärkten Übernahme der Verantwortung für die Sicherheit durch die afghanischen Armee- und Polizeikräfte, um den Zeitraum des Einsatzes der internationalen Truppen zu begrenzen. Wir fordern einen regionalen Ansatz, der trotz Schwierigkeiten auch Länder wie Pakistan, Russland, China und den Iran in Problemlösungen einbezieht. Die Politik muss ausgerichtet sein auf einen konsequenten Aufbau afghanischer Verwaltungsstrukturen. Besonders bei der Bekämpfung des Anbaus, der Weiter-

verarbeitung und des Handels mit Drogen muss für die Menschen auf dem Land eine wirtschaftliche Alternative zum Anbau von Mohn geboten werden. Der Ansatz der vernetzten Sicherheit muss weiter verfolgt werden und macht für eine Übergangszeit die internationale Truppenpräsenz weiterhin erforderlich.

Die Vereinten Nationen reformieren

Die Vereinten Nationen müssen reformiert werden und in ihren Strukturen die **politischen und ökonomischen Realitäten zu Beginn des 21. Jahrhunderts** angemessen widerspiegeln. Nur so können sie wieder zu einem der entscheidenden Foren der Lösung internationaler Probleme werden. Eine Vielzahl der großen Herausforderungen unserer Zeit, wie der Klimawandel, die demographische Entwicklung, Migration, Hunger und Armut, Rohstoffversorgung und kriegerische Auseinandersetzungen können nur im globalen Maßstab gelöst werden. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen muss nach einer umfassenden Reform die politischen und wirtschaftlichen Realitäten des 21. Jahrhunderts abbilden. Die FDP setzt sich für einen europäischen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen ein. Solange ein Sitz für die EU nicht zustande kommt, wäre ein eigener deutscher Sitz die zweitbeste Lösung.

Neue Machtzentren stärker in globale Fragen einbinden

Die Krise der Finanzmärkte hat dramatisch verdeutlicht, dass globale Fragen koordinierter Antworten aller wesentlichen Akteure bedürfen. Das gilt in gleichem Maße für andere ökonomische, ökologische, entwicklungspolitische und sicherheitspolitische Probleme globalen Ausmaßes. Genauso wie in der Finanzmarktkrise die G 20 einen wesentlichen Beitrag zur **Stabilisierung der Märkte und Etablierung neuer Regeln** leisten, müssen auch bei anderen Problemen alle relevanten Akteure eingebunden werden. Länder wie Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika müssen angesichts ihrer wachsenden Bedeutung auch stärker an den Mechanismen zur Wahrnehmung globaler Verantwortung beteiligt werden. Deutschland hat besonders die aufstrebenden asiatischen Staaten viel zu spät als kommende Partner wirtschaftlicher und politischer Zusammenarbeit entdeckt.

Kultur- und Bildungspolitik – Brücke einer werteorientierten Außenpolitik

Die wirtschaftliche und politische Vernetzung der Welt ist bereits weit vorangeschritten. Insbesondere dort, wo sich diese Verflechtung auf kultureller Ebene langsamer vollzieht, entstehen Spannungen, die abgebaut werden müssen. Einer **gezielten Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik** kommt deshalb im Zeitalter der Globalisierung eine immer größere Bedeutung zu. Deutsche Kultureinrichtungen wie Goetheinstitute und Auslandsschulen sowie Wissenschaftskooperationen sind die Brücken unserer werteorientierten Außenpolitik. Die FDP wird sich dafür einsetzen, die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik finanziell deutlich besser auszustatten. Wir verstehen sie auch als **langfristige Wirtschaftsförderung**. Die Förderung der deutschen Sprache im Ausland muss wieder ein stärkeres Gewicht bekommen. Langfristig streben wir die Entwicklung kooperativer europäischer Kulturinstitute an. Die Deutsche Welle als deutscher Auslandssender muss eine Finanzierung erhalten, die ihren wachsenden Aufgaben angemessen ist.

Für eine effizientere Organisation deutscher Außenpolitik

Als integraler Bestandteil der Außenpolitik und Instrument deutscher Werte- und Interessenpolitik gehören die Tätigkeitsfelder des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder in den Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes. Eine **strategisch angelegte Außenwirtschaftsförderung** muss in enger Kooperation mit deutschen Un-

ternehmen im Ausland wieder stärkeres Gewicht erhalten. Deutschland, das wesentlich zur Finanzierung internationaler und europäischer Organisationen beiträgt, muss in diesen endlich auch personell angemessen vertreten sein.

Europa ist unsere Antwort auf die Globalisierung

Im weltweiten Wettbewerb um Werte und Einfluss ist die EU heute wichtiger denn je. Nur sie gibt uns die **Chance, in der Globalisierung erfolgreich zu sein**. Die brennenden Fragen der Welt des 21. Jahrhunderts können von den Staaten Europas nicht im Alleingang beantwortet werden: Menschenrechte und Demokratie, Sicherung der Wirtschaft in der Finanzkrise, nukleare Bedrohung, Abrüstung und Rüstungskontrolle, Krisen und Kriege, Zugang zu Energie und Rohstoffen, internationaler Handel, Kampf gegen Klimawandel und Terrorismus – zu Recht erwarten die Bürger von der EU aktives politisches Handeln. Wir Liberale wollen eine starke und selbstbewusste EU, die mit einer Stimme spricht und geschlossen für die Sicherung von Frieden, Freiheit und Wohlstand in der Welt eintritt.

Konsequente Reformen für eine effizientere europäische Politik

Die FDP will, dass **die Europäische Union demokratischer, verständlicher und handlungsfähiger** wird. Wir halten deshalb am Ziel einer grundlegenden Reform der EU („Vertrag von Lissabon“) fest. Für uns entscheidende Reformelemente sind eine erhebliche Stärkung des Europäischen Parlaments, mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung, eine Stärkung des Subsidiaritätsprinzips, mehr Mitsprache des Bundestags in EU-Fragen, eine besser koordinierte EU-Außenpolitik, die Demokratisierung der europäischen Innen- und Justizpolitik und eine wirksame Durchsetzung des Europäischen Grundrechtekatalogs. Das entschlossene Voranschreiten auf dem Weg zu EU-weiter Einigkeit in grundsätzlichen Fragen wollen wir durch eine verstärkte Information der Bürger und einen verbesserten Informationsfluss zwischen nationalen und EU-Gremien befördern.

Für die FDP steht fest, dass die notwendigen Reformen der EU immer möglichst von allen Mitgliedstaaten gemeinsam zu erreichen sind. Wenn jedoch Gruppen von EU-Staaten mit konkreten Projekten vorausgehen, diese sich bewähren und andere EU-Staaten die Möglichkeit haben, sich später daran zu beteiligen, ist dies mit dem europäischen Gedanken vereinbar, wie etwa die Einführung des Euro bewiesen hat. **Langfristige Ziele bleiben für uns Liberale ein föderales Europa und die Verabschiedung einer Europäischen Verfassung.**

In den EU-Verträgen sollte die Möglichkeit verankert werden, dass die Bürger über Fragen, die für die Fortentwicklung der Union von grundlegender Bedeutung sind, einen **EU-weiten Volksentscheid** herbeiführen können. Dies gilt im Besonderen auch für die Schaffung einer echten EU-Verfassung, für die sich die FDP einsetzt.

Die FDP will **eine EU, die stark, aber schlank ist** und ihre Kraft aus der Beschränkung auf das Wesentliche schöpft. Wir wollen europäische Lösungen überall dort, wo eine EU-Regelung besser ist als eine nationale. Alle anderen Bereiche müssen in der Verantwortung der Mitgliedstaaten verbleiben.

Mutige Schritte zur Weiterentwicklung der europäischen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Europa und jeder einzelne Mitgliedstaat sind international immer dann schwach, wenn die EU nicht geschlossen auftritt. Es ist Markenzeichen liberaler Europapolitik, dafür einzustehen, dass Deutschland immer auch die Interessen der kleinen und mittleren Mitgliedstaaten in

seine europapolitischen Überlegungen einbezieht. Die elementaren Fragen von **Sicherheit und Abrüstung** in Europa müssen von allen Europäern gemeinsam beraten und entschieden werden. Europa muss sein politisches Gewicht für eine neue Abrüstungspolitik in die Waagschale werfen. Wir müssen unsere Kräfte bündeln, Aufgaben verteilen, Schwerpunkte setzen. Nur so können wir auf die neuen sicherheitspolitischen Bedrohungen richtig reagieren. Langfristiges Ziel bleibt für die FDP der Aufbau europäischer Streitkräfte unter gemeinsamem Oberbefehl und voller parlamentarischer Kontrolle.

Im europäischen Binnenmarkt entfalten sich Deutschlands Stärken

Grundlage des Wohlstands in Deutschland ist der **unverfälschte Wettbewerb im europäischen Binnenmarkt**, denn nur mit Wettbewerbsfähigkeit und Wirtschaftswachstum gelingt die nachhaltige Schaffung neuer Arbeitsplätze. Für uns Liberale ist die **Stabilität des Erfolgsmodells „Euro“** ein Garant für den wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands und Europas. Ohne den Euro hätte sich die Finanzkrise in Europa noch sehr viel schlimmer niedergeschlagen. Wir stehen deshalb mit Nachdruck für eine einheitliche EU-weite Bankenaufsicht ein, die bei der Europäischen Zentralbank (EZB) anzusiedeln ist. Wir werden uns gegen jeden Angriff wenden, der die Unabhängigkeit der EZB in Frage stellt.

Die FDP fordert ein **grundlegendes Umdenken bei den EU-Finzen**. Die Forderung anderer politischer Parteien, die EU brauche mehr Geld, ist falsch. Schon heute hat die EU genügend Mittel. Sie werden aber nicht effizient eingesetzt. Immer noch fließt der Großteil der Ausgaben in Agrar- und Strukturfonds. Diese Mittel fehlen für strategische Bereiche europäischer Politik, wie etwa Forschung, Innovation, Umweltschutz, Sicherung der EU-Außengrenzen, Außen- und Sicherheitspolitik. Das will die FDP ändern. Wir werden uns für eine **nachhaltige und verantwortungsvolle europäische Haushaltspolitik** einsetzen. Wir fordern eine nachvollziehbare Finanzierung des Haushalts, die die aktuelle Wirtschaftskraft der Mitglieder widerspiegelt, sowie eine strikte Kontrolle der Verwendung von EU-Mitteln in den Mitgliedstaaten. Jeder Mitgliedstaat soll maximal ein Prozent seines Bruttonationaleinkommens (BNE) aufbringen. Eine EU-Steuer und weitere Belastungen für die deutschen Bürger lehnen wir strikt ab. Statt neuer Steuern ist Sparsamkeit und Umschichten der Ausgaben geboten. Die FDP tritt für die Beibehaltung des EU-Verschuldungsverbots ein.

Für eine Erweiterungspolitik mit Augenmaß und ohne Rabatte

Eine an den Zielen des Vertrages von Lissabon orientierte EU-Reform ist für die FDP Voraussetzung für die Aufnahme weiterer Staaten. Mit Kroatien, das größte Anstrengungen unternommen hat, um sich auf einen EU-Beitritt vorzubereiten, sind die Verhandlungen bereits weit fortgeschritten. Der Beitritt erscheint daher auch im Rahmen einer Teilreform denkbar. Das gilt auch für Norwegen, Island und die Schweiz, sofern sie den Beitritt beantragen sollten und die Beitrittskriterien erfüllen. Die Entscheidung über einen EU-Beitritt der Türkei steht in den nächsten Jahren noch nicht an. Die Türkei hat zwar eine Reihe wichtiger Reformschritte gemacht; in vielen Bereichen gibt es aber noch **erhebliche Defizite** bei der Erreichung der EU-Standards (Kopenhagener Kriterien), die für einen Beitritt erfüllt sein müssen. Schlüssel für den Beitritt zur EU sind die Umsetzung der Reformen in der Türkei und die Aufnahmefähigkeit der EU. Die Staaten des westlichen Balkans haben eine mittel- bis langfristige Perspektive, der EU beitreten zu können, was die FDP unterstützt. Langfristig gilt dies auch für die Ukraine.

Die FDP tritt dafür ein, dass die **Glaubwürdigkeit der Erweiterungspolitik** der EU wiederhergestellt wird. Für uns gilt: Beitrittsverhandlungen müssen ergebnisoffen geführt werden. Einen „Rabatt“ bei den Kriterien oder gar einen Beitrittsautomatismus zum Beispiel durch Nennung eines Beitrittsdatums vor Abschluss der Verhandlungen darf es nicht geben. Für die FDP steht

in den nächsten Jahren das Zusammenwachsen der alten und der neuen EU-Mitglieder im Vordergrund, um die politisch vollzogene Erweiterung auch in der Zivilgesellschaft nachhaltig zu verankern. Ein besseres Verständnis der Deutschen und Polen füreinander ist genauso wie das gute Verständnis zwischen Deutschen und Franzosen Voraussetzung für den Erfolg der EU.

Freihandel statt Protektionismus

Die FDP tritt gegen jede Form von Protektionismus im internationalen Handel ein. Dazu gehören gesetzliche oder politische Aufforderungen, nationale Produkte zu kaufen, den Wettbewerb verzerrende Beihilfen sowie alle Formen der Abschottung von Märkten. Ein rascher Abschluss der laufenden Verhandlungen in der Welthandelsorganisation (WTO) wäre die beste **Absage an Protektionismus**. Die Doha-Runde sollte daher umgehend wieder aufgenommen werden.

Deutschlands Sicherheit bleibt eingebettet in NATO und EU

Die NATO ist Ausdruck der **Werte- und Verantwortungsgemeinschaft zwischen Europa und Nordamerika** und als System kollektiver Verteidigung gleichzeitig der Sicherheitsanker für Europa. Aus nationaler und europäischer Interessenlage ist einerseits die NATO zu stärken, andererseits aber das europäische Gewicht innerhalb der NATO zu erhöhen. Die FDP strebt eine gleichberechtigte Sicherheitspartnerschaft im Atlantischen Bündnis an. Dafür ist die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik auszubauen und die Bundeswehr zu stärken. **Die NATO muss dabei das zentrale transatlantische Diskussions-, Entscheidungs- und Handlungsgremium sein.** Um diese Funktion wirkungsvoll wahrnehmen zu können, hat sie sich möglichst bald von ihrer strategischen Ausrichtung und Struktur her der veränderten Weltlage anzupassen. Als europäischer Pfeiler der transatlantischen Sicherheitsarchitektur muss sich die EU in die Lage versetzen, Konfliktfällen vorzubeugen und gegebenenfalls schnell, gemeinsam und flexibel zu reagieren. Primär geht es darum, durch politische und andere geeignete Maßnahmen bewaffnete Konflikte zu vermeiden. Tendenzen einer Renationalisierung der Sicherheitspolitik erteilen wir eine klare Absage.

Die Schaffung von Sicherheit für Deutschland und Europa ist zuerst eine politische Aufgabe. Wir sehen mit großer Sorge alle Versuche, die zum Ende des Kalten Krieges getroffenen Vereinbarungen über eine zukünftige gesamteuropäische Sicherheitsarchitektur revidieren zu wollen – sei es aufgrund alten Großmachtdenkens diesseits oder neuer strategischer Konzepte jenseits des Atlantiks. Wenn wir nicht wollen, dass über Kernfragen europäischer Sicherheit über die Köpfe Europas hinweg entschieden wird, dann muss sich Europa stärker in geostrategische Debatten einbringen.

In Krisen, wie 2008 in Georgien, müssen Dialoge intensiviert und nicht, wie mit dem NATO-Russland-Rat geschehen, ausgesetzt werden. Jegliche Versuche, die OSZE als zentrales Element der Stabilität in Europa zu schwächen, lehnen wir entschieden ab.

Militärische Einsätze bleiben letztes Mittel

Für die FDP gilt, dass Deutschland nicht nur aufgrund der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts, sondern aus eigener tiefster Überzeugung militärisch nur dann handeln sollte, wenn es **gemeinsam mit den Partnern in der NATO oder der Europäischen Union** sowie aufgrund einer klaren völkerrechtlichen Legitimation möglich ist. Unverzichtbar ist stets eine Zustimmung des Deutschen Bundestages (Parlamentsvorbehalt). Einsätze ohne klare völkerrechtliche Grundlage lehnt die FDP ab, ebenso wie einen bündnispolitischen Automatismus

bezüglich der Teilnahme der Bundeswehr an Einsätzen im Ausland. Wie unbedingt notwendig es bleibt, Lösungen auf politischem Wege zu finden, weil Militär allein keinen stabilen Frieden schaffen kann, zeigen die gegenwärtigen Militäreinsätze in Afghanistan sowie im Nahen und Mittleren Osten.

Terrorismusbekämpfung ist eine Querschnittsaufgabe

Effizient kann der internationale Terrorismus nur dann eingedämmt werden, wenn ihm seine Grundlagen, das heißt vor allen Dingen seine Unterstützung in enttäuschten Teilen der Gesellschaft, entzogen werden. Dafür bedarf es **eines langfristigen Ansatzes**, der sowohl außenpolitische als auch entwicklungspolitische und in Einzelfällen auch polizeiliche und militärische Maßnahmen einschließt. Dies verlangt ein eng abgestimmtes und vor allem multilaterales Zusammenwirken. Militärische Sanktionen sind auch beim Kampf gegen den Terrorismus nur allerletztes Mittel.

Seewege sichern, Piraterie bekämpfen

Deutschland hat als Exportnation wie kein anderes Land ein Interesse an sicheren Seewegen. Die Verletzung der Freiheit der Meere beeinträchtigt deutsche Interessen. Deutschland beteiligt sich an einer aktiven Bekämpfung der Piraterie. Die Liberalen setzen hierbei auf starke Mandate, die ein wirkungsvolles Eingreifen ermöglichen.

Bundeswehr der Zukunft

Seit nahezu 54 Jahren ist die Bundeswehr ein verlässliches Instrument der Sicherheitspolitik, unabhängig von der jeweiligen gesamtpolitischen Lage. Gegenwärtig wird sie von der Bevölkerung vor allem als Armee im Einsatz wahrgenommen. Sie ist jedoch mehr, nämlich unverändert auch eine Armee zur Landes- beziehungsweise Bündnisverteidigung. Sie muss nicht nur in der Lage sein, Aufgaben im internationalen Rahmen zusammen mit Verbündeten und Partnern zur Bewältigung von Krisen und Konflikten wahrzunehmen. Sie muss ebenso die Fähigkeit besitzen, im Rahmen der geltenden Verfassung Deutschland und das Bündnisgebiet zu verteidigen zu können. Struktur, Ausbildung, Ausrüstung und Bewaffnung der Streitkräfte müssen beiden Aufgaben in vollem Umfang gerecht werden.

Als liberale politische Kraft, die der Bundeswehr jederzeit in großer Verantwortung verbunden ist, setzt sich die FDP für **nachhaltige Verbesserungen der Bundeswehr-Struktur** ein. Die Struktur der Bundeswehr muss konsequent auf die wahrscheinlichen Einsätze im Rahmen internationaler Konfliktverhütung und Krisenbewältigung einschließlich des Kampfes gegen den internationalen Terrorismus ausgerichtet werden. Die Regierungen der vergangenen drei Legislaturperioden haben den hohen Ansprüchen an die Armee nicht die erforderlichen Taten in organisatorischer, personeller und materieller Hinsicht folgen lassen. Spannungen im inneren Gefüge, besonders aber eine zu niedrige Einsatzbereitschaft, prägen die heutige Situation und gefährden aktuelle und zukünftige Aufträge der Streitkräfte. Die Personalstärke der Teilstreitkräfte und Organisationsbereiche ist so aufzustellen, dass die Bundeswehr die notwendige Anzahl Soldaten jederzeit in den Einsatz entsenden kann.

Durch deutliche Reduzierungen in den Führungsbereichen muss die „Kopflastigkeit“ der Bundeswehr zugunsten einer **Erhöhung der Einsatzbereitschaft** beendet werden. Die Erhöhung der Attraktivität des Dienstes von Soldaten durch ein eigenes Besoldungsrecht, Weiterbildungsmöglichkeiten und eine bessere Vereinbarkeit von Dienst und Familie ist Voraussetzung für die erfolgreiche Nachwuchsgewinnung bei veränderten demographischen Bedingungen. Das Vertuschen und Beschönigen erheblicher materieller Mängel gerade für die Bundeswehr

im Einsatz muss ein Ende haben. Die Ausrüstungsplanung ist an den Anforderungen des Einsatzes zu orientieren, vorhandene Haushaltsmittel sind intelligenter als bisher auszugeben.

Weil Bündnisfähigkeit ein unverzichtbarer Teil der Sicherheitspolitik der FDP ist, muss die Bundeswehr in die Lage versetzt werden, im Bündnisrahmen operieren zu können. Die Transformation der Bundeswehr geht zwar über die Zielsetzungen früherer Reformen deutlich hinaus, greift dennoch aufgrund der völlig andersartigen neuen Herausforderungen deutlich zu kurz. **Deutschland benötigt hoch motivierte, sehr gut ausgebildete und mit modernster Bewaffnung ausgerüstete Streitkräfte.** Die zivile und militärische Führungsstruktur der Bundeswehr muss verschlankt werden. Insbesondere sind viele Ämter und höhere Kommandobehörden auf ihre Berechtigung zu überprüfen und gegebenenfalls zu reduzieren. Diese Neuordnung muss mit neuen Instrumenten der Personalplanung einhergehen. Sie müssen als Instrument einer wirkungsvollen Friedenspolitik professionell, flexibel und schnell einsetzbar sein. Hierzu reicht eine einfache Fortschreibung überkommener Strukturen unter Beibehaltung der Allgemeinen Wehrpflicht nicht aus. Die Wehrpflicht ist nicht mehr zu begründen. Sie ist in ihrer Ausgestaltung zutiefst ungerecht und für die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr mittlerweile sogar kontraproduktiv. Sie muss schnellstens ausgesetzt werden. Deutschland benötigt Streitkräfte, die gut ausgebildet, modern ausgerüstet, voll einsatzbereit und schnell verlegbar sind. Das kann nur eine Freiwilligenarmee gewährleisten. Einen Einsatz der Bundeswehr im Innern über die bestehenden Regelungen unserer Verfassung hinaus lehnen wir ab.

Entwicklungszusammenarbeit neu ausrichten – die Wirksamkeit erhöhen

Ziel liberaler Entwicklungszusammenarbeit ist es, die **Ursachen der Armut zu bekämpfen** und es den Menschen zu ermöglichen, ihren eigenen Lebensunterhalt zu erwirtschaften, um ein Leben in Würde, Freiheit und Selbstbestimmung zu führen. Dabei sind finanzielle Hilfeleistungen zum Aufbau einer eigenen Existenz zielsicher an die Bedürftigen selbst weiterzuleiten. In Ländern mit schlechter Regierungsführung muss die Arbeit von nichtstaatlichen Akteuren, wie Nichtregierungsorganisationen, Stiftungen und Kirchen sowie der Bürgergesellschaft insgesamt unterstützt werden. Die FDP setzt sich für eine **Fokussierung der Entwicklungszusammenarbeit** auf die schwächsten und ärmsten Länder ein, während die Zusammenarbeit mit Schwellenländern auf eine grundsätzlich neue Grundlage gestellt werden muss. Statt klassischer Entwicklungszusammenarbeit will die FDP mit den Schwellenländern eine Partnerschaft in den Bereichen Rechtsstaats- und Demokratieförderung, Umwelt- und Klimapolitik, Wissenschaft und Forschung eingehen und sie für die Entwicklung noch immer bedürftiger Länder gewinnen. China und Indien, genauso wie Brasilien und Mexiko, gehören zu jenen Ländern, die keine finanzielle deutsche Entwicklungszusammenarbeit mehr benötigen.

Gute Regierungsführung konsequent einfordern

Eine Hauptursache für die Armut und für die Erfolglosigkeit politischer Reformen ist der Widerstand nationaler Eliten, die oft zu den Nutznießern undemokratischer Strukturen und ökonomisch ineffizienter Systeme gehören. Gute Regierungsführung durch Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, insbesondere die Bekämpfung der Korruption, müssen deshalb stärker als bisher im Mittelpunkt aller Entwicklungsbemühungen stehen. Es ist nicht Aufgabe deutscher Entwicklungszusammenarbeit, dauerhaft dort aktiv zu sein, wo zwar ausreichend finanzielle Ressourcen vorhanden sind, die Eliten eines Landes aber nicht bereit sind, umfassend Verantwortung für die eigene Bevölkerung zu übernehmen.

Armutsbekämpfung durch Hilfe zur Selbsthilfe

Die FDP bekennt sich zu den Verpflichtungen, die Deutschland im Rahmen der UN-Millenniumsziele eingegangen ist. Wenn wir künftig staatliche Entwicklungszusammenarbeit und die Bemühungen der Regierungen um Armutsbekämpfung nicht in Frage stellen wollen, muss die Frage der Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit aber stärker als die nach deren Höhe im Mittelpunkt des internationalen Dialoges stehen.

Kernaufgabe der Entwicklungszusammenarbeit ist die **Unterstützung für eine sich selbsttragende Wirtschaftsentwicklung** in den Empfängerländern. Sie führt zu einer Verbesserung der Ernährungssituation durch eine Förderung der landwirtschaftlichen Produktion, zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung, zu mehr Investitionen in Grundbildung und zur Förderung von Handwerk und Kleingewerbe. Handelshemmnisse für Entwicklungsländer, besonders im Agrarbereich, sollten zügig abgebaut werden.

Einen Schwerpunkt legt die FDP auf die **Bekämpfung von HIV/AIDS**, das sich in Afrika inzwischen zur häufigsten Todesursache und damit zu einem der größten Entwicklungshemmnisse entwickelt hat. Die FDP will alle Anstrengungen im Bereich der Prävention, aber auch der Behandlungsmöglichkeiten, Medikamentenversorgung, Ausbildung von Gesundheitspersonal und der Bildung von Gesundheitssystemen verstärken. Zudem setzt sich die FDP für die Verbesserung der sanitären Grundversorgung ein. Verunreinigtes Trinkwasser und mangelnde Hygienebedingungen sind häufige Krankheits- und Todesursache in Afrika und Teilen Asiens, besonders bei Kindern.

Für mehr Transparenz und eine klare Aufgabenverteilung zwischen europäischer und nationaler Entwicklungszusammenarbeit

Die europäische Entwicklungszusammenarbeit soll die Entwicklungszusammenarbeit der Mitgliedstaaten lediglich ergänzen und dort koordinierend tätig werden, wo mehrere Länder gemeinsame Projekte oder Programme durchführen. **Der Europäische Entwicklungsfonds (EEF)** muss in den EU-Haushalt integriert werden, um die derzeit fehlende parlamentarische Kontrolle herzustellen. Eine an Quoten orientierte Ausdehnung von Budgethilfen als Instrument der Entwicklungszusammenarbeit lehnen wir ab. Nur dort, wo strenge Bedingungen eingehalten werden, kann Budgethilfe gewährt werden.

Menschenrechte schützen – Rechtsstaatlichkeit fördern

Die Glaubwürdigkeit Deutschlands steht in direktem Zusammenhang mit dem **konsequenten Eintreten für die Menschenrechte in der Außenpolitik**. Ihre Einhaltung ist das Fundament für die demokratische, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung jedes Landes. Körperliche und geistige Unversehrtheit, Gedanken- und Meinungsfreiheit und die Freiheit von Diskriminierung sind unveräußerbare Prinzipien unserer Menschenrechtspolitik.

Die FDP sieht mit großer Sorge, wie menschenrechtliche Mindeststandards, unter anderem im so genannten Kampf gegen den Terror, immer weiter verletzt wurden. Folter, unmenschliche und grausame Behandlung, Verschleppung und das Betreiben von extraterritorialen Gefängnissen dürfen nicht Teil staatlichen Handelns sein und vom Staat auch nicht geduldet werden. Fehlentwicklungen auf diesem Gebiet müssen korrigiert werden. **Die FDP tritt für die weltweite Abschaffung der Todesstrafe genauso ein wie gegen menschenverachtende Verhörmethoden.**

Menschenrechtspolitik betrifft alle Politikbereiche

Diskriminierung und Unterdrückung von Teilen der Bevölkerung finden auch heute noch vielfach statt – innerhalb und außerhalb Europas. **Kinder und Frauen werden besonders häufig Opfer gravierender Verletzungen ihrer Rechte und Freiheiten.** Menschenhandel, Kinderarbeit, der Einsatz von Kindersoldaten, Zwangsprostitution, Zwangsheirat, Organhandel und Praktiken wie Genitalverstümmelung müssen geächtet und international verboten werden.

In unserer Menschenrechtspolitik wenden wir uns gegen Verfolgung und Ausgrenzung aufgrund von Herkunft, ethnischer Zugehörigkeit, Religion oder sexueller Orientierung. Deshalb setzt sich die FDP für **Gleichberechtigung und Toleranz** ein und richtet ihre politischen Maßnahmen im In- und im Ausland an menschenrechtlichen Leitlinien aus. Durch die Globalisierung rücken Menschenrechte auch in anderen Regionen der Welt stärker ins Bewusstsein. Dies erhöht die Chancen, Menschenrechtsanliegen aktiv in anderen Ländern anzusprechen. In der Wirtschaft unterstützt die FDP Zertifizierungsmaßnahmen und Initiativen verantwortungsvoller Unternehmensführung, um menschenrechtliche Standards durchzusetzen.

Internationale Mechanismen zum Schutz der Menschenrechte konsequent stärken

Internationale Menschrechtsschutzsysteme haben in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen. Der Europarat mit dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) sowie der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) sind unentbehrliche Instrumente internationaler Rechtsstaatlichkeit. Verbrechen, auch in Kriegszeiten, müssen konsequent vor Gericht gebracht werden. Deutschland muss sich deshalb verstärkt dafür einsetzen, dass auch diejenigen Länder dem Rom-Statut des IStGH beitreten, die bisher eine Ratifikation verweigert haben. Die Mitglieder des Weltsicherheitsrates sollten hier mit gutem Beispiel vorangehen. Auch die **Arbeit des Europarates und insbesondere des EGMR bedarf stärkerer Unterstützung.** Viele anhängige Klagen, die wegen mangelnder finanzieller Ressourcen nur sehr spät oder gar nicht bearbeitet werden können, behindern einen effektiven Menschenrechtsschutz. Die FDP fordert deshalb, die Arbeit des EGMR stärker finanziell zu unterstützen und dafür auch verstärkt bei den Mitgliedern des Europarats zu werben. Die Straflosigkeit von Menschenrechtsverbrechen muss der Vergangenheit angehören. Die FDP verfolgt mit Sorge die zunehmende Politisierung des UN-Menschenrechtsrates und tritt für eine aktive deutsche Menschenrechtspolitik im Rahmen der UNO ein.

7. Politikwechsel für Deutschland: Die Mitte stärken.

Nach der Gründung der Bundesrepublik im Jahr 1949 hat die FDP die Einführung der Sozialen Marktwirtschaft und den Aufbau des modernen Verfassungsstaates maßgeblich mitgestaltet. 1969 prägte die FDP den Aufbruch zu einer Politik der gesellschaftlichen Modernisierung, die auch im Bürgerrecht auf Bildung zum Ausdruck gekommen ist. Die gleichzeitig eingeleitete Neuausrichtung in der Außenpolitik trug dazu bei, dass die „Wende“, die friedliche Revolution von 1989, in die Wiedervereinigung münden konnte. Im Angesicht krisenhafter wirtschaftlicher Entwicklungen sind Liberale erneut gefordert. Wir begegnen den neuen Herausforderungen durch eine marktwirtschaftliche Erneuerung und eine selbstbewusste liberale Position in wesentlichen Politikfeldern.

Deutschland braucht den Politikwechsel – die FDP will den Politikwechsel. Das Wohl der Menschen ist Maßstab unserer Politik. Wir wollen die Mitte unserer Gesellschaft stärken, da-

mit sich Leistung wieder lohnt. Wir wollen, dass alle Bürger ihre Freiheit in Verantwortung selbst gestalten können.

Die FDP hält Kurs. Wir stehen für die Soziale Marktwirtschaft. Sie ist die erfolgreichste Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung, die es je gab. Wir wollen einen politischen Rahmen, der Innovation und Wachstum fördert. Wir stehen für Bürgerrechte. Freiheit ist unser höchstes Gut – mit Blick auf den Einzelnen wie auf die Gesellschaft. Wir wollen, dass alle Menschen ihr persönliches Glück in Freiheit, Frieden und Wohlstand finden können. Ohne Befreiung von Not kann Freiheit nicht gelebt werden. Ohne Chance auf Entfaltung bleibt Freiheit ein leeres Versprechen. Ohne Spielregeln gibt es keine Chance auf Freiheit. Und ohne individuelle Handlungsspielräume wird die Freiheit des Einzelnen erdrückt. Das gilt in der Gesellschaft genauso wie in der Wirtschaft. Wir stehen für Bildung als Bürgerrecht. Bildung ist der wertvollste Rohstoff unseres Landes und eröffnet viele Lebenschancen. Wir wollen allen Menschen eine optimale Bildung, Ausbildung und Weiterbildung ermöglichen. Vernünftige Politik braucht Mut zur Veränderung. Dafür stehen wir Freien Demokraten.

Deutschland kann es sich nicht länger leisten, auf Kosten der kommenden Generationen Schulden anzuhäufen. Den Ballast der Verschuldung müssen wir abarbeiten, damit auch für das Gemeinwesen wieder mehr erwirtschaftet werden kann. Der Staat hat kein Einnahmenproblem, er hat ein Ausgabenproblem. Der Spielraum für Entlastungen als Impuls für mehr Wachstum und Beschäftigung und eine umfassende Steuerstrukturreform ist da. Mit Ihrer Stimme entscheiden Sie, ob die notwendigen Reformen angegangen werden. Es gilt: mehr FDP – mehr Mitte – mehr Mut.

Mit unserem Programm zeigen wir, dass wir es besser können. Wir bieten einen eigenständigen Weg, der auf die Bürger und die Kraft der Freiheit setzt. Unser Programm zeigt, dass es auch einfach und gerecht statt kompliziert und unfair geht. Wir wollen, dass Deutschland international Anschluss hält und sich nicht in seinen eigenen Vorschriften verzettelt. Deshalb setzen wir auf mehr Entlastung statt auf mehr Staat. Wir setzen auf Soziale Marktwirtschaft statt auf bürokratische Staatswirtschaft. Wir setzen auf Freiheit statt auf Überwachung. Wir setzen auf mutige Reformen. Wir setzen auf die Mitte und einen Neustart für Deutschland.

Die deutlichsten Antworten auf die Fragen unserer Zeit gibt unser vorliegendes Programm. Wir haben den Mut zu den notwendigen Veränderungen – geben Sie uns die Kraft, diese durchzusetzen.

Nutzen Sie Ihre Chance am 27. September. Wählen Sie die FDP.

Index

A

Abbau von Bürokratie *Siehe* Bürokratieabbau/-TÜV
Abfindung 13
Abgeltungsteuer 7
Abholzung 55, 62
Abitur 46
Abrüstung 5, 67, 71
Absetzung für Abnutzung (AfA) 7
Adoption 34–35
AfA *Siehe* Absetzung für Abnutzung (AfA)
Afghanistan 68–69
Afrika 75
Agrardieselbesteuerung 24
Agrarforschung 24–25
AIDS 75
Aktiengesellschaften 11
Alkohol *Siehe* Suchtmittel/-prävention
Alleinerziehende 34
Alteigentum 33
Altersgrenzen 37
Altersmanagement 37
Alterssicherung/-vorsorge 10, 16
Alterung der Gesellschaft *Siehe* demographische
Entwicklung
anonyme Geburt 36
Antidiskriminierungsgesetz 36
Antisemitismus 29
Arbeit
Arbeitgeber(verbände) 13, 15, 17, 34
Arbeitnehmer 6, 10, 13, 16–17
Arbeitslosengeld I/ALG II 9
Arbeitslosenversicherung 16–17
Arbeitsplätze 12–13, 16, 25, 50, 62, 71
Arbeitszeitmodell, flexibles 36
ARGE 15
Armut 10, 62, 69, 74–75
Artenschutz 61
Asyl 37
Atomkraftwerke *Siehe* Kernenergie

Atomwaffen *Siehe* Nuklearwaffen
Aufenthaltsrecht 51
Aufsichtsrat 11–13
Ausbildung 3, 9, 12, 34, 44–48, 77
Ausbildungszentren 45, 47
Außen- und Sicherheitspolitik 5, 28, 66–70, 71–76
Außenwirtschaftsförderung/-politik 69
Auslandseinsätze *Siehe* Bundeswehr
Auslandsschulen 45, 69
Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik 45, 69

B

BAföG 34, 49–50
Bahnverkehr 59, 63–64
Balkan 71
Bankenaufsicht 11
Bankgeheimnis 27
Barrierefreiheit 24, 38
Beamte 29–30, 35, 48
behinderte Menschen *Siehe* Menschen mit
Behinderung
berufliche Bildung 46
Berufsgeheimnisträger 31–32
Betreuung, ganztägige 34
Betreuungsgutscheine 34, 44
betriebliche Bündnisse 13
Betriebsrat 12–13
Bildung 34
Bildungsgutscheine 34, 44, 49–50
Bildungspakt 47
Hochbegabtenförderung 46
Qualitätsstandards 44
Sonderpädagogik 46
Bildungsstandard 43, 45
Binnenmarkt, europäischer 24, 53, 59
Biodiversität 25, 59–60
Biogas 57

Biokraftstoffe 55, 57, 63–64
Biomasse 55, 62
Biotechnologien 52
Bodenversiegelung 60
Brasilien *Siehe* Entwicklungszusammenarbeit
Bundesagentur für Arbeit 15–16
Bundesausbildungsförderungsgesetz
 Siehe BAföG
Bundeswehr 29, 31, 72–74
Bürgerbeteiligung 38, 39, 70
Bürgergeld 9, 16
Bürgergesellschaft 3, 5, 26, 30, 32, 39, 43, 74
Bürgerrechte 3, 26, 31
Bürokratieabbau/-TÜV 13–14
Business Angels 52

C

Cannabis 20–21
Chancengerechtigkeit/-gleichheit 3, 43
China 55, 68–69, 74
CO₂ *Siehe* Kohlen(stoff)dioxid

D

Datenschutz 19, 26–27
DDR *Siehe* Geschichtsaufarbeitung
demographische Entwicklung 3, 20, 22, 24, 37–38,
 42, 48, 69, 73
Denkmalschutz 65
DESERTEC 55
Diamorphin 21
Dienstgeheimnis 31–32
direkte Demokratie *Siehe* Bürgerbeteiligung
Diskriminierung 13, 35–36, 56, 75–76
DNA/DNS-Analyse/-Datei 32
Doping *Siehe* Sport
Doppelstaatsbürgerschaft 37
Drogen *Siehe* Suchtmittel/-prävention
duale Berufsausbildung 46

E

Ehrenamt 23, 39
Eigentum 11–12, 51, 55
Eigenverantwortung 3–4, 18, 22, 34, 38, 43, 58
Einkommensteuer 6–7, 12
Einwanderung *Siehe* Zuwanderung
Elektromobilität 55
Eltern 32, 34–36, 44
Elterngeld/-zeit 34, 36
Emissionshandel 55–57, 64
Energiepolitik 54
Energiesparen 55–56, 64
Energiespeicherung 56–57
Entbürokratisierung *Siehe* Bürokratieabbau
Entsorgungswirtschaft 65
Entwicklungszusammenarbeit 74–75
Erbschaftsteuer/-recht 8–9
Ernährungswirtschaft 24–25, 56
erneuerbare Energien 55–57, 62–63
Ersatzdienst 23
Erzieher 44, 46
Europäische Union (EU)
 Außen- und Sicherheitspolitik 67, 69–70
 Erweiterung 71–72
 Euro 70–71
 Verfassung(svertrag) 70
 Europäische Zentralbank (EZB) 11, 71
 Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
 (EGMR) 76
 Europarat 76
 EU-Steuer 71
Existenzgründer 14
Existenzminimum 6
Extremismus 29
Exzellenzinitiative 48

F

Fachhochschulen *Siehe* Hochschulen
Fachkräftemangel 46, 48
Fahrgastrechte 59
Familie 3–4, 7–8, 34–37

Familienbetriebe 23
 Fauna-Flora-Habitat *Siehe* FFH-Richtlinie
 Feinstaub 63–64
 FFH-Richtlinie 60
 Filmförderung 39
 Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern 8, 39
 Finanzkrise 10, 59, 70–71
 Finanzverfassung 52
 Fischerei 61
 Flüchtlinge *Siehe* Zuwanderung
 Fluggastdaten 28
 Fluggastrechte 59
 Flughäfen 63–64
 Fluglärm 64
 Föderalismus/-kommission II 8
 Folter 28, 75
 Forschung 5, 14–15, 19, 24–25, 37–52
 Forschungseinrichtungen/-institute 49, 51–52
 Forschungsfreiheit 51
 Forstbetriebe/betriebsgemeinschaften/-wirtschaft
 24–25
 Fortbildung *Siehe* Weiterbildung
 Frauen 35–37, 42, 51, 76
 Freiberuflichkeit 19
 Freihandel 72
 Freiheit 3–5, 16, 26, 29–31, 38, 40–41, 43–44, 51–
 52, 66, 68, 70, 77
 Fremdenfeindlichkeit 29
 Friedenspolitik *Siehe* Außen- und Sicherheitspolitik
 Früherkennung *Siehe* Gesundheit(swesen)
 Fundamentalismus, religiöser *Siehe* Islamismus

G

G 20 69
 Gastronomie/Gaststätten 23
 Gebühreneinzugszentrale (GEZ) 27, 41
 Geburt, anonyme *Siehe* anonyme Geburt
 Gedenkstätten *Siehe* Geschichtsaufarbeitung
 Geheimnisträger *Siehe* Berufsgeheimnisträger
 Gemeinden *Siehe* Kommunen
 Gemeinnützigkeit 39

Generationengerechtigkeit 8, 16–18, 22, 52, 77
 Gentechnik 52
 Gentest 27
 Gerechtigkeit
 Siehe Chancengerechtigkeit/-gleichheit
 Geriatrie 38
 Gerichtsvollzieher 30
 Geringverdiener 17
 Gerontologie 38
 Geschichtsaufarbeitung 40
 gesellschaftliche Mitte
 Siehe Mitte, gesellschaftliche
 Gesundheit(swesen)
 Beitragsautonomie 18
 Früherkennung 35
 Hospiz(dienst)e 20
 Kosten 18
 Prämien 18
 Prävention/Vorsorge 20
 Wettbewerb 18
 Gesundheitswirtschaft 19
 Gewaltbereitschaft 29
 Gewerbesteuer 7, 30
 Gewerkschaften 13
 Gewissensfreiheit 41
 GEZ *Siehe* Gebühreneinzugszentrale (GEZ)
 Glaubensfreiheit 41
 Glaubensgemeinschaften
 Siehe Religion(sgemeinschaften)
 Gleichberechtigung 76
 Globalisierung 5, 24, 47, 63, 67, 69–70, 76
 Grundfreibetrag 6–7
 Grundrechtekatalog, Europäischer 70

H

Haftentschädigung 32
 Handelsliberalisierung 15, 61, 72, 75
 Hartz IV *Siehe* Arbeitslosengeld/ALG II
 Hauptstadtkulturförderung 40
 Haushalt 8–9, 12–15, 23, 62, 71, 74
 Haushaltskonsolidierung 8

Haushaltspolitik, europäische 71
Heizkosten 65
HIV *Siehe* AIDS
Hochbegabtenförderung *Siehe* Bildung
Hochschulen 45–52
 Autonomie 48
 Hochschulpakt 48, 50
 Hochschulrahmengesetz 48
 Personalhoheit 48
Holznutzung 25, 56, 62
„Homo-Ehe“
 Siehe Lebensgemeinschaften/-partnerschaften
Hotellerie 23

I

Indien 55, 69, 74
Informationsfreiheit 27
Informationstechnologien 41
Innenpolitik 26
innere Sicherheit 29
Innovation 5, 14–15, 19, 36, 41, 43, 46–48, 50–52,
 71, 77
Insolvenzrecht 11–12, 33
Integration, gesellschaftliche 37
Internationaler Strafgerichtshof (IStGH) 76
Internet 40–41
Internetpiraterie 40
Investitionen 6–7, 15, 41, 48, 52, 54, 62
Irak *Siehe* Außen- und Sicherheitspolitik
Iran *Siehe* Außen- und Sicherheitspolitik
Islamismus *Siehe* Extremismus
Israel 68
IStGH
 Siehe Internationaler Strafgerichtshof (IStGH)

J

Jagdrecht/-wesen/-wirtschaft 25
Jobcenter 15–16
Jugendliche
 Jugendhilfe *Siehe* Kinder- und Jugendhilfe
 Kriminalität 32

Medienschutz 40–41
Strafvollzug 33
Justiz 30, 32

K

kalte Progression 6
Kapitaldeckung 16, 18, 22
Kartellamt, Europäisches
 Siehe Europäisches Kartellamt
Kartelle 59
Kennzeichenerfassung
 Siehe Kfz-Kennzeichenerfassung
Kernenergie 57
Kernfusion 52
Kernkraftwerke *Siehe* Kernenergie
KfW *Siehe* Kreditanstalt für Wiederaufbau
Kfz-Kennzeichenerfassung 31
Kinder 35
 Betreuungsplatz 34
 Erziehung(szeiten) 17
 Kinderarbeit 76
 Kindergarten/-tageseinrichtungen 44
 Kindergeld/-freibetrag 6–7, 9
 Kinder- und Jugendhilfe 35
Kirchen *Siehe* Religion(sgemeinschaften)
Klimaschutz 25, 54–56, 62–64
Klimawandel 25, 69–70
Kohle(kraftwerke) 56–57
Kohlen(stoff)dioxid 53–57, 62
Kommunen 7–8, 15–16, 30, 57
 kommunale Selbstverwaltung 30
Konnexitätsprinzip 30
Konsumentensouveränität 58
Körperschaftsteuer 7, 8, 12, 30
Kostenerstattung(sprinzip) 19
Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) *Siehe* Biomasse
Krankenversicherung 18
Kreativwirtschaft 39
Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) 14, 50
Kriminalität 27, 31
KSE-Vertrag 67

Kultur 37, 39–40, 45
Kulturlandschaftsprämie 24
Kündigungsschutz(gesetz) 13
künstliche Befruchtung
 Siehe Reproduktionsmedizin
Küstenwache 28
Kyoto 55

L

Landwirt(schaft)
 Siehe Unternehmer – Landwirtschaft
Lärm 64
Lauschangriff, Großer 31
Lebensgemeinschaften/-partnerschaften 35
Lebensmittelkennzeichnung 58
Lehre *Siehe* Ausbildung
Lehrer 45–46
 Fortbildung 45
 Verbeamtung 45
Leistung 14, 77
Leistungsgedanke 30
Linksextremismus *Siehe* Extremismus
Lissabon, Vertrag von 70
Lohnneben-/zusatzkosten 12–13
Luftsicherheitsgesetz 31
Luftverunreinigung 63

M

Managerhaftung 10–11
Markt *Siehe* Wettbewerb
Marktwirtschaft *Siehe* Soziale Marktwirtschaft
Mautdaten 31
Medien 35, 40–41
Medienabgabe 41
Medizin *Siehe* Gesundheit(swesen)
Meeresschutzgebiete 61
Mehrwertsteuer 23
Menschenhandel 76
Menschen mit Behinderung 23–24, 38, 42, 65
Menschenrechte 21, 29, 37, 66, 68, 70, 75–76
Methadon *Siehe* Suchtmittel/-prävention

Mietrecht 33, 64
Migration *Siehe* Zuwanderung
Mindesteinkommen/-lohn 10, 12, 16
Minijobs 10
Mitarbeiterbeteiligung 17
Mitbestimmung, betriebliche 13
Mitte, gesellschaftliche 4–6, 23, 29
Mittelstand 4, 8, 10, 12–14, 23, 33
Mobilität 53–56, 62–64
Modellregionen 14–15
Molkereiprodukte 24
Monopole 12, 15, 53, 59
Mülltrennung *Siehe* Entsorgungswirtschaft

N

Nachhaltigkeit 24, 52–53, 60–62
Nachrichtendienste 29
Nachwachsende Rohstoffe 24–25, 62
Naher Osten *Siehe* Außen- und Sicherheitspolitik
Nährwertkennzeichnung 58
Nahverkehr *Siehe* ÖPNV
Nationalsozialismus *Siehe* Geschichtsaufarbeitung
NATO 72
Naturschutz(recht) 25, 60–62
Netzbetreiber 53
Neuverschuldung(sverbot) 8
Niedriglohnbereich *Siehe* Minijobs
Nuklearwaffen 66–68

O

öffentlicher Dienst 29, 39
Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) 63
Ökokonto 60
Ökosteuern 53, 64
Oligopol 53
Online-Durchsuchung 27–28, 31, 41
Opferschutz 32
Ordnungspolitik 5–6, 10, 12
Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit
 in Europa (OSZE) 67, 72
Organspende 20

P

Palliativmedizin 20
Passagierdaten *Siehe* Fluggastdaten
Passagierrechte *Siehe* Fluggastrechte
Patente 14, 51
Patientenverfügung 30
Pensionen 53
Pflege(bedürftige) 21–22
Pflegeversicherung 9, 21–22
Piraterie 73
Politikwechsel 76
Postmonopol 12
Prävention *Siehe* Gesundheit(swesen)
Praxisgebühr 19
Pressefreiheit 31
private Vorsorge 10, 17, 22
Privatisierung 10, 62–63
Progression, kalte *Siehe* kalte Progression
Protektionismus 72
Public Private Partnership (PPP) 19

R

Rechtsextremismus *Siehe* Extremismus
Rechtspolitik *Siehe* Justiz
Rechtsstaat 26, 30–33
Recycling *Siehe* Entsorgungswirtschaft
Religion(sgemeinschaften) 41
Rentenrecht/-versicherung 16
Re-Privatisierungsrat 10
Reproduktionsmedizin 35
Rundfunk(gebühr) 23, 41
Russland 53, 67–69, 72
Rüstungskontrolle 5, 67, 70–71

S

Schienenverkehr 63–64
Schulden *Siehe* Verschuldung
Schulen 44–45, 69
Schwarzarbeit 13, 16
SED-Unrecht *Siehe* Geschichtsaufarbeitung

Seehäfen 63
Selbständige 14, 17, 34
Selbsthilfegruppen 38
Selbstverwaltung(srecht) *Siehe* Kommunen
Senioren 37–38, 39, 42
Sicherheitspolitik
 Siehe Außen- und Sicherheitspolitik
Solidarität 3–4, 18, 54
Solidarpakt II 14–15
Sonderfonds
 Finanzmarktstabilisierung (SoFFin) 12
Sonderpädagogik *Siehe* Bildung
Sorgerecht, gemeinsames 35
Sozialdienste 23
Soziale Marktwirtschaft 4–6, 11, 24, 66, 76–77
sozialer Ausgleich 18, 22
Sozialkassen 33
Sozialleistungen/-hilfe *Siehe* Bürgergeld
Sozialmarkt 23
Sozialstaat 4
Sozialversicherung 10
„Spähangriff“ 31
Sponsoren 42, 49
Sport 42, 44
Staatsbeteiligung 10
Staatsbürgerschaft *Siehe* Zuwanderung
Staatsfinanzen, Konsolidierung der
 Siehe Verschuldung
Staatsverschuldung *Siehe* Verschuldung
Staatwirtschaft *Siehe* Staatsbeteiligung
Stadtumbau 65
Stammzellforschung 52
Steuern
 Belastung 6–7, 24
 Freibetrag 6–7
 Klasse V 7
 Reform 7–8, 12, 14, 52, 77
 Senkung 12, 53, 55, 64
 Steuerautonomie 8
 Steuermittel 10, 16, 18
 Stufentarif 6
Stipendiensystem 50

Stiftungsrecht 49, 52
Stromsteuer 53, 55
Studienbeitrag/-entgelt 49-50
Stufentarif *Siehe* Steuern
Subsidiaritätsprinzip 8, 70
Subventionsabbau 23, 55
Suchtmittel/-prävention 20-21

T

Tabak *Siehe* Suchtmittel/-prävention
Tarifautonomie 12-13
Technologieförderung *Siehe* Forschungsfreiheit
Technologien, neue 41, 50
Technologietransfer 48, 55
Teilhabe 3-4, 6, 9, 38-39, 43-44
Teilzeit 34, 36
Telefonüberwachung 31
Telefonwerbung 58-59
Telemedienrecht 40
Terrorismusbekämpfung 28-29, 66, 68, 70, 73
Tierschutz/-versuche 24, 61
Todesstrafe 75
Toleranz 3, 26, 36-37, 41, 66, 76
Tourismus 23
Transatlantische Beziehungen *Siehe* USA
Türkeibeitritt 71

U

Umsatzsteuer 8, 30, 53
Umweltgesetzbuch 60
Umweltpolitik/-schutz 3-5, 56-62
 Nachhaltigkeit 23-24
UN/UNO *Siehe* Vereinte Nationen
Unfallversicherung 22
Universitäten *Siehe* Hochschulen
Unterhaltsansprüche/-recht 34
Unternehmensbesteuerung 4, 6
Unternehmensteuerreform 7, 12, 52
Unternehmer 6, 12, 60
Unternehmer – Landwirtschaft 24-25
Urheberrecht 40, 51

USA 5, 55, 67

V

Verantwortung 3-5, 11, 16, 34-35, 37, 54, 67
Veräußerungsgewinne 7
Verbotspolitik 21
Verbraucherschutz 24, 58-59
Vereine 39, 42
Vereinbarkeit Familie/Beruf 34, 36, 73
Vereinigte Staaten von Amerika *Siehe* USA
Vereinte Nationen 76
Verfassung 3, 26, 28, 30-31, 37, 42, 74, 76
 Europäische 70
Vergaberecht 14, 51
Verkehrsinfrastruktur/-politik
Verschuldung 8, 53, 71, 77
Verschuldungsverbot 8, 71
Versicherungspflicht 68
Versicherungsschutz 18-19
Verteidigungspolitik
 Siehe Außen- und Sicherheitspolitik
Vertrauen 3, 5, 10, 16, 26, 28, 34, 66
Verwertungsgesellschaften *Siehe* Urheberrecht
Volksentscheid 70
Volkskrankheiten 20
„Vorfahrt für Bildung“, Initiative 43
Vorratsdatenspeicherung 27-28, 31
vorschulische Bildung 34, 44
Vorsorge, private *Siehe* private Vorsorge
Vorstandsvergütung *Siehe* Aktiengesellschaften

W

Wachstum 6, 14, 16, 62, 71, 77
Wagniskapital 39, 51-52
Wahlfreiheit 15-16, 34
Wahltermine 39
Wald(wirtschaft) 25
Warnschussarrest 32
Wasserrahmenrichtlinie 60-61
Wasserstraßen 63
Wehrpflicht 23, 74

Weiterbildung 13, 44–47, 50, 73, 77
Welthandel *Siehe* Handelsliberalisierung
Werbeverbote 58
Werbungskosten 6–7
Wettbewerb
 im Föderalismus 8, 43
 Gesetz gegen Beschränkungen 15
 im Gesundheitssystem 4, 18
 Verzerrung 10, 23
 Wettbewerbsfähigkeit 7, 39, 47–48, 56–57, 62, 71
Wiederverwertung *Siehe* Entsorgungswirtschaft
Wirtschaftsförderung 69–70
Wirtschaftskrise 5, 10
Wirtschaftspolitik 4–6, 8, 10–13, 15, 56, 58, 63
Wissensgesellschaft 40, 43
Wissenschaftstarifvertrag 48
Wohnungspolitik 64
WTO *Siehe* Handelsliberalisierung

Z

Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS)
 49
Zertifikatehandel *Siehe* Emissionshandel
Zinsschranke 7
Zivilcourage 32
Zuversichtchancen/-grenzen *Siehe* Bürgergeld
Zuwanderung 37, 46, 51
ZVS *Siehe* Zentralstelle
 für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS)
Zwangsheirat 76
Zwangsprostitution 76

Mit besonderem Dank an
die Teilnehmer der Internetdebatte auf www.deutschlandprogramm.de,
die Vorsitzenden der FDP-Bundesfachausschüsse und
die Programmkommission zur Erarbeitung des
FDP-Bundestagswahlprogramms 2009 unter
der Leitung des FDP-Generalsekretärs Dirk Niebel.